



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Das Demokratieverständnis von Rosa Luxemburg

Demokratie als Motor politischer Entwicklung

Verfasserin

Irene Pilshofer

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. Phil.)

Wien, im Jänner 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt: Politikwissenschaft

Betreuer: Univ.- Prof. Dr. Karl Ucakar

Meinen aufrichtigsten Dank allen, die mir im Zuge dieses Unternehmens Beistand leisteten,

indem sie in Diskussionen meine Gedanken auf neue Wege gebracht und mir ihre Zeit und Geduld gewidmet haben.

Besonderer Dank gebührt Professor Ucakar dafür, dass er jederzeit für die Probleme dieser Arbeit erreichbar war.

Und meinen Lieben, die immer für mich da sind.

Inhaltsverzeichnis

I. Einleitung.....	9
1. Über die Aktualität von Rosa Luxemburgs Denken	9
1.1. Hüterinnen des wissenschaftlichen Erbes Rosa Luxemburgs	10
1.2. Allgemeines zum Aufbau der Arbeit	11
2. Gegenstand der vorliegenden Arbeit und methodische Herangehensweise	12
2.1. Verstehen als Methode	12
2.1.2. Zur Bedeutung von Begriffen und Begriffsgeschichte im Allgemeinen	12
2.1.3. Zur Bedeutung des historischen, theoretischen und rhetorischen Kontexts	13
2.2. Formalia	15
2.2.1. Zitationsweise	15
2.2.1.1. allgemein	15
2.2.1.2. besondere Zitate	15
2.2.2. Genderrichtlinie- Sprache über Geschlecht hinweg	16
2.3. Cui Bono - Zu wessen Vorteil?	19
3. Forschungsleitende Fragestellung(en) dieser Arbeit und Hypothesen	21
3.1. Fragestellung	21
3.2. Annahmen und Ziele	22
3.3. Eigener Standpunkt und Theoriebegriff	27
II. Die wiederkehrende Krux mit der Demokratie- Warum Demokratie betrachten.....	30
1. Dimensionen von Demokratie	30
2. Demokratie als umkämpfter Begriff- Der Status Quo der Demokratietheorie.....	34
2.1. Primat „realistischer“ Demokratietheorien	34
2.2. Linke Demokratietheorie	37
2.2.1. Überwindung der Trennung von Demokratie und Sozialismus.....	37
2.2.2. Der Staat als Ausdruck gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse. Das Basis- Überbau- Modell bei Marx.	38
2.2.3. Über Staat und Demokratie- Aktuelle Ansätze kritischer Staatstheorie	40
2.2.4. Über das Verhältnis von Staat, Demokratie und Kapitalismus in der kritischen Staatstheorie.....	42
2.2.5. Linke Theorie auf dem Weg zum demokratischen Sozialismus?- Geschichte eines Begriffes.....	45

2.2.6. Zum Verhältnis der Begriffe Sozialismus und Kommunismus zueinander	48
3. Demokratiebegriff dieser Arbeit	52
III. Rosa Luxemburg und Demokratie	54
1. Kritik an der bürgerlichen Demokratie	54
1.1. Theoretischer Rahmen der Luxemburg' schen Demokratiekritik	54
1.1.1. Die Entwicklung des Kapitalismus und sein Zusammenbruch	54
1.1.2. Die Menge tut es! Die aufgeklärte kritische Masse in Bewegung	60
1.1.3. Partei, Parlamentarismus und Gewerkschaften	62
1.1.4. Proletarier aller Länder, vereinigt euch!- Luxemburgs Internationalismus	66
1.2. Strategien und Mittel des Klassenkampfes	70
1.2.1. Reform und Revolution – zwei Seiten derselben Medaille	70
<u>Exkurs: Miliz oder Militarismus. Luxemburgs Stellungnahme zur Volksbewaffnung.</u>	74
1.2.2. Der Massenstreik macht Revolution- Rosa Luxemburgs Position in der Massenstreikdebatte	75
1.3. Revolution für Demokratie- Antagonismus und Motor - ein Zwischenfazit.	79
2. Die Diktatur des Proletariats nach Rosa Luxemburg	82
2.1. Diktatur des Proletariats	83
2.1.1. Diktatur. Eine Begriffsdefinition	84
2.2. In revolutionärer Stunde: Alle Macht den Räten!	88
2.2.1. Die Novemberrevolution 1918	88
2.2.2. Der Rat als Organisationsform aufstrebender Gruppen	91
2.2.3. Die ersten Räte: Das russische Rätesystem in den Revolutionen 1905 und 1917 und ihr Vorbildcharakter	94
2.2.4. Das Rätemodell nach Spartakus	101
2.3. Luxemburg in Auseinandersetzung mit Lenin- Zur Frage der Demokratie in der russischen Revolution	103
2.4. Die Position Luxemburgs zur Schaffung einer Nationalversammlung	106
2.5. Diktatur des Volkes oder Diktatur des Proletariats? Ein weiteres Zwischenfazit.	110
3. Die herrschaftsfreie und klassenlose Gesellschaft- Gipfel des demokratischen Denkens?	112
3.1. Herrschaftsfreie Gesellschaft	113
3.1.1. Herrschaft und Überwindung von Herrschaft im marxistischen Verständnis	113
3.1.2. Herrschaftsfreie Gesellschaft- eine Gesellschaft ohne Organisation?	114
3.2. Demokratisierung als Mittel des Klassenkampfes und Motor für die Überwindung von Klassengegensätzen	117

3.2. Das demokratische Moment in der Gesellschaft der Freien und Gleichen- aktuelle Fragestellungen und Diskussionen.....	119
IV. Ergebnisse der Arbeit und Bedeutung für Demokratisierungsbewegungen.....	122
V. Literaturverzeichnis	125

I. Einleitung

1. *Über die Aktualität von Rosa Luxemburgs Denken*

Wozu soll sie gut sein, diese Utopie!?

- Sie ist dazu da, um sich auf den Weg zu machen.

Eduardo Galeano

Das kleine Gedicht des uruguayischen Journalisten und Dependenztheoretikers Eduardo Galeano eröffnet den Zugang zu einem Thema, das in Zeiten globaler Krisenphänomene und gesellschaftlichen Umschwunges Hochkonjunktur erlebt: Die Frage nach Alternativen.

Als Rosa Luxemburg ihre Ansichten zu demokratischer Mitbestimmung der Masse und Demokratie in Bewegung formulierte, schlitterte die europäische Welt gerade in eine der größten Krisen des 19. Jahrhunderts. Eine neue Gesellschaft war im Begriff sich mit fortschreitender Industrialisierung zu entfalten und gerade dabei die ehernen Strukturen der alten, überkommenen schrittweise zu beseitigen. Die kapitalistische Produktionsweise trat in eine offensive Phase der territorialen Ausdehnung ein und brachte dabei einen Weltkrieg mit verheerenden Folgen mit sich. Demokratische Strukturen waren im langsamen Entstehen begriffen, aber noch lange nicht ausgeprägt genug, um soziale Defizite der Gesellschaft genügend ausgleichen zu können. Bürgerliche und Proletarische Klassen standen sich bald als Feind, bald als Freund gegenüber oder zur Seite. Dies hatte zur Folge, dass in beiden Lagern Überlegungen zur Einbeziehung der jeweils anderen Sichtweise in eigene theoretische und praktische Zugänge entstanden zum Zwecke der Institutionalisierung eigener Forderungen. Bei allen theoretischen und praktischen Auseinandersetzungen gab es ein Element, das alle Strömungen, Parteien und Bewegungen durchzog: Alle witterten die Chance, im Rahmen der Krise ihre theoretischen Alternativen in die Praxis zu übersetzen. Sie alle waren sich im Klaren darüber, dass etwas in Bewegung geraten war.

Die aktuellen Ereignisse im Rahmen der globalen Krise ermöglichen erneut ein Umdenken und Umwälzen der Verhältnisse, die an ihre Grenzen zu gelangen scheinen. Bestehenden regionalen Bewegungen gelang es vielfach in den vergangenen Jahren zu erstarken und sich global zu vernetzen. Gleichzeitig produziert die Krise stetig neue Bewegungen, deren Forderungen ähnliche

sind. Einer diagnostizierten Politikverdrossenheit kann eine allgemeine Unzufriedenheit mit nationalen Politiken gegenübergestellt werden, die aber mit einem starken Interesse für demokratische Alternativen einhergeht.

Angestoßen durch die angesprochenen Ereignisse entdeckt diese Arbeit eine Autorin und Politikerin wieder, die mit ihrer Theorie aktuelle Diskussionen um demokratische Alternativen befruchten kann und befruchtet hat. Rosa Luxemburg gilt als die Mutter eines *demokratischen Sozialismus* und gab mit ihrer Verbindung von marxistischen Ansichten zur Überwindung von Demokratie durch Demokratisierung den Anstoß zu materialistischen Untersuchungen des Verhältnisses von Demokratie und Sozialismus. Ihre Theorie der kritischen und aufgeklärten Masse lieferte zudem theoretisches Rüstzeug für die 68er-Bewegung und die kritische Forschung in deren Folge und Umfeld (vgl. Deppe 1989). Zudem trug die Beschäftigung mit Luxemburgs Imperialismusthese zur umfassenden Revision des Verhältnisses von entwickelten zu unterentwickelten Regionen bei, was für heutige Betrachtungen globaler wirtschaftlicher Abhängigkeit eine enorme Rolle spielt und sozialen Bewegungen des sogenannten globalen Südens theoretisches Fundament liefert.

Die unterschiedliche Beschäftigung mit Rosa Luxemburg und ihre geistige Nähe zu den theoretischen Fundamenten realsozialistischer Länder führten zu einer Reihe von kontroversen Auslegungen ihrer Aussagen. Im Vordergrund stand dabei oft weniger der Wunsch ihre Werke für aktuelle Problemstellungen fruchtbar zu machen und um eine kritische Auseinandersetzung mit ihren Werken, sondern vielmehr um die ideologische Einordnung der Person Rosa Luxemburg, was einerseits zu übertriebener Verherrlichung und andererseits zu vehementer Ablehnung ihrer Theorien führte. (vgl. Deppe 1989: 28, 29; Weber 2003: 8)

Aktuell erfährt Rosa Luxemburgs Beitrag, vor allem bezogen auf ihre besondere Auffassung von Demokratie, auf unterschiedlichste Art Würdigung und ihr *demokratischer Sozialismus* erlebt eine Renaissance.

1.1. Hüterinnen des wissenschaftlichen Erbes Rosa Luxemburgs

Die Rosa Luxemburg- Stiftung, mit Hauptsitz in Berlin und Regionalbüros in allen wichtigen Zentren der Welt, betreibt unter anderem kritische Kapitalismus- und Gesellschaftsanalyse, sowie Demokratie- und Parteienforschung und versteht sich als Institution, die „ein Zentrum

programmatischer Diskussion über einen zeitgemäßen demokratischen Sozialismus und ein sozialistischer Think-Tank politknaher Alternativen“ sein will (Url Rosa Luxemburg Stiftung). Die Stiftung wurde 1992 von der heutigen Linkspartei, vormalis PDS, als parteinahe Stiftung anerkannt und leistet im Namen der Politikerin und Theoretikerin Rosa Luxemburg wertvolle Arbeit in der Verbindung von Wissenschaft, Theorie und Praxis.

Historische Be- und Aufarbeitung erfährt Luxemburgs Werk im Rahmen der Internationalen Rosa Luxemburg Gesellschaft, in deren Umfeld sich die Luxemburg Biographin Annelies Laschitzka und der Historiker Ottokar Luban finden. Die Gesellschaft tritt in regelmäßigen Abständen an unterschiedlichen Orten in Tagungen zusammen und diskutiert und aktualisiert Luxemburgs Werk anhand jeweils spezifischer Aspekte. Aus diesen Tagungen gehen regelmäßige Berichte hervor, die auch für diese Arbeit von Bedeutung waren.¹

1.2. Allgemeines zum Aufbau der Arbeit

Diese Arbeit ist in vier große Teile gegliedert. Zu Anfang soll der Rahmen, innerhalb dessen sich die Überlegungen dieser Arbeit bewegen, so genau wie möglich festgesteckt werden. Formelle wie inhaltliche Richtlinien bilden die Materie dieser einleitenden Kapitel. Den Leser_innen soll innerhalb der ersten Seiten ein genauer Eindruck über die Ziele der Arbeit sowie die Denkrichtung der Autorin vermittelt bekommen.

Der zweite Teil widmet sich der Betrachtung von Demokratie. Demokratie wird als Begriff für diese Arbeit aufbereitet und speziell in der Funktion als Materie von Demokratietheorie besprochen.

Der dritte Teil dieser Arbeit bezieht sich auf Rosa Luxemburgs Verständnis von Demokratie und bildet den Hauptteil dieser Arbeit. In ihm wird Luxemburgs Auffassung von Demokratie schrittweise herausgearbeitet und besprochen.

Der vierte Teil hält die Ergebnisse der Arbeit zusammenfassend fest und schließt die Arbeit ab.

1 Für weitere Informationen siehe Url Internationale Rosa Luxemburg- Gesellschaft

2. Gegenstand der vorliegenden Arbeit und methodische Herangehensweise

2.1. Verstehen als Methode

Diese Arbeit greift ein wiederholtes Mal das Thema der Demokratie bei Rosa Luxemburg auf und unterzieht es einer wissenschaftlichen Betrachtung. Das Werk Rosa Luxemburgs wird dabei als das einer Theoretikerin und Praktikerin betrachtet, die einerseits die vorherrschende Wirklichkeit kritisiert und andererseits einen Ausweg aus ihr gefunden zu haben glaubt.

Ein von Frank Deppe Ende der 1980er Jahre konstatierte „*doppelter Fehler*“ (Deppe 1989: 31) bei der Interpretation des Luxemburg- Werkes muss dabei unbedingt umgangen werden: Entkleidet von der allzu großen Euphorie der 60er Jahre, aber auch von den trivialen Vorwürfen der Demokratiefeindlichkeit, geht diese Arbeit der Frage nach, wie der Begriff *Demokratie* bei Rosa Luxemburg zur Verwendung gelangt. Die Arbeit wird sich zu diesem Zwecke der hermeneutischen Methode des Auslegens und der Interpretation von Geschriebenem bedienen.

Hermeneutik verstehe ich in diesem Zusammenhang als Form der systematisierten Bearbeitung des Gesamtwerkes einer Schriftstellerin im Rahmen einer konkreten wissenschaftlichen Fragestellung und der Überprüfung spezifischer Hypothesen. Meine Arbeitsschritte sollen so offen gelegt sein, dass sie jederzeit für die Leser_innen nachvollziehbar sind. Im Ganzen soll sich eine stringente Argumentationslinie ergeben, die in ein überzeugendes Ergebnis mündet. (zur hypothetisch-deduktiven Methode und Hermeneutik vgl. Follesdal 2003: 157 ff)

2.1.2. Zur Bedeutung von Begriffen und Begriffsgeschichte im Allgemeinen

Ich möchte mich vom kleinsten Teil zum größten, vom einzelnen Begriff zum Sinn des Gesamten bewegen, wo wieder Rückschlüsse auf das Einzelne, den Begriff, möglich werden. Diese Bewegung soll an das Bild vom hermeneutischen Zirkel erinnern, der Bewegung des Verstehens vom Einzelnen hin zum Ganzen und vom Ganzen zurück zum Einzelnen. Mit Jürgen Bolten betrachte ich diesen Zirkel des Verstehens als eine Spiralbewegung, bei der im Rahmen eines Verstehensprozesses der Schluss auf das Ganze immer wieder durch das Verständnis des Einzelnen gerade gerückt und korrigiert wird. Der Verstehensprozess erhält damit den Charakter einer fließenden Bewegung und besteht aus einem ständigen Zuwachsen. (vgl. Url Hermeneutik) Bereits existierendes Vorverständnis bietet die Ausgangsposition für neues Verstehen. Eine Interpretation kann durch das Hinzufügen neuer Elemente eine neue Auslegung ergeben, die wiederum

gleichzeitig eine neue Ausgangslage schafft. Die Spirale vollzieht sich sogar in doppelter Hinsicht: einmal am Objekt selbst und einmal zwischen Verstehendem und Objekt des Verstehens. (vgl. Url hermeneutischer Zirkel)

Begriffe, mit denen gearbeitet wird, zu definieren und zu konkretisieren, stellt ein zentrales Anliegen dieser Arbeit dar. Die Definition von Begriffen und deren kritische Betrachtung ist von größter Wichtigkeit, da Begriffe nie bloß objektive Beschreibungen von Phänomenen darstellen, sondern komplexe Vorstellungen und Wertungen beinhalten. Erst eindeutig umrissene Begriffe ermöglichen ein Arbeiten mit ihnen und darüber hinaus ein „*Begreifen*“ von Ereignissen (Kreisky 2004: 24).

Allem voran soll in dieser Arbeit der Begriff der Demokratie beleuchtet werden und in den Kontext von Demokratietheorien gestellt werden. Rosa Luxemburg verwendet *Demokratie* in einem bestimmten Rahmen und versehen mit einem bestimmten Inhalt, der im Zusammenhang mit einer konkreten Denktradition steht. Dieser Inhalt soll schließlich das Ergebnis dieser Arbeit sein. Um hierhin zu gelangen, muss einerseits der *Demokratie* konkretisiert und zur Bearbeitung aufbereitet werden und andererseits ein Gesamtbild der Sichtweise Rosa Luxemburgs und der Denktradition, der sie entstammt, entstehen, von dem ausgehend wieder rückgeschlossen werden kann. (vgl. Bedeutung des Kontexts in: Rescher 2003: 180ff.) Bei jeder Begriffsarbeit ist zu bedenken, dass zwischen der heutigen Bearbeitung von Demokratie und der Verwendung des Begriffes bei Rosa Luxemburg ein ganzes Jahrhundert liegt. Die zeitliche Differenz, die sich zwischen Text und Leser_in schiebt, muss in die Bearbeitung hineingedacht und berücksichtigt werden. Das Wissen um die Verschränkung von Begriffs- und Sozialgeschichte, das Bewusstsein über die Veränderung der Verwendung von politischen Begriffen und die Entwicklung von Sprache und Inhalt von Erkenntnis, sollen stets gegenwärtig sein. (vgl. „hermeneutische Differenz“ Url Hermeneutik; vgl. Koselleck 2003: 113)

2.1.3. Zur Bedeutung des historischen, theoretischen und rhetorischen Kontexts

Der angesprochene Kontext, in welchem Demokratie bei Luxemburg verwendet wird, ergibt sich aus der Denktradition, der sie entstammt und aus ihrem historischen Umfeld. (vgl. Rescher 2003: 180) Es ist daher wichtig, dass neben dem erwähnten theoretischen Kontext auch das Zeitfenster, in welchem sich das Leben und Wirken der Theoretikerin abspielten, in die Bearbeitung eingeflochten wird.

Beispielsweise wurde von der Arbeiter_innenbewegung real die Forderung nach einem allgemeinen Wahlrecht gestellt. Einerseits muss also nach den Bedingungen für das Aufkommen dieser Forderung gefragt werden und andererseits die Frage nach der Stellung gestellt werden, den die Forderung nach Demokratie in einem marxistischen Gesamtkonzept einnimmt.

Neben all den angeführten Punkten ist es wohl auch sinnvoll, die Ausdrucksform von Luxemburgs Ansichten zu betrachten. Sie publizierte sowohl in Form von Zeitungsartikeln als auch in Form geschlossener Werke. Einmal mehr und einmal weniger dienen ihre Publikationen der Mobilisierung der Arbeiter_innenklasse. Möglichst alle diese Medien sollen in die Betrachtung mit geflochten werden. Soll dies gelingen muss bedacht werden, dass in den benutzten Texten unterschiedliche Stilmittel zur Anwendung gelangen. Ein Artikel, welcher der Mobilisierung dienen soll, arbeitet stärker mit Emotionen als eine wissenschaftliche Abhandlung. Diese sogenannte „*rhetorische Differenz*“ muss im Rahmen einer Interpretation berücksichtigt werden. (vgl. *Url Hermeneutik*) Den verschiedenen Gattungen zum Trotz wird im Rahmen dieser Arbeit die Ansicht vertreten, dass Rosa Luxemburg während der Jahre ihres Schaffens einer einheitlichen gedanklichen Linie folgte. Sie brachte zwar angesichts der zunehmend aufgeheizten realpolitischen Stimmung gegen Ende ihres Lebens ihre Sichtweise deutlich kämpferischer zum Ausdruck, doch ergibt sich für mich aus dieser Erkenntnis keine anders geartete Ausgangsposition zur Analyse.

2.2. Formalia

2.2.1. Zitationsweise

2.2.1.1. allgemein

Ich bediente mich im Fließtext der in der politikwissenschaftlichen Literatur geläufigen, an die Naturwissenschaften angeglichenen Zitationsweise, die auch von wichtigen politikwissenschaftlichen Zeitschriften empfohlen wird (vgl. Url Kreisky Zitierregeln): auf den Namen der Autor_innen folgt die Jahreszahl und die von den übrigen Angaben durch einen Doppelpunkt getrennte Seitenzahl. Das sich innerhalb eines Satzes befindliche Zitat bezieht sich entweder auf den einzelnen Satz oder auf ein sich darin befindliches direktes Zitat. Zitate, die die Quelle eines Absatzes angeben, befinden sich am Ende jedes Absatzes außerhalb des letzten Satzes. Da ich wiederholt zur besseren Lesbarkeit den Textfluss mit einem leeren Absatz unterbrochen habe, gebe ich in jedem Teilstück die verwendeten Quellen an. Mit dieser Ordnung will ich eine übersichtliche Quelleneinsicht garantieren und unabsichtliche Plagiate ausschließen.

Die gesamte Quelle findet sich schließlich mit folgenden Angaben im Quellenverzeichnis am Ende der Arbeit: Autor_in: Titel. Erscheinungsort und Erscheinungsjahr der Ausgabe. Gegebenenfalls folgt die Angabe der Seiten des Textes eines Sammelbands. Ein Beispiel:

Kreisky, Eva: Geschlecht als politische und politikwissenschaftliche Kategorie, In: Siglinde Rosenberger/ Birgit Sauer (Hg.): Politikwissenschaft und Geschlecht. Wien 2004: S. 23- 43.

2.2.1.2. besondere Zitate

Für das Zitat sogenannter „klassischer“ Autor_innen, deren Werk häufig übersetzt und neu herausgegeben wurde, habe ich mich entschlossen, so weit sie mir zugänglich sind, die „gängigen Werke“ der wissenschaftlichen Diskussion zu wählen. Die Kurzbezeichnung enthält der Einfachheit halber nur das Erscheinungsjahr der verwendeten Ausgabe.

Primärquellen Rosa Luxemburgs finden sich unter der Kurzbezeichnung „GW“ für Gesammelte Werke, inklusive der Angabe des Bandes und beziehen sich auf die Werkausgabe des Dietz-Verlages. Die Quelle der von Karl Marx entlehnten Zitate ist die Gesamtausgabe der Karl Marx und Friedrich Engels Werke, Kurzbezeichnung MEW, inklusive Angabe des Bandes. Die verwendeten

Texte der MEW- Ausgabe finden sich im Literaturverzeichnis nach Bänden aufgelistet. Dort, wo aus einem Band zwei oder mehrere Texte zitiert werden, findet sich in der Kurzbezeichnung ein alphabetischer Zusatz. Die Texte wurden nach Erscheinungsort im Band geordnet.

Quellen aus dem Internet werden direkt im Text mit der Kurzbezeichnung Url gekennzeichnet und enthalten darüber hinaus ein kennzeichnendes Attribut. Die Webpage findet sich, geordnet nach ihrem Erscheinen im Text, im Quellenverzeichnis unter der Rubrik „Internetquellen“. Darüber hinaus enthält die Angabe das Datum des letzten Aufrufes. Zum Beispiel: Url Rosa Luxemburg Stiftung <http://www.rosalux.de/>, 12. Juli 2011.

Ein Zwitterding zwischen Quellen in Werkform und Internetquellen stellen Beiträge dar, die in PDF- Format im Internet zur Verfügung gestellt werden, aber in einem wissenschaftlichen Printmedium erschienen sind und/ oder nachträglich eingescannt wurden. Diese werden deshalb gesondert zwischen den Literatur- und Internetquellen angeführt und sind alphabetisch geordnet. Ihre Kurzbezeichnung enthält zu Beginn die Kennzeichnung Url. Auf diese Kennzeichnung folgen schließlich die üblichen bibliographischen Kurzbezeichnungen: Autor_in und Jahr (wo eine solche nicht vorhanden ist, ist dies gekennzeichnet).

2.2.2. Genderrichtlinie- Sprache über Geschlecht hinweg

Diese Arbeit bedient sich, überall wo es möglich (und sinnvoll) ist, der geschlechtsneutralen Sprache. Um die Bedeutung hervor zu kehren, die Frauen im Rahmen der revolutionären Ereignisse sowohl in Deutschland als auch in Russland spielten, möchte ich mich für eine Anpassung der Sprache in der Bearbeitung dieser Ereignisse einsetzen. Vor allem in Werken älteren Datums wird meist nur dann ein Wort über beteiligte Frauen verloren, wenn sie sich einen besonderen Namen machen konnten. Die übrigen gehen unter in der großen Arbeitermasse, die als Träger der Revolution gilt und sprachlich die Beteiligung rein männlicher Arbeiter suggeriert.²

Was die Beteiligung von trans- und intersexuellen Revolutionär_innen betrifft, existiert noch

2 Als in Russland 1905 die berühmten Streiks losbrachen, streikten zunächst vorwiegend Frauen. Namhafte, aber auch kaum bekannte Frauen waren in den sozialistischen Parteien aktiv und unterstützten revolutionäre Ereignisse mit körperlicher und geistiger Tatkraft.

weniger Bewusstsein, da auch feministische Literatur diese vermeintlichen „Randerscheinungen“ gerne vergisst.

Da es jedoch die Sprache ist, die Geschichte am Leben erhält, empfinde ich es als äußerst wichtig, eine Schreibweise zu wählen, die jedes revolutionäre Streben im Rahmen dieser Arbeit durch die sprachliche Kennzeichnung zu würdigen fähig ist.

Diese Ansicht betrifft natürlich nicht nur die Revolutionen in Russland und Deutschland, sondern kann auch auf die Geschichtsschreibung generell angewendet werden, die beispielsweise eine Beteiligung von Frauen in traditionell männlichen Sphären tendenziell verschleiert. Dadurch wird suggeriert, dass erst mit der schrittweisen Einführung des allgemeinen Wahlrechts auch Frauen die politische Bühne betraten. Die bürgerliche Gesellschaft, die Republik und der demokratische Staat werden dieser Sichtweise folgend als Befreier der Frau gefeiert. Erst langsam erlangen Untersuchungen über die Rolle von Frauen in männlichen Sphären Eingang in die Forschung und führen dort meist trotzdem das Dasein von Randerscheinungen, die in einem kleinen Kreis Interessierter Rezeption finden. Noch dramatischer stellt sich die Situation für die Trans- und Intersexualität dar, deren Existenz zwar nicht geleugnet, jedoch nur langsam und mühsam gesellschaftliche Anerkennung erfährt.

Das Ziel die Geschlechter zu kennzeichnen, ist nicht nur die Beteiligung von allen Geschlechtern aufzudecken, sondern darüber hinaus, damit eines Tages ganz selbstverständlich angenommen wird, dass auch andere Geschlechter als das männliche in politisch bedeutsamen Stunden Teil des *Volkes* waren und eine gesonderte Hervorhebung von Frauen oder trans- sowie intersexueller Menschen nicht mehr von Nöten sein wird.

Da im Rahmen dieser Diplomarbeit die Möglichkeit an Daten in Archiven zu gelangen aus zeitlichen und räumlichen Gründen nicht bestanden hat, mag ich an mancher Stelle über das Ziel hinaus geschossen sein. Ich bitte zu respektieren, dass oft keine Möglichkeit bestand, an die Listen der Mitglieder in Räten oder Gremien zu gelangen oder aber diese mangelhaft geführt waren, was sich auch mit der Überstürzung und dem Chaos der Ereignisse erklären lässt. Die Bezeichnung „Arbeiter_innenrat“ oder „Arbeiter_innendeputiertenrat“ bezieht sich daher weniger auf die teilnehmenden Deputierten als auf die von ihnen vertretenen Arbeiter_innen. Da mir über die Wahlordnungen nicht bekannt ist, ob Frauen oder andersgeschlechtliche Menschen zur Wahl zugelassen waren, habe ich eine solche Zulassung angesichts der Tatsache, dass diese in vielen

Betrieben als Arbeitnehmende angestellt wurden, schlichtweg angenommen.

Die angewendete Schreibweise „_innen“ wird im deutschen Sprachraum leider selten verwendet, hier soll die aber aus gutem Grunde getan werden: Diese Schreibweise soll ausdrücken, dass im Rahmen der hier verfassten Arbeit von jeder Form der Diskriminierung von Geschlecht Abstand genommen wird und auch jene Menschen mitbedacht werden, die sich weder dem einen noch dem anderen Geschlecht zugeordnet sehen. Ich betrachte Geschlecht als gesellschaftlich erzeugte Kategorie, die durch Veränderung des Inhaltes gestaltbar ist und sehe, wie bereits oben angeführt, die Sprache als besonders wertvolles Werkzeug an um Diskriminierung und Ausgrenzung, aber auch um schlichtweg eine (bewusste und unbewusste) Verschleierung von Tatsachen zu vermeiden. (vgl. Kreisky 2004: 23)

Wörtliche Zitate werden trotz des oben gesteckten Anspruches nicht angetastet. Es soll den Autor_innen nicht die Entscheidung genommen werden, sich selbst für eine geschlechtsgerechte Ausdrucksweise zu entscheiden.

Geschlechtergerechtigkeit wird über bisher zur Sprache Gebrachtes hinaus in dieser Arbeit keine gesonderte Fragestellung bilden. Rosa Luxemburgs Ansichten werden als auf die gesamte kritische Masse bezogen gesehen, die unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer Rasse und Nationalität Teil der Revolution bildet.

2.3. Cui Bono - Zu wessen Vorteil?

Diese Arbeit setzt sich ein hohes Ziel.

Diese Aussage läge im Auge des Betrachters, mag man mir entgegenhalten. So wahr, so gut. Ich will mich erklären: Ich denke, alle Studierenden sehen am Ende ihres Studiums die letzte große Hürde in ihrer Diplomarbeit, mit der bewiesen werden soll, was man die langen Jahre des „Bummelns“ eigentlich getan hat.³ Neugierde und Interesse, sowie Euphorie sobald ein Thema gefunden ist, mischen sich mit Angst und ein bisschen Ehrgeiz eine Arbeit ab zu liefern, die einer Absolventin der Politikwissenschaft gerecht wird. Hinzu gesellt sich die stille und heimliche Sehnsucht mit dem Eigenen zur wissenschaftlichen Debatte beizutragen und nicht nur für sich selbst gearbeitet zu haben.

All diesen Wünschen zum Trotz bin ich mir im Klaren darüber, dass der Nutzen, den ich selbst aus dieser Form der intensiven Beschäftigung mit einem selbst gewählten Thema, einer eigenen Fragestellung und der Auswahl von Methodik und Quellen, ungleich höher ist als der, den die Leser_innen im Nachhinein aus dieser Arbeit vermutlich erhalten werden. Nach bescheidener fünfjähriger Beschäftigung mit den unterschiedlichsten politikwissenschaftlichen Fragestellungen ist das Feld, das sich mir als Diplomandin bisher erschlossen hat, doch verglichen mit dem Wissen der Welt winzig und das Ziel, das ich mir selbst gesteckt habe, dementsprechend hoch und anspruchsvoll. So sehr ich mir also insgeheim wünsche, dass mein Produkt in Zukunft auch anderen Nutzen bringen wird, so sehr bin ich mir im Klaren (und in Wahrheit natürlich unheimlich dankbar darüber), dass diese Arbeit zu meinem eigenen gedanklichen Fortkommen am Allermeisten beizutragen hat. Die Beschäftigung mit Rosa Luxemburg führte mich ein in die materialistische Staatstheorie und in heutige Ansätze der Beschäftigung mit Demokratie aus einer „linken“ Perspektive. Ich verdanke Rosa Luxemburg zudem die Hinführung zu Karl Marx und älteren sozialistischen Denkern. Die Beschäftigung mit diesen half mir, das Verständnis für die aktuellen Ansätze zu schärfen und unterschiedliche Theoriestränge innerhalb der Linken auszumachen und zu ordnen. Dies trug wiederum zu einem höheren Verständnis bei und stärkte eigene Gedanken.

Rosa Luxemburg nahm einige der heutigen Ansätze vorweg und kritisierte manch eine heute weitgehend unumstrittene Überlegung. Eine Auseinandersetzung mit den theoretischen Anfängen

³ Wie es sich mit Arbeiten zur Erreichung des Bakkalaureates verhält, kann ich aus Mangel an Erfahrung zwar nicht beurteilen, doch schätze ich, dass hier der Druck wohl ähnlich sein mag.

des „wissenschaftlichen Sozialismus“ kann sowohl verwirren als auch befruchten, aber verliert meines Erachtens nie an Bedeutung. Mir hat sie jedenfalls sehr viel gebracht und mein Verständnis heutiger Geschehnisse verändert.

Ich hoffe, dass die Lesenden dieser Arbeit diesen Zugang akzeptieren und teilen können und vielleicht ist doch die eine oder andere Person dabei, der diese Arbeit für eigene Forschungen dienen kann.

3. Forschungsleitende Fragestellung(en) dieser Arbeit und Hypothesen

3.1. Fragestellung

Demokratie ist ein umstrittener „*politischer Begriff*“ (Buchstein/ Jörke 2003: 470), der in der Geschichte der politischen Theorie als einer der Umstrittensten betrachtet werden darf. Wenn von Demokratie gesprochen wird, dann steht hinter diesem Begriff eine bestimmte Tradition der Betrachtung, wie im Anschluss erklärend ausgeführt wird. Diese Arbeit setzt sich zum Ziel, die Auffassung von Demokratie Rosa Luxemburgs aus ihren Schriften zu destillieren. Zu diesem Zweck wird sie nicht umhin kommen, nach einer allgemeinen marxistischen Position zu Demokratie zu fragen. Zu Fragen ausformuliert, ergibt sich folgendes Interesse, das diese Arbeit forschungsleitend durchziehen wird:

- Welches Verständnis von Demokratie drückt Rosa Luxemburg in ihren Schriften aus?

Dieser Frage gehen andere Fragen voraus. Zusätzlich ergeben sich aus ihr wieder neue Fragestellungen, die das Forschungsinteresse konkretisieren und einen Leitfaden für weiteres Vorgehen bilden. Vorausschickend sind die Fragen zu beantworten:

- Existiert eine allgemeine Definition von Demokratie und wenn ja, welche Elemente besitzt diese Definition? Welche Anhaltspunkte gibt es, um Demokratiebegriffe einzuteilen und ergibt sich daraus eine Möglichkeit zur Bearbeitung?
- Was bedeutet Demokratie in einer marxistischen Tradition? Gibt es so etwas wie eine marxistische Demokratietheorie und wie sieht eine solche aus? Wie unterscheidet sie sich von liberalen Theorien und was trägt sie zu einer Debatte bei?

Zuletzt bleiben die Fragen übrig, wie sich Rosa Luxemburgs Demokratieverständnis zu den Antworten auf die oben genannten Fragen verhält, wo ihre Ansicht verortet werden kann und welchen Beitrag sie zur Debatte leistet.

3.2. Annahmen und Ziele

Diese Arbeit fußt im Wesentlichen auf der zentralen Annahme, dass sich Positionen Rosa Luxemburgs aus ihrem marxistischen theoretischen Kontext heraus erklären und interpretieren lassen. Sie erklärte nicht nur die *„materialistische Geschichtsauffassung im allgemeinen und die Marxsche Theorie der kapitalistischen Entwicklung im besonderen* (Hervorhebungen im Original kursiv, Anm.)“ zur Basis der sozialdemokratischen Arbeiter_innenpolitik und als zu deren Wesen gehörig (Luxemburg GW I, 2: 370), sondern machte sie zur Basis ihres eigenen politischen und theoretischen Handelns (vgl. Fröhlich 1967: 69). Politisiert durch die Umstände ihres persönlichen Hintergrundes und der Situation Polens fand sie im Zuge der Teilnahme an sozialistischen Untergrundzirkeln Beschäftigung mit der Lektüre zahlreicher sozialistischer Klassiker. Später im Studium der Staatswissenschaften stach die Beschäftigung mit Karl Marx' ökonomischen Theorien als besondere Bereicherung für ihr zukünftiges politisches Denken hervor. (vgl. ebd: 26, 27)

„Ihr ganzes Streben ist es, aus der Wirklichkeit die Entwicklungstendenzen der Gesellschaft zu erforschen, um die Kraft der Arbeiterbewegung mit höchster Wirkung in den geschichtlichen Prozeß einwirken zu lassen.(...)Ihr Werkzeug war die Marxsche Forschungsmethode. (...) Der Marxismus war ihr keine theoretische Schablone, in der ein für alle Mal alle Fragen gelöst sind“ (Fröhlich 1967: 69), sondern sie verstand ihn als wissenschaftliche Methode, mit dem zu aller Zeit aufs Neue *„...in jeder Entwicklungsphase (...) der Gang der wirtschaftlichen Umwälzung mit ihren Auswirkungen in den Interessen, Anschauungen, Zielen und im politischen Handeln der Gesellschaftsgruppen (...)“* (ebd.) untersucht werden kann.

Ich werde in weiteren Überlegungen davon ausgehen, dass Rosa Luxemburg die wesentlichen Kategorien für ihr theoretisches Denken der marxistischen Theorie entlehnte. Mithilfe der von Marx geprägten Methode versuchte sie Grundlagen für ihren eigenen und den Kampf der Arbeiter_innenbewegung zu konstruieren. Aus diesem theoretischen Fundament lässt sich der spezielle Zugang zu Staat und Demokratie bei Rosa Luxemburg erklären. (vgl. Seidel 2002)

Weitgehend unumstritten ist die Feststellung, dass eine von Karl Marx und Friedrich Engels antizipierte und im Anschluss von Marxist_innen aufgegriffene Demokratietheorie im weitesten Sinne existiert. Unterschiedlich geurteilt wird über den Beitrag, der auf diesem Gebiet geleistet

wurde. (vgl. Schmidt 2003: 148- 159; vgl. Sartori 1997: 433- 470, Wagner 1999) Wie es hierzu kommt, beantwortet Alex Demirovic in einem Aufsatz zu den Aporien der Marx'schen Demokratietheorie. Zum einen werden die Defizite der Marx'schen Demokratietheorie häufig als erklärende Ursache für unsoziale Praktiken herangezogen, die mit der Tradition sozialistischer Bewegungen leider verbunden waren. Andererseits gelinge es der marxistischen Demokratietheorie nicht, ihre Ziele vom Niveau einer bürgerlich- parlamentarischen Demokratie aus zu formulieren. (vgl. Demirovic 1997: 62)

Dies ergibt sich meines Erachtens ganz deutlich aus dem Umstand, dass weder Karl Marx und Friedrich Engels noch in deren Tradition Rosa Luxemburg die Zukunft einer bürgerlichen Gesellschaft vor Augen hatten als sie ihre Thesen zur Demokratie formulierten. Gerade das Gegenteil war der Fall, denn sie gingen aus von deren unausweichlichem Verfall.

Karl Marx⁴ baut seine Gesellschaftsanalyse auf dem Primat der Produktionsverhältnisse der Gesellschaft auf. Auf der Gesamtheit dieser Verhältnisse erhebt sich deren politischer und juristischer Überbau- Staat, Regierung, Recht etc. In diesem manifestiert sich das vorherrschende Herrschaftsverhältnis. (vgl. MEW 13: 7-11)

Gekürzt gesprochen: mit dem Verfall der Klassenherrschaft der Bourgeoisie verfiel auch der bourgeoise Staat. Mit ihm fiel die bürgerliche Staatsform der „*demokratischen Republik*“ (MEW 19: 29). Karl Marx wollte darüber hinaus kein neues „System“ erschaffen, sondern im Gegenteil „*alle Systeme verwerfen*“ (Marx zitiert nach Wallat 2009: 270).

Teile der Wissenschaft gehen nun davon aus, dass der Marx'sche Beitrag zur Demokratietheorie darin bestünde, dass er die bürgerliche Demokratie einer Kritik unterzogen habe, indem er ihren Charakter als Instrument der Klassenherrschaft offenbarte und damit liberale Ideale in Frage stellte. Eine Demokratietheorie weicht nach dieser Logik einer Demokratiekritik. Dies ist zweifelsohne der Fall, jedoch wird der Theorie auch von jenen, die diesen Beitrag würdigen, unterstellt, dass seine Theorie staatssozialistische Autoritarismen, wenn auch nicht absichtlich fördere, doch zumindest begünstige. (vgl. Schmidt 2010: 156; Sartori 1998: 440 ff.) Diese „Totschlagargumentation“ führte dazu, dass eine Marx'sche Demokratieanschauung im wissenschaftlichen Mainstream lange

4 Da diese Arbeit das Fundament der Theorien Rosa Luxemburgs bei Karl Marx vermutet, wird vielfach auf dieses Fundament zurückgegriffen. Die Auswahl der Stellen, die von Karl Marx entlehnt sind, erfolgt selektiv. Auf Theorien (Althusser, A.Cornu), die einen Bruch und eine Veränderung in der Marx'schen Methode in seiner Schaffensperiode nach 1846 sehen, wird nicht eingegangen, da sich die Arbeit nicht mit Karl Marx direkt beschäftigt. Sich bestätigende Kontinuitäten im Werk Karl Marx werden als solche dargestellt.

ignoriert wurde und eine Bearbeitung des Beitrags stets der Wissenschaft überlassen blieb, die der politischen Linken nahesteht. Andere Teile der Wissenschaft entgegnen diesen Argumenten, Karl Marx habe keine Demokratietheorie im eigentlichen Sinne schaffen wollen, da er eine solche überwunden habe. (vgl. Demirovic 1997: 62)

Darüber hinaus beschäftigt sich eine Reihe von Autor_innen mit der Marx'schen Sozialismuskritik, um dem Vorwurf der Begünstigung eines Autoritarismus durch die marxistische Theorie zu begegnen. Für Hendrik Wallat bedeutet die von Marx formulierte Kritik an zeitgenössischen Sozialismen, er habe nicht Überlegungen angestellt, wie ein neues System geschaffen werden könne, sondern er sei der Ansicht gewesen, das Konzept der *Herrschaft* müsse überwunden werden und mit ihm jedes Herrschaftssystem. (vgl. Wallat 2009: 270)

Leider hinterließ Karl Marx eine Reihe fragmentierter Überlegungen zu Staat und Herrschaft, die historisch trotz der zahlreichen Äußerungen, die Wallats Annahme untermauern, zu äußerst unterschiedlichen Auslegungen führten. Man beachte in diesem Zusammenhang etwa Lenins Überlegungen zur *Diktatur des Proletariats*, die schließlich zu einem Staatssozialismus führten, wie ihn Karl Marx selbst stark kritisiert hatte. (vgl. MEW 18: 425)

Ich stelle im Rahmen dieser Arbeit die These auf, dass Rosa Luxemburg von einer Mehrstufigkeit des Weges zum Sozialismus ausging. Drei Stufen folgen chronologisch aufeinander, kennen aber Übergangszeiten und beinhalten, jede für sich, Elemente, die bereits Herbeiführung der nächsten Stufe in sich tragen. Sie sind also nicht voneinander unabhängig, sondern bedingen einander gegenseitig.

Luxemburg beruft sich bei dieser Überlegung auf die Vorväter des „*wissenschaftlichen Sozialismus*“ (Luxemburg GW I, 1: 376) Karl Marx und Friedrich Engels.

Karl Marx trennte Demokratie nicht grundsätzlich von Sozialismus, sondern ersann die bürgerliche Revolution als ersten Schritt in die Richtung einer kommunistischen⁵ Gesellschaft. Ich denke, dies liegt daran, dass Marx' politische Analysen mit denen der ökonomischen Sphäre untrennbar verwoben sind und eine die andere mit- und weiterentwickelt. Karl Marx vertrat (im Rahmen des Bundes der Kommunisten während der Revolution von 1848) die Ansicht, dass die Arbeiter_innenbewegung zunächst eine Allianz mit der Bourgeoisie eingehen müsse, um die Ausgangsposition für ihre eigene Revolution zu schaffen. (vgl. Kuhn 2004: 51) Der Kampf für

5 sozialistischen, siehe 2.2.6. Zum Verhältnis der Begriffe Sozialismus und Kommunismus zueinander

Demokratie und Demokratisierung der Gesellschaft stellte eine zentrale Forderung dieser Allianz dar, wenngleich Marx auch nicht von der „*parlamentarischen Krankheit angesteckt*“ war, die „*glaubt, mit der Volkswahl werde der heilige Geist über die Gewählten ausgegossen*“ (MEW 19: 157). Im Gegenteil, Karl Marx sah es als notwendig an, dass dieses System und schließlich alle Systeme überwunden würden. (vgl. Wallat 2009: 227) Dies geschehe dadurch, dass die Gesellschaft die Macht über sich selbst zurück erobere. Engels betrachtete hierbei ein Modell wie das der Pariser Kommune als Verwirklichung der letzten Herrschaftsform, der Diktatur des Proletariats, der sozialistischen Demokratie. (vgl. MEW 22: 199) Der Begriff Diktatur in diesem Kontext bezeichne nach Wallat, entgegen Lenins späterem Glauben, keine Regierungsform, sondern den „*sozio-ökonomischen Inhalt von Klassenherrschaft*“ (Wallat 2009: 277; vgl. unten 2.1. Diktatur des Proletariats).

Die Eroberung der Macht betrachtet Karl Marx wenig romantisch. Revolutionäre Bestrebungen würden leicht ins Gewalttätige abgleiten, eine falsche Moralisierung in dieser Hinsicht lehnte er ab.

Doch entgegen der Annahmen vieler ihrer Kritiker_innen schätzten Marx und Engels die ideellen Ziele der bürgerlichen Revolution, die Errungenschaften der Menschenrechte und demokratischen Einrichtungen. Friedrich Engels schreibt:

Ohne „*Preßfreiheit, Vereins- und Versammlungsfreiheit*“ ist „*keine Arbeiterbewegung möglich*“ (MEW 16a: 72), denn „*ohne diese Freiheiten kann sie selbst sich nicht bewegen; sie kämpft in diesem Kampf für ihr eigenes Lebenselement, für die Luft, die sie zum Atmen nötig hat*“. (ebd.: 77)

Staatsterrorismus oder gar die „*Notwendigkeit*“ eines „*erbitterten, blutigen, vernichtenden Krieges*“ (Lenin zitiert nach Wallat 2009: 277) werden von Karl Marx abgelehnt. (vgl. ebd.) Eine solche Sicht erklärt sich alleine schon aus der Methode, die Marx für seine Analysen verwendet:

Karl Marx geht davon aus, dass jede Gesellschaftsform ihren eigenen Untergang in sich trage. Der Feudalismus habe die Ausgangsbedingungen für den Kapitalismus und seine Gesellschaft geschaffen. Ebenso wie der Feudalismus die Bourgeoisie und damit seinen Untergang geschaffen habe, schaffe die bourgeoise Produktionsweise den Proletarier und damit ihren Untergang. Die Betrachtung der Sphären von Politik, Ökonomie und Gesellschaft wird damit anders gedacht, alle bedingen einander, produzieren aber zugleich Widersprüche. Diese Widersprüche bewirken gesellschaftliche Entwicklung. Beispielsweise entstehe soziale Revolution an dem Punkt, wo die

Entwicklung der materiellen Produktivkräfte nicht mehr den Produktionsverhältnissen entspricht. Ökonomische Phänomene wirken auf politische und gesellschaftliche Entwicklung, an bestimmten Punkten bewirken sie soziale Umwälzung. (vgl. MEW 13: 8, 9) Dem vielfach erhobenen Vorwurf des *Ökonomismus* Karl Marx' begegnete bereits zu Lebzeiten Friedrich Engels. Karl Marx habe lediglich die Produktionsweise als das in letzter Instanz entscheidende Phänomen betrachtet, nicht als das einzig entscheidende. Man habe jedoch, so Engels seinen Gegnern gegenüber zustimmend, zumeist in der Auseinandersetzung mit Kritiker_innen der Zeit verabsäumt, die übrigen beteiligten Momente besonders herauszustreichen. (vgl. nach Hösler 1998: 48)

Ich vertrete, wie oben angeführt, die Ansicht, dass sich Rosa Luxemburg in ihren eigenen Überlegungen zu Demokratie und Sozialismus in der Tradition Karl Marx bewegte. Das hat zur Folge, dass auch sie in mehrfacher Hinsicht von Demokratie spricht. Zunächst verwendet sie den Ausdruck um eine ganz konkrete Regierungsform zu bezeichnen, nämlich die des bürgerlichen politischen Staates, den sie kritisiert. Darüber hinaus gehend verwendet sie den Begriff der Demokratie als Vorstellung der in der Zukunft liegenden Diktatur des Proletariats. Diese überführe Demokratie in reale Zustände, sie schaffe die Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit. Im Rahmen der bürgerlichen Demokratie für die demokratischen Rechte zu kämpfen ist daher eine logische Konsequenz dieser Überlegung. Zuletzt wird Rosa Luxemburg als eine Vordenkerin des „demokratischen Sozialismus“ genannt. Es wird also zuletzt zu fragen übrig bleiben, was diese Aspekte eines demokratischen Sozialismus sein können.

Mit Karl Marx geht auch Rosa Luxemburg von der speziellen Situation des Staates als Ausdruck der bestehenden Herrschaftsverhältnisse aus. Die bürgerliche Gesellschaft zeichnet sich durch das Bestehen zweier gegensätzlicher Klassen aus, in der die Bourgeoisie an den Mitteln der Macht sitzt und das Proletariat geknechtet und eigentumslos verbleibt. Durch die soziale Revolution werde dieses Verhältnis überwunden und der Klassengegensatz aufgelöst. Mit ihm verschwinde aber auch die Konsequenz aus der Herrschaft der einen Klasse über die andere: Sämtliche Elemente der Repression zur Aufrechterhaltung der bürgerlichen Klasse werden nutzlos und verschwinden. So auch der Staat und mit ihm seine Verfassung. Demokratie kann in diesem Sinne mit Demirovic als im Sozialismus *überwunden* betrachtet werden (vgl. Demirovic 1997: 62) Gleichzeitig stellt sich die Frage nach einer Organisation im Sozialismus und der Frage inwiefern die Gesellschaft demokratisch organisiert bleiben kann, wenn Machtapparate nicht existieren. Um die Möglichkeit einer solchen Lesart nachzuweisen ist es vonnöten, Hinweise für die Verwendung des Begriffes Demokratie als Ordnung einer Gesellschaft zu sammeln und zwar abgelöst vom Konstrukt *Staat*.

Demirovic formulierte im Bezug auf Marx und Demokratie, dass sich bei ihm eine Interessenverschiebung vollziehe, hin zu einer

„... Analyse sozialer Lebensverhältnisse, um auf diese Weise zu bestimmen, wie ohne den Rückgriff auf die quasi- religiöse Form einer staatlich organisierten Vermittlung in den kollektiven Lebensprozessen Entscheidungen über diese Lebensprozesse selbst getroffen werden und autonome individuelle Lebenspraktiken direkt den gesellschaftlichen Entwicklungsgang mitbestimmen können.“ (Demirovic 1995: 76).

Indem sie an Marx demokratiekritische Überlegungen anknüpft, bewegt sich auch Rosa Luxemburg in diese Richtung. Wenn diese These zutrifft, kann der Pfad der Beschreibung von Demokratie als Regierungsform eines Staatskonstruktes verlassen und auf andere Lebensformen angewendet werden. Ein Ziel dieser Arbeit soll es sein, diese These zu prüfen und zu untermauern. Darüber hinaus soll die Arbeit dazu führen, dass die Frage der Position Rosa Luxemburgs zu Demokratie, Staat, Kapitalismus und Revolution deutlich wird. Zu guter Letzt will die Arbeit am Ende ein deutlicheres Bild vermitteln von einem demokratischen Sozialismus, wie er im Gedankenkonstrukt Rosa Luxemburgs existiert haben könnte, und seiner Beziehung zur herrschaftsfreien Gesellschaft. Da der Begriff des demokratischen Sozialismus zwar nicht von ihr geprägt wurde, aber heute von linken Gruppen verwendet wird, um sich in der Tradition Luxemburgs zu verorten, bietet dieser letzte Punkt wahrscheinlich den größten Aktualitätsbezug.

3.3. Eigener Standpunkt und Theoriebegriff

Der Beitrag der marxistischen Demokratiebetachtung zur Demokratietheorie wird unterschiedlich bewertet. Während manche Einführungsliteratur einen solchen konsequent leugnet, erwähnen einige andere Werke zumindest Karl Marx Schriften und Denkart in ihren Überlegungen. Andere marxistische oder sozialistische Strömungen sowie übrige gesellschaftskritische Beiträge werden hingegen überhaupt nicht beachtet.

Alex Demirovic erklärt die Bildung eines politikwissenschaftlichen Korpus etwa durch das Wesen der politischen Theorie als performativen Akt. Unbewusst (oder bewusst) setzen WissenschaftlerInnen einen politischen Akt, indem sie Themen, Texte, AutorInnen und Theorien festlegen, deren Bearbeitung als wissenschaftlich relevant betrachtet wird. (vgl. Demirovic 1995: 205) Davon Abweichendes wird demnach nicht oder wenig beachtet und findet entweder gar keinen

oder sehr schwer Eingang in die Bearbeitung durch den wissenschaftlichen Mainstream einer Disziplin. Letztendlich ist es vom jeweiligen Autor und der jeweiligen Autorin abhängig, ob diese den Kanon erweitert und/oder welchen Preis er/ sie dafür zu zahlen bereit ist (unter Umständen bleibt die Wahrnehmung der eigenen Arbeit innerhalb einer politikwissenschaftlichen Randzone). Wie ich weiter unten ausformulieren werde, können Theorien auch als „*Ausdruck gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen*“ (Wahl 2010: 20) gesehen werden. Ein wissenschaftlicher Mainstream formuliert sich entsprechend einer gewissen Hegemonie. Einige Formen der Betrachtung der Welt erhalten wissenschaftliche Gültigkeit, da über sie ein gewisser Konsens erzeugt werden kann. Dort wo sich kein Konsens schaffen lässt, werden Themen zu Randerscheinungen.

Eine solche Sichtweise hat Einfluss auf die Beurteilung Rosa Luxemburgs Beitrag zur Demokratietheorie. Dem Historisch- Kritisches- Wörterbuch des Marxismus gilt sie als Weiterentwicklerin der von Marx antizipierten Thesen zu Demokratie und Sozialismus. Ich möchte darauf hinweisen, dass ich, entgegen der herrschenden Meinung, das Werk Rosa Luxemburgs durchaus als das einer Theoretikerin werten will, mag sie auch kein geschlossenes, systematisiertes, wissenschaftliches Werk zu Demokratietheorie hinterlassen haben. Sie hat durch ihre Schriften und ihre Beiträge jedoch sehr wohl die „*marxistische Demokratieverfassungen für ihre Zeit entwickelt und vorgelebt*“, schreibt Uwe Heuer (ders. 2002: 152), dessen Ansicht ich mich anschließen möchte.

„Theorie“ soll in dieser Arbeit nicht als enges Korsett verstanden werden, sondern erfährt eine breite Auslegung. Theorien sind eine Form, die Welt zu betrachten und zu „*begreifen*“ wie Berthold Brecht es ausdrückt (Brecht zitiert nach Kreisky 2004: 25). Sie beinhalten Normen und Werte, die den Ausgangspunkt und die Perspektive der jeweiligen Betrachter_in bilden. Sie werden einmal mehr und einmal weniger offen gelegt und so leichter oder weniger leicht für Kritik zugänglich gemacht. Rosa Luxemburg gestaltete keine wie auch immer geartete Demokratietheorie, sondern sie entwickelte die von Marx begonnene Theorie mit und wandte sie auf ihr zeitliches und örtliches Umfeld an. Sie schloss sich bereits in jungen Jahren, während ihrer Zeit auf der Universität, der marxistischen Schule an und verwendete die von Marx aufgestellten Kriterien zur Betrachtung der Gesellschaft sozusagen als die Brille, durch die sie ihre Gegenwart wahr nahm und selbst analysierte. Ihre Theorie findet sich nicht in einem geschlossenen Gesamtwerk, sondern in einer Reihe unterschiedlicher Zeugnisse, wie Artikel, Reden, wissenschaftliche Werke und Rezensionen, um nur ein paar wenige zu nennen. Ihr Denken fand Eingang in die Forderungen des Spartakusbundes Ende des Jahres 1918 und ihre Briefe gaben Anstoß zu manch wissenschaftlicher

Überlegung ihrer Zeitgenoss_innen (am bekanntesten ihr Briefwechsel mit Lenin, der sie, wie viele, zugleich bewunderte und kritisierte). „Theorie“ bezieht sich nicht auf eine niedergeschriebene Systematik, sondern kann ihr Gesamtbild meines Erachtens auch aus einem Mosaik ergeben. In diesem Sinne will der Begriff im Rahmen dieser Arbeit verstanden werden.

II. Die wiederkehrende Krux mit der Demokratie- Warum Demokratie betrachten

1. Dimensionen von Demokratie

Wie bereits einleitend erwähnt, werden Begriffe im Rahmen dieser Arbeit als „Komplexe von Vorstellungen und Wertungen über zentrale Merkmale von Gegenständen oder Phänomenen“ verstanden (Kreisky 2004: 24). Sie benennen Dinge und stecken einen inhaltlichen Geltungsrahmen ab. Begriffe sind aber auch Konventionen, ihr Inhalt ist Ergebnis von Verhandlungen. Begriffe sind darüber hinaus an einen historischen, politischen, sozialen wie kulturellen Kontext gebunden (vgl. Koselleck zitiert nach Kreisky 2004: 23). Zieht man einführende Literatur zur Demokratie heran, ergeben sich mehrere Dimensionen des Begriffes *Demokratie*:

Einmal, philologisch betrachtet, setzt sich der Begriff aus altgriechisch „*demos*“ und „*kratein*“ zusammen. *Demos* wird übersetzt mit „Volk, Volksmasse oder Vollbürgerschaft“, „*kratein*“ bedeutet „herrschen“ oder „Macht ausüben“. Bereits an der hier zitierten Übersetzung des Wortes „*demos*“ lässt sich ein Problem erfassen: mit der Übersetzung beginnt bereits die Deutung und Interpretation oder aber das Auffüllen mit Inhalt. *Demos* bezeichnet sowohl das nicht weiter definierte Volk, als auch bereits eine Beschränkung: sind nur Vollbürger gemeint, so sind bereits (zudem große) Teile des Volkes nicht mitbedacht. (vgl. Sartori 1998: 30) Daneben erfährt auch „Herrschaft“ unterschiedliche Deutungen. Wie bereits besprochen, wird Herrschaft bei Karl Marx als ökonomisches Ausbeutungsverhältnis verstanden. Aus dieser Sicht ergeben sich spezielle Schlüsse auf die mögliche Überwindung von Herrschaft.

Demokratie besitzt neben der philologischen, eine konkret- historische Dimension. Eine Betrachtung von Demokratie als Bezeichnung für konkrete historische Regierungsmodelle zeigt, dass tatsächlich zu Zeiten der aristotelischen Beobachtungen über Demokratie große Teile des Volkes nicht zu denen zählten, die herrschten. Demokratie bezeichnete die Regierung durch eine Volksversammlung, die sich zusammensetzte aus der „*Gemeinschaft der Freien und Gleichen*“, die sich von den „*Unfreien*“ abhoben (Schmidt 2003: 17). Sklaven, Frauen und Kinder, sowie jene, die nicht den Status des Vollbürgers innehatten, waren von der Teilnahme der sogenannten „*Volksherrschaft*“ konsequent nicht erfasst. Deutlich wird, dass je nachdem mit welchem Inhalt die Begriffe versehen werden, sich auch der Charakter von Demokratie verändert. (vgl. Sartori 1998:

30) Darüber hinaus beweist die historische Betrachtung, dass Demokratie nicht an das moderne Staatskonstrukt gebunden ist (vgl. Hirsch 2005: 75), sondern vielmehr mit den sozialen, politischen, ökonomischen Verhältnissen und den Ausformungen der Klassenverhältnisse ihre Form und ihren Inhalt verändert. (vgl. Felbick 2003: 200) Zu diesem Punkt will ich zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal zurückkehren.

Die unterschiedliche Betrachtung, Auffassung und Deutung macht den Begriff der Demokratie nicht nur zu einem im Lexikon auffindbaren Wort, sondern zu einem „*politischen Begriff*“ (Buchstein/Jörke 2003: 470). Diese Begriffe zeichnen sich durch ihren umstrittenen Inhalt aus und stellen aufgrund dessen „Dauerbrenner“ der Diskussion dar. (vgl. ebd.; Kapitel II, 2)

Doch Demokratie ist nicht nur ein Begriff der Sprachgeschichte, sondern gleichzeitig der Untersuchungsgegenstand von Demokratietheorie. Im Rahmen dieser wird das mit dem Begriff der Demokratie bezeichnete Phänomen untersucht und in ein „*System zusammenhängender Aussagen*“ gebracht. (Schaller 1999: 7) Demokratie als theoretischer Untersuchungsgegenstand wird durch die Theorie definiert. Als Teildisziplin der politischen Theorie widmet sich Demokratietheorie politischen Phänomenen: Demokratie als Staats- und Regierungsform oder aber als Gesellschaftsform etwa.

Innerhalb der Demokratietheorie werden die unterschiedlichen Theoriestränge nach Kategorien voneinander unterschieden. Wie bereits bemerkt, kann die „Herrschaft des Volkes“ ausgelegt werden als „Herrschaft des (erwachsenen, männlichen, weißen) Vollbürgers“ oder auch als „Herrschaft aller Staatsbürger (später auch Frauen)“, als Herrschaft aller in einem Gebiet versammelten oder als Herrschaft tatsächlich aller Menschen etc. Daneben finden sich weitere Unterscheidungen, die eine Demokratietheorie als Ganzes betrachten und zuteilen. Etwa die Unterscheidung, ob eine Theorie als „normativ“, das heißt gewisse Ziele vor Augen tragend und bewusst mit gewissen Werten verbunden ist, oder als „empirisch“ gewertet wird, was bedeutet, dass sie eine vermeintliche Realität festhält, diese adäquat beschreibt und vor allem, dass sie keiner wie auch immer gearteten Idealvorstellung von Demokratie auf den Leim geht. (vgl. Schaller 1999: 7)

Darüber hinaus lässt sich Demokratietheorie nach ihrem Fokus einteilen: legt sie Wert auf das partizipatorische Element oder vertritt sie eine stark legalistische Betrachtung, deren Hauptaugenmerk stark auf einer bestimmten Verfassung und den demokratiepolitischen Konsequenzen aus dieser liegt. Innerhalb dieser Kategorie lassen sich noch Unterkategorien

festhalten: nämlich ob unter *Partizipation* tatsächlich direkte Beteiligung verstanden wird, bzw. wie die Verfahrensmechanismen gedacht werden: Legt man sich etwa auf ein Mehrheits- oder ein Einstimmigkeitsprinzip in der Entscheidungsfindung fest.

Ebenso kann unterschieden werden, ob sich Theorien stärker am Input oder am Output von Entscheidungen orientieren. Dies kann zum Beispiel meinen, dass als Qualitätskriterium die möglichst direkte Beteiligung und Einbeziehung der BürgerInnen in Entscheidungsprozesse herangezogen wird. Oder aber es wird am Endprodukt und den Auswirkungen einer Entscheidung gemessen, ob eine Entscheidung besondere Güte hat. (vgl. Buchstein/ Jörke 2003: 477)

Die hier vorgeschlagene Kategorisierung von Demokratietheorie ist keineswegs abschließend zu verstehen, genauso wenig wie sie als starres Gerüst gedacht ist. Eine Theorie kann sicherlich in mehrere der hier angebotenen Einteilungen eingeordnet werden. Die Kategorien erleichtern eine Zu- und Ordnung verschiedener Theorien, ergeben ein Muster und ermöglichen eine kanonisierte Bearbeitung durch die Disziplin. Etwa kann nach vorgenommener Zuteilung eine Theorie auf die Gewichtung der „empirischen“ oder aber „normativen“ Elemente hin untersucht werden. Versuche der Ordnung und Zuordnung ermöglichen eine Vergleichbarkeit von Demokratietheorien auf der einen Seite, bergen aber auf der anderen die Gefahr in sich, Schubladen zu formen, in die sie dann, unreflektiert übernommen, der Einfachheit halber hineingeschoben werden. Eine nüchterne, realistische Beschreibung von Demokratie ist aufgrund ihres Charakters als politischer Begriff nicht möglich. Demokratie setzt automatisch Wertung voraus, beruht auf normativen Grundlagen.

Seit den 1970er Jahren bildete sich ein Strang der Demokratietheorie, der sich selbst als „realistisch“ bezeichnete. Vornehmlich diente eine solche Bezeichnung der Abgrenzung gegenüber jenen Theorien, die man als „unrealistisch“ diffamieren wollte: den normativen Theorieansätzen. Theorien, die in diesem Strang der Demokratietheorie zu verorten sind, gehen im weitesten auf den Ansatz Josef Schumpeters zurück, der seine Demokratietheorie in strikter Abgrenzung zu den „klassischen“ Theorien formulierte und denen er eine blinde und irrationale Annahme eines allgemeinen Wohles, einer Rousseau'schen „Volonté Generale“, unterstellte. Er selbst basierte seine Theorie jedoch auf der stillschweigenden Annahme eines funktionierenden freien Marktes und formulierte Demokratie als marktwirtschaftliche Methode, die rein der Wahl zwischen konkurrierenden Eliten diene. Theorien, die sich mit darüber hinaus reichenden Faktoren beschäftigten, waren für Schumpeter Ausdrücke eines bloßen „Sollens“ und damit der Realität nicht nahestehend. (vgl. Meyer 2009: 69)

Es zeigt sich also, dass auch die „rationale“ Demokratietheorie immer normative Elemente

beinhaltet und ihrem eigenen Ideal nicht gerecht werden kann.

Zudem ist es kein Zufall, dass Schumpeters Vorstellung von Demokratie ausgerechnet in den 80er Jahren eine gewisse Durchsetzung erfuhr. Parallel zur Festigung eines wissenschaftlichen Stranges sogenannter „realistischer“ Demokratietheorien gelangen zur selben Zeit wirtschaftsliberale Positionen an die Schalthebel einiger westlicher Gesellschaften. Die Durchsetzung neoliberaler Positionen lassen die Schumpeter'sche Demokratiebetrachtung geradezu prophetisch erscheinen. Ein Schein, der trügt. Der historisch- materialistischen Losung „Geschichte wird gemacht“ entsprechend, können Demokratieanschauungen auch als *„Ausdruck gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen“* betrachtet werden. (Wahl 2010: 20) Je nachdem wie sich das Kräfteverhältnis zwischen liberalen und sozialen Demokratietheorien entwickelte, setzte sich im Laufe der Nachkriegsgeschichte eine der Positionen abwechselnd durch. (vgl. ebd.)

Da Demokratietheorien nicht rein isoliert voneinander betrachtet werden können, sondern sich explizit oder oftmals implizit auf bereits bestehende Konzeptionen beziehen, sind darüber hinaus Rückgriffe innerhalb der eigenen Theorietradition üblich. Dies, entweder um sich einer Auffassung anzuschließen oder aber um die jeweilig vorherrschende Auffassung von Demokratie zu kritisieren und sich in Opposition dazu zu begeben. (vgl. Schaller 1999: 8)

So entstehen aus althergebrachten Theorien wieder neue Auflagen. Sie entstehen nicht einfach aus dem Nichts, sondern benötigen Orientierungsflächen.

Um eine marxistische Demokratietheorie zu beleuchten, musste nun zunächst der Aspekt der Deutungsvielfalt politischer Phänomene klargemacht werden. Nicht nur wird deutlich, dass die Verwendung von Begriffen an sich ein äußerst anspruchsvolles Unterfangen ist, sondern auch, dass nicht überall wo „Demokratie“ drauf steht, auch zwangsläufig „Demokratie“ drin sein muss. Vielmehr liegt es im Auge der Betrachtenden, ob sich die eigenen Vorstellungen vom Wesen und Inhalt von Demokratie in einer Theorie widerspiegeln. Diese eigenen Wertvorstellungen wiederum sollten einem Reflexionsprozess unterzogen werden, um sie gegebenenfalls von unreflektiert übernommen Werten und Normen zu entkleiden und um offen für neue Deutungen zu bleiben. Das Bewusstsein über den eigenen Standpunkt, zuletzt auch im Sinne einer Klassentheorie, eröffnet neue Perspektiven und erlaubt es, sich aus einem festgesteckten Handlungsrahmen zu entfernen.

2. Demokratie als umkämpfter Begriff- Der Status Quo der Demokratietheorie

2.1. Primat „realistischer“ Demokratietheorien

„Alle wichtigen Begriffe der Politischen Theorie sind umkämpfte Begriffe.“

Und: „gäbe es einen Preis, der Überlebenskünstlern in der politischen Begriffsgeschichte verliehen wird, dann würde Demokratie auf der Nominierungsliste ganz weit vorn stehen“, so schreiben Buchstein und Jörke (dies.: 470) zur ständigen Neuauflage des Begriffes *Demokratie*, der sicherlich zu jenen zählt, die am Unterschiedlichsten beleuchtet und bewertet werden. (vgl. dies.: 477; Schmidt 2008: 14) Als Grund für die ständige Wiederaufnahme und Diskussion des Begriffes nennen die beiden Autoren eine starke Verknüpfung mit Emotionen und Werturteilen, die politischen Begriffen zunächst allgemein zuteil werden. Politische Begriffe sind deswegen politisch, weil sie umkämpft sind. Weiters schließen die beiden aus dieser Feststellung, dass Begriffe auf deren Inhalt man sich einigen kann, ihren spezifisch politischen Charakter verlieren. (vgl. Buchstein/ Jörke 2003: 470) Demokratie sei deswegen ein solcher Dauerbrenner in der Diskussion, weil er immer wieder erneut mit neuem Inhalt versehen aufs Tapet gebracht wird.

Sprachgeschichtlich beschreiben Buchstein/ Jörke einen im Wesentlichen dreistufigen Transformationsprozess, den der Begriff „Demokratie“ seit der Antike durchgemacht hat:

Ursprünglich negativ konnotiert und als Herrschaft der Masse oder des Pöbels verschrien, wandelt sich der Begriff nach der französischen Revolution und im Zuge der Ausweitung des Wahlrechts in weiten Teilen der westlichen Welt zunehmend zu einem positiv verstandenen Begriff. Mit diesem Prozess einher geht eine Vorwärtswendung der Demokratiebetrachtung. Antike Autoren beschrieben Demokratie als „*Regierungsform einer vergangenen Epoche*“ (dies.: 473) und dachten sie als mit der Existenz der winzigen griechischen Stadtstaaten untrennbar verbunden. Auch etwa bei Rousseau findet sich die Feststellung, dass Demokratie unter den Gegebenheiten größerer, komplexerer Gesellschaftsstrukturen gar nicht funktionieren könne. (vgl. Schmidt 2008: 90) Er, aber auch Grotius und Hegel brachten zwar eine im Ganzen positivere Betrachtung des Begriffes auf, gaben jedoch der Demokratie als Regierungsform wenig Chancen in einer zukünftigen Welt. (vgl. Buchstein/ Jörke 2003: 473)

Schrittweise wandelt sich diese Sicht mit Alexis de Tocquevilles Buch über Amerikas Demokratien und kann sich schließlich im 19. und 20. Jahrhundert langsam auch in Europa durchsetzen. Zunächst verbunden mit der Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht und gepachtet von

liberalen Strömungen, dann, ab den 50er/ 60er Jahren des 19. Jahrhunderts durch die Arbeiter_innenbewegung, wandelte sich „Demokratie!“ zur Forderung der politisierten Arbeiter_innen und deren Vertreter_innen (vgl. Buchstein/ Jörke 1998: 473; Felbick 2003: 177)

Ein dritter Schritt, den die Autoren festhalten, betrifft eine inhaltliche Verschiebung, die sie „Komplettierung“ nennen (Buchstein/ Jörke 2003: 473). Sie attestieren der Demokratietheorie eine Verschiebung weg vom Aspekt der politischen Beteiligung hin zur Durchsetzung einer „konstitutionellen“ Verwendungsweise, die den Aspekt der politischen Beteiligung zurückdrängte. Um den Beginn des 19. Jahrhunderts gelangen liberale Abwehrrechte gegenüber dem Staat und das Repräsentativsystem zu einer Vorrangstellung.

„Die Demokratie wird als Ordnung betrachtet, die mit einem System von checks and balances komplettiert werden muss, damit die negative Freiheit- der Schutz des Individuums vor Beschlüssen der demokratischen Mehrheit- gesichert bleibt.“
(Buchstein/ Jörke 2003: 473; ohne die Hervorhebung des Originals, Anm.)

Die Autoren halten fest, dass nun aufgrund dieser drei Transformationsschritte ein Demokratiebegriff übrig bleiben konnte, der sich auffällig unterscheidet von seinen Ursprüngen. Der zentrale Aspekt der Antike, nämlich das Element der Partizipation, gelangt stark in den Hintergrund. Konstitutionell festgeschriebene Demokratie, die auf liberalen Werten und vor allem dem Verfahren der Wahl beruht, ist das neue Modell der Demokratietheorie.

Innerhalb akademischer Kreise führt dies dazu, dass von Seiten der rationalen Demokratietheorie Druck auf die normative Demokratietheorie ausgeübt wird, den realen Verhältnissen entsprechen zu müssen. Utopische Elemente normativer Theorien werden gerne innerhalb akademischer Kreise negativ bewertet und als realitätsfern „an den Rand der seriösen Politikwissenschaft gedrängt“ (Buchstein/ Jörke 2003: 486).

Betrachtet man einige Einführungen in die Demokratietheorie der letzten Jahre, so bestätigt sich diese Beobachtung. Manfred G. Schmidts Lehrbuch (Schmidt 2008) oder Giovanni Sartoris (Sartori 1998) Monumentalwerk zur Demokratietheorie, um nur einige Beispiele zu nennen, befinden sich in ihrer Eigendefinition

„näher an den empirischen oder realistischen Demokratietheorien, als an den normativen Lehren und insoweit näher an denjenigen, die Ist- Zustände und Wandel zu

beschreiben und erklären“ (Schmidt 2008: 23) und vertreten einen liberalen Demokratiebegriff.

Wenn ich auf das oben angeführte Beispiel der Theorie Josef Schumpeters zurückgreife, so habe ich bereits deutlich gemacht, dass der angesprochene Primat einer bestimmten Weltanschauung auch Ausdruck eines gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses ist. Die Auseinandersetzung äußert sich innerhalb wissenschaftlicher Disziplinen ebenso wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen. Realitätsnähe, der Wunsch Demokratie konkret und beobachtend zu beschreiben und dabei keine normativen Einflüsse aufkommen zu lassen, diese Sicht wird von vielen linken Theorieansätzen umgedeutet. Analyse ist wichtig, doch um durch sie Perspektiven zu eröffnen und sie an gewissen normativen Anforderungen zu messen. Im Folgenden will ich auf einige Aspekte „linker“⁶ Demokratietheorie eingehen.

6 Der Begriff „links“ bezeichnet im alltäglichen Sprachgebrauch ein breites und sehr heterogenes Spektrum an politischen Vorstellungen einer Gesellschaft auf Basis sozialer Gerechtigkeit. In weiterer Folge erfasst der Begriff das fast ebenso breite Spektrum von Vorstellungen, ebendiese Gesellschaft mittels radikaler Demokratisierung zu erreichen. Nicht alle Autorinnen der im Rahmen dieses Kapitels verwendeten Artikel beziehen sich in ihren Ausführungen explizit auf sozialistische Grundsätze. Dennoch wurden besagte Artikel in Medien publiziert, die sich wiederholt den Überlegungen bezüglich eines „demokratischen Sozialismus“ widmen. Ein Naheverhältnis oder eine gewisse Sympathie zu Konzepten, die in sozialistischer Tradition verstanden werden, ist anzunehmen.

2.2. Linke Demokratietheorie

2.2.1. *Überwindung der Trennung von Demokratie und Sozialismus*

Demokratie und die politische Linke wurden lange als einander feindschaftlich gegenüberstehend betrachtet. Doch weit gefehlt, würde man meinen, dass nur von der Opposition eine solche Gegensätzlichkeit konstatiert worden wäre. Lange Zeit hielt sich innerhalb der Linken das Urteil, dass Demokratie und soziale Gerechtigkeit einander ausschließen würden. Dabei wurde Demokratie verstanden als *bürgerlich-liberale* Demokratie, die als Herrschaftsinstrument der Aufrechterhaltung der bürgerlichen Klassenherrschaft diene. (vgl. Wahl 2010: 21)

Von Teilen der Linken wird eine solche Sicht heute abgelehnt und mit Hinweis auf Lehren, die man aus dem Untergang des Realsozialismus gezogen habe, wird auf die Eigenschaft von Demokratie als Rahmen für Innovation, gesellschaftlichen Wandel und Modernisierung hingewiesen. (vgl. Wahl 2010: 21)

Spätestens seit dem Ende der achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts setzen sich Intellektuelle, wie auch Vertreter_innen sozialer Bewegungen vermehrt mit der Vereinbarkeit von Demokratie und Sozialismus auseinander. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Überwindung des Traumas, das realsozialistischer Autoritarismus und Terror hinterlassen haben. Gleichzeitig untersuchte man das neoliberale Projekt und erkannte die Gefahren, die von diesem für Demokratie ausgingen. (vgl. ebd.) Die Auslegung der eigenen Quellen wird dabei von vielen Autor_innen hinterfragt und manch „etablierte“ Ansicht neu überdacht.

Das Projekt der Demokratie erscheint in diesem Kontext als unvollendet geblieben. (vgl. Wahl 2010: 21) Demokratie wird nun nicht mehr als rein bürgerlich-liberales Herrschaftsinstrumentarium betrachtet, das auf eine republikanische Staatsform und Verfahren zur Auswahl von Repräsentant_innen beschränkt ist (wie in vielen in leninistischer Tradition entstandenen Ansätzen), sondern als bisher unerreichte Zielvorgabe in der Zukunft. Demokratisierung wird als Motor für Gesellschaftsentwicklung betrachtet und zum politischen Projekt der Linken. Die Vorschläge für solche Konzepte sind unterschiedlicher Art. Nicht immer gilt als Ziel ein „demokratischer Sozialismus“. Einigkeit besteht lediglich darüber, dass die Zeit reif ist für neue Projekte. (vgl. Klein 2010: 9)

2.2.2. Der Staat als Ausdruck gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse. Das Basis- Überbau-Modell bei Marx.

Die angenommene Unvereinbarkeit von Demokratie und Sozialismus gehen, wie oben angedeutet, letztlich auf das spezifische marxistische Verständnis von Herrschaft zurück. Um Herrschaft in diesem Kontext zu fassen, muss etwas weiter ausgeholt werden.

Nach Joachim Hösler liegt dem historisch- materialistischen Geschichtsverständnis die Befriedigung der primären Lebensbedürfnisse zugrunde, zu deren Zwecke die Menschen Beziehungen untereinander (Produktionsverhältnisse) und zur Natur (Produktivkräfte) eingehen. Gesellschaftliches und individuelles Bewusstsein bilden sich auf der Grundlage der materiellen Produktion heraus, die tägliche Produktionsweise des Menschen bestimme das gesellschaftliche und individuelle Bedürfnis des Menschen. (vgl. Hösler 1998: 46)

Das Verhältnis von Produzent_innen und Produktionsmitteln stellt einen entscheidenden Faktor für die Ausgestaltung der Herrschaftsverhältnisse dar. In ihm liege regelmäßig das

„...innerste Geheimnis, die verborgene Grundlage der ganzen gesellschaftlichen Konstruktion und daher auch der politischen Form des Souveränitäts- und Abhängigkeitsverhältnisses, kurz der jedesmaligen spezifischen Staatsform“ (Marx zitiert nach Url Krysmanski 2004) verborgen.

Herrschaft in diesem Zusammenhang wird als Möglichkeit zur Verfügung über Produktionsmittel verstanden. Herrschaftsverhältnisse entstünden demzufolge immer dann, wenn Produktionsmittelbesitz und Produktion auseinanderfielen. (vgl. Hösler 1998: 47; Url Krysmanski 2004)

In der bürgerlichen Herrschaft seien die Produktionsmittel durch Enteignung auf die Kapitalist_innen übergegangen und würden als direkte Mittel von Beherrschung und Ausbeutung wirken, da die Masse aufgrund ihrer Besitzlosigkeit lediglich über ihre Arbeitskraft verfüge. Der Arbeiter zähle dabei nicht mehr als direktes Produktionsmittel, wie etwa der Sklave oder der Leibeigene, sondern wird formal zum freien, gleichberechtigten Staatsbürger erklärt. Marx erkannte im arbeitenden Menschen die besondere Wichtigkeit für den Kapitalismus, denn die Masse der Arbeitenden schaffe aufgrund ihrer einmaligen Verknüpfung von menschlicher Arbeit und Technik neuen Reichtum. Aufgrund der Tatsache, dass der Gebrauchswert von Arbeitskraft größer sei als ihr

Tauschwert entstehe ein Mehrwert, der für die Produktionsmittelbesitzenden Profit verkörpert. (vgl. Hösler 1998: 50, 51; Goldschmidt 2004: 90)

Die bürgerliche Gesellschaft teilt nach Marx die Gesellschaft in zwei antagonistische Pole: Bürgertum und Proletariat bedingen einander ebenso wie sie sich feindlich gegenüberstehen. Die Lohnform schaffe die Abhängigkeit zwischen den Lohnarbeitenden und ihren Profiteuren. Dieser ökonomische Zwang ermögliche es, dass die bürgerliche Herrschaft im Gegensatz zu den vorherigen Herrschaftsformen weitgehend ohne direkt ausgeübte Gewalt und Zwang auskomme. Das Ausbeutungs- und Zwangsmoment der bürgerlichen Herrschaft werde durch den Schein des freiwilligen Austausches formal freier und gleichberechtigter Individuen überdeckt. Deswegen könne die bürgerliche Herrschaft auch in Form der demokratischen Republik ausgeübt werden, denn die unternehmerische Position setze sich gegenüber Partialinteressen, sowie jenen des Proletariats immer, indem seine Interessen stets materiell wie ideell reproduziert werden, durch. (vgl. Hösler 1998: 51, 52; Goldschmidt 2004: 90, 91)

Die bürgerliche Herrschaft verstehe es nur zu gut, die Form eines Allgemeininteresses vorzugeben. Dies tue sie, indem sie sich selbst die Repräsentation des *Volkswillens* zuschreibe. Zugleich berge aber die Demokratie auch eine Gefahr für die bürgerliche Herrschaft in sich, nämlich dadurch, dass die Organisationen der bürgerlichen Herrschaft grundsätzlich auch Kritiker_innen offenstehe. Gerade in Momenten, in denen das kapitalistische System in einen Krisenzustand gelangt und das Bürgertum direkt mit der ausgebeuteten Klasse konfrontiert ist, stellen der bürgerliche Staat, sein Rechtssystem und nötigenfalls das staatliche Gewaltmonopol die wichtigste Stütze der bürgerlichen Herrschaft dar. Der Staat verhalte sich als Organ der herrschenden Klasse nur scheinbar neutral. Als Ausdruck der unüberwindbaren Widersprüche zwischen den Klassen dient der Staat nach Marx der herrschenden Klasse dazu, ihre Interessen zu schützen und ihre Herrschaft zu stabilisieren.

Neben dem Schutz der materiellen Macht reproduzieren und festigen die von führenden Jurist_innen, Wissenschaftler_innen, Philosoph_innen etc. (insgesamt den sogenannten „Expert_innen“) anerkannten herrschenden Lehren und Theorien zudem die *geistige* (ideelle) *Macht* der herrschenden Klasse. Diese Tatsache ermögliche es, dass die unterdrückten Klassen die Ideale sozusagen als „herrschende Lehre“ selbst akzeptieren. (vgl. Hösler 1998: 52; Goldschmidt 2004: 91, 92)

Der Staat, ebenso wie Recht und Gesetz bilden also einen Teil des sogenannten *Überbaus*. Sie fußen auf der Basis der ökonomischen Gesamtstruktur der Gesellschaft und sind dafür zuständig, die Herrschaft der bürgerlichen Klasse zu stützen, indem sie sie gegen innere und äußere Bedrohungen schützen. Sie verlieren durch die Marx'sche Herrschaftskritik und die Erkenntnis, dass Herrschaft von der Art und Weise abhängig bleibe, wie die Menschen Arbeit und Produktion gestalten, den Schein der Unabhängigkeit. (vgl. Hösler 1998: 53; Goldschmidt HKWM: 94, 95)

Einen für die aktuelle Debatte der materiellen Staatstheorie sehr entscheidenden Anstoß schuf Antonio Gramsci mit seinen Überlegungen zu Herrschaft und der daraus abgeleiteten Erzeugung von Konsens innerhalb der Gesellschaft. Im folgenden Unterabschnitt soll die Weiterentwicklung der Marx'schen Überbau- Gedankens, konkretisiert in der deutlich differenzierteren Betrachtung des Phänomens *Staat*, in wenigen Worten erläutert werden. Im Wesentlichen soll dadurch nur deutlich gemacht werden, dass heutzutage in der materialistischen Staatstheorie eine deutlich komplexere Auffassung von Staat existiert, als sie bei Marx begründet wurde.

2.2.3. *Über Staat und Demokratie- Aktuelle Ansätze kritischer Staatstheorie*

Aktuell beziehen sich zahlreiche Analysen von kritischer Staatstheorie auf die Anforderungen, welche die aktuelle „multiple Krise“ in einer globalisierten Welt für Staat und Demokratie, Staaten und Demokratien, bereit hält (Url Brand 2009). Dieser Strang der Staatstheorie geht letztlich auf Karl Marx zurück und versteht dementsprechend *Staat* nicht als bloße faktische Gegebenheit, mit der es sich politikwissenschaftlich auseinander zu setzen gilt, sondern als ganz konkrete „*Form der Institutionalisierung gesellschaftlicher Gewaltverhältnisse*“ (Hirsch 2005: 12). Die Disziplin entstand im Wesentlichen durch eine Weiterentwicklung marxistischer Ansätze, was im Folgenden kurz beschrieben werden soll.

Die Elemente, die aus den wenigen Fragmenten Karl Marx' zum Staat abgeleitet wurden, führten im Wesentlichen zu drei zentralen Theorien. (vgl. Zeiler 2009: 3)

Ein instrumenteller Staatsbegriff geht auf Lenin zurück und wurde ebenso von der gemäßigten Sozialdemokratie vertreten. Staat dient, dieser Überlegung zufolge, der herrschenden Klasse als Werkzeug, ihre Interessen durchzusetzen und ihre Macht durch Zwang und Repression zu fixieren. Während Lenin den Staat militärisch konfrontieren und in seinem Sinne umformen wollte, verstand die gemäßigte Sozialdemokratie den Staat als instrumentalisierbar zugunsten eigener Zwecke. (vgl.

Zeiler 2009: 3)

Die Formanalyse des Staates, die auf den Rechtstheoretiker Eugen Paschukanis zurückgeht, stellt sich hingegen die Frage nach der spezifischen Form von Herrschaft in kapitalistischen Gesellschaften. Er geht der Frage nach, wieso bürgerliche Herrschaft einer spezifischen objektivierten Herrschaftsform bedürfe und nicht einfach „die faktische Unterwerfung eines Teiles der Bevölkerung unter die andere“ (Paschukanis zitiert nach Zeiler 2009: 4) ausübe. Paschukanis erkennt dabei den Charakter des Staates als Reproduktionsorgan kapitalistischer Verhältnisse im Allgemeinen. (vgl. Zeiler 2009: 3)

Der dritte relevante Strang der materialistischen Staatstheorie geht auf den italienischen Marxisten Antonio Gramsci, in der Rezeption durch den griechisch- französischen Marxisten Nikos Poulantzas zurück. Zentral bei diesem Ansatz ist das Konzept der *Hegemonie*. Es drückt die Fähigkeit der herrschenden Klassen aus, ihre Herrschaft gegenüber den unterdrückten Klassen zu legitimieren und ihre Interessen mittels Erzeugung eines gewissen Konsenses zu universalisieren. In der Theorie Gramscis erscheint der Staat als „*Hegemonie gepanzert durch Zwang*“ (zitiert nach Zeiler 2009: 5). In der Weiterentwicklung durch Nikos Poulantzas wird der Staat als „*materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen Klassen und Klassenfraktionen*“ (ebd.) gedeutet.

Heutige Anforderungen an den Staat führten zu einer Renaissance von Überlegungen aus kritischer Perspektive: Manche Autor_innen machen angesichts globalisierter Wirtschaftsform und der Verschiebung staatlicher Aufgaben auf andere Institutionen einen Bedeutungsverlust des Staates aus. Da sich Entscheidungen stärker auf ein international agierendes Kapital beziehen und etwa im Zuge von Integrationsprojekten auf suprastaatliche Ebenen verlagert werden, leide die Bedeutung nationalstaatlicher Demokratie.

2.2.4. Über das Verhältnis von Staat, Demokratie und Kapitalismus in der kritischen Staatstheorie

Dass Demokratie unterschiedliche Bedeutung haben kann, wurde oben bereits dargelegt. Dass der Begriff heute gängig als Bezeichnung für die Regierungsform moderner, kapitalistischer Staaten des globalen Nordwestens verwendet wird, ist Ausgangspunkt für Überlegungen zum Zusammenhang von Staat, Kapitalismus und Demokratie aus aktueller materialistischer Perspektive. (vgl. Hirsch 2005: 75 ff.) Gemeinhin sind moderne „Demokratien“ politische Systeme, die

„(...)durch freie und allgemeine Wahlen, parlamentarische Repräsentationsverfahren, ein Minimum rechtsstaatlicher Garantien, gewisse Form der Gewaltenteilung, die Möglichkeit eines friedlichen und geregelten Regierungswechsels auf der Basis eines Mehrparteiensystems und die Geltung bestimmter Grundrechte gekennzeichnet(...)“
(Hirsch 2005: 75) sind.

Ein zentrales Grundrecht ist das des Schutzes von *„Privateigentum an den Produktionsmitteln, in das politisch nicht eingegriffen werden darf“* (Hirsch 2005: 75). Freiheit und Gleichheit erhalten einen ökonomischen Gehalt und werden durch die materielle Verwirklichung der Gleichheit der Menschen als auf dem freien Markt konkurrierende Warenbesitzer_innen universal gemacht. (vgl. ebd.)

Zentral für die Durchsetzung repräsentativ- demokratischer Systeme ist die Aufsplitterung in „Staat“ und „Gesellschaft“, sowie „Politik“ und „Ökonomie“, da erst dort, wo Staat von Gesellschaft getrennt ist, er als unabhängiger zentralisierter politischer Gewaltapparat von den ungleichen und gesellschaftlichen Machtverhältnissen unabhängig konstruiert wird und Herrschaft einer demokratischen Kontrolle unterworfen werden kann. (vgl. ders. 2005: 77)

Dass die kapitalistische Gesellschaft aus sich heraus den Staat geschaffen hätte, ist jedoch absurd zu behaupten. Vielmehr habe es zentrale Kontrolle und feste territoriale Grenzen gebraucht, um die nötige Gewalt zu erlangen, die für die Entfaltung der kapitalistischen Produktion dienlich war. Ähnlich verhält es sich mit der Demokratie. (vgl. Hirsch 2005: 77)

Eine Beschäftigung mit der Frage des Zusammenhanges von Kapitalismus und Demokratie findet sich an prominenter Stelle bereits bei Rosa Luxemburg. In ihrer Auseinandersetzung mit dem Werk von Eduard Bernstein kritisiert sie dessen These einer stetigen unaufhaltbaren Demokratisierung innerhalb des kapitalistischen Systems als konstruiert, was sie wie folgt untermauert:

„(...) so finden wir die Demokratie in den verschiedensten Gesellschaftsformationen: in den ursprünglichen kommunistischen Gesellschaften, in den antiken Sklavenstaaten, in den mittelalterlichen städtischen Kommunen. (...) Andererseits ruft der Kapitalismus in seinen Anfängen – als Warenproduktion – eine demokratische Verfassung in den städtischen Kommunen ins Leben; später, in seiner entwickelteren Form, als Manufaktur, findet er in der absoluten Monarchie seine entsprechende politische Form. Endlich als entfaltete industrielle Wirtschaft erzeugt er in Frankreich abwechselnd die demokratische Republik (1793), die absolute Monarchie Napoleons I., die Adelsmonarchie der Restaurationszeit (1815 bis 1830), die bürgerliche konstitutionelle Monarchie des Louis-Philippe, wieder die demokratische Republik, wieder die Monarchie Napoleons III. endlich zum drittenmal die Republik (Rosa Luxemburg GW I, 1: 422 f.).

Diese Feststellung lässt sich mit vielen moderneren Beispielen untermauern, wie etwa der Durchsetzung liberal- marktwirtschaftlicher Verhältnisse in Lateinamerika im Zeitalter der Militärdiktaturen (besonders hervorzuheben die Zeit nach dem Putsch Augusto Pinochets in Zusammenarbeit mit den USA in Chile 1973) oder der wirtschaftlichen Potenz eines heutigen Chinas, dessen Vorteile auf das Bestehen autoritärer Herrschaft zurückgeführt werden können. (vgl. Hirsch 2005: 75) Ein direkter Zusammenhang in Form einer Ursache-Wirkung-Beziehung zwischen Demokratie und kapitalistischer Produktionsweise kann nicht belegt werden. Auch war es nicht die Bourgeoisie, die Demokratie aus eigenem Antrieb geschaffen hat. Sie für eigene Zwecke und als Schutz der eigenen Geschäftstätigkeit zu fordern, reichte weitgehend aus. Liberale Rechte über die eigene Klasse hinaus zu erkämpfen, war nicht Ziel des Bürgertums, sondern jenes der Arbeiter_innenbewegung. (vgl. ders. 2005: 77)

Dass die moderne Form der Demokratie als „bürgerlich“ bezeichnet wird, liegt daran, dass ihre Grundlage die kapitalistische Vergesellschaftungsweise und die mit dieser verbundenen politischen Form bilden. Beide markieren zugleich die Grenzen von Demokratie. (vgl. Hirsch 2005: 78) Das bedeutet, wie Joachim Hirsch drastisch hervorkehrt:

*„(...) dass das, was innerhalb der liberalen Demokratie an **Freiheit, Gleichheit und Selbstbestimmung** (im Original in Anführungszeichen, Anm.) verwirklicht ist,*

strukturell immer auf gesellschaftlicher Unfreiheit, Ungleichheit und Fremdbestimmung beruht“ (Hirsch 2005: 79; im Original kursiv gekennzeichnet, Anm.).

Da politische Verhältnisse im Rahmen der materialistischen Staatstheorie als umkämpftes Feld und nicht als geschlossener Zustand begriffen werden, stellt sich die Theorie die Frage nach Alternativen. Die Betonung der Unmöglichkeit solcher wird als zum Spiel um die Interessendurchsetzung innerhalb eines umkämpften Feldes gehörig verstanden. Kritiker_innen der vorherrschenden Zustände halten fest: gerade die heutige Zeit der Krise(n) ermögliche es, überkommene Strukturen neu zu beurteilen und alternative Projekte voran zu treiben. Die Ansätze, die sich dabei aus der Kritik an Theorie und Praxis liberaler Demokratie ergeben, sind äußerst unterschiedlich:

Alex Demirovic etwa betont die oben angesprochene Trennung von Wirtschaft und Politik. Im Gegensatz zu „alten“ staatszentrierten Modellen der Regulierung der Wirtschaft, in denen einzig der Staat als demokratisch gewähltes Repräsentationsorgan zielgerichtet in Prozesse eingreift, schlägt Demirovic ein Konzept direkter Beteiligung als Alternative vor. (vgl. Demirovic 2010: 42- 64) Daneben finden sich andere Überlegungen, wie etwa zur Demokratisierung der Europäischen Union, zum Verhältnis von internationalen Rechtsgrundsätzen und radikaler Beteiligung sowie zur Vereinbarkeit von „demokratisierter Demokratie“ mit Rechtsstaat und Verfassungsrecht. (vgl. Klein/Wahl 2010)

Nicht alle diese Vorschläge beruhen aber auf der materialistischen Theorie, sondern das Spektrum der politischen Motivation reicht bis zu links- liberalen Ansätzen⁷. Die Liste der Perspektiven ist lang und die hier angeführten sind bei weitem nicht als abschließende Aufzählung zu betrachten. Es sollte durch sie ein Einblick in aktuelle Debatten gezeichnet werden, bevor wieder in der Geschichte zurückgegangen wird zu den Ursprüngen dieser Diskussionen.

7 Auch von der nationalistischen Rechten finden sich traditionell Aussprüche zur Kritik an der Globalisierung. Neuerdings taucht darüber hinaus aus diesen Reihen etwa in Österreich die Kritik an „demokratiefeindlichen“ Entscheidungen im Zusammenhang mit Entscheidungen über den sog. „Eurorettungsschirm“ durch das österreichische Parlament auf. Diese Aussprüche provozieren angesichts der Tradition „rechten“ Gedankengutes den Vorwurf der Unwahrheit und des Populismus und werden absichtlich nicht in meiner Darstellung berücksichtigt.

2.2.5. Linke Theorie auf dem Weg zum demokratischen Sozialismus?- Geschichte eines Begriffes

Das Schlagwort demokratischer Sozialismus steht zwar nicht im Kontext aller, aber vieler der oben erwähnten Überlegungen. Ähnlich wie der Begriff „Demokratie“ bleibt auch dieser inhaltsleer und damit nicht für eine Diskussion geeignet, sollte er keine weiterführende Definition erfahren. Vielleicht gelingt es, aus der heutigen Diskussion um Demokratisierung gewisse Elemente zu extrahieren, die den Begriff des „demokratischen Sozialismus“ etwas greifbarer erscheinen lassen.

Zunächst findet sich der demokratische Sozialismus als Teil eines Gegensatzpaares. Der Begriff wird von linken Autor_innen verwendet, um die eigenen theoretischen Überlegungen von einem autoritären Staatssozialismus und den realsozialistischen Regimen der Vergangenheit (und Gegenwart) zu unterscheiden. Alternativ zu „demokratisch“ bezeichnet ihn Dieter Klein als *„Sozialismus des 21. Jahrhunderts“* (ders. 2010: 11). Er beschreibt ein bisschen pathetisch: *„Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts wird eine Welt schaffen, in der viele Welten Platz haben. Er wird demokratischer Sozialismus sein- oder es wird ihn nicht geben.“* (Klein 2010: 11)

Einerseits erkennt man in dieser Formulierung die Abgrenzung zu autoritären Sozialismustheorien. Daneben lässt sich ein pluralistischer Aspekt herauslesen: viele Welten sollen in einer Welt Platz finden. Auch nennt Klein den demokratischen Sozialismus synonym zu einer *„solidarischen Gesellschaft“* (ders. 2010: 9). Ein weiterer Begriff, der äußerst schwammig verbleibt.

Gleichzeitig beschreibt der Begriff scheinbar ein gesellschaftliches Ziel und wird damit zum Kampfbegriff. Der demokratische Sozialismus soll das gegenwärtige krisenhafte Modell ablösen und lässt sich am Ende eines radikalen Demokratisierungsprozesses verorten, dessen Wesen, wie oben in I. 2.2.2. beschrieben, recht unterschiedlich diskutiert wird.

Während in den Anfängen sozialistischer Theorie scheinbar eine Einheit von Demokratie und Sozialismus als Zukunftsvorstellung noch selbstverständlich gewesen scheint, verwendete den Begriff „demokratischer Sozialismus“ erstmals Karl Grün im Jahre 1845. Danach scheint der Begriff bei Proudhon auf, der ihn verwendet um seine eigene Theorie abzugrenzen gegenüber den Ansichten der Blanquisten. Demokratischer Sozialismus bezeichne die *„Revolution durch das Volk“* (Lederer 1999: 556).

Eingang in marxistische Theorien fand der Begriff im Rahmen der Richtungsstreitigkeiten der Sozialdemokratie um 1900. Sie gehen zurück auf u.a. den Revisionismus- Streit, dessen berühmteste Protagonistin, Rosa Luxemburg, Thema dieser Arbeit ist. Aufgrund dieser Auseinandersetzung kam es zu einer Spaltung innerhalb der Sozialdemokratie in Vertreter_innen einer umfassenden Revision des Marxismus und einem revolutionären Flügel. In der Folge und aufgrund von Entscheidungen in der Kriegskreditspolitik einiger sozialdemokratischer Taktiker_innen, spaltete sich ein breites Bündnis von Sozialdemokrat_innen von den sogenannten „Mehrheitssozialdemokrat_innen“ ab. Der Begriff „demokratischer Sozialismus“ wurde im Rahmen dieser Kontroverse von Mehrheitssozialdemokrat_innen (sic!) eingeführt, um zu suggerieren, ein „undemokratischer Sozialismus“ werde von den politischen Feinden innerhalb der Sozialdemokratie vertreten. Daneben fand der Begriff Verwendung als Abgrenzung gegenüber dem Begriff der Lenin'schen Diktatur des Proletariats. „Demokratischer Sozialismus“ sollte sozusagen einen gemäßigten Mittelweg glauben machen. In weiterer Folge fand die Bezeichnung zwar Eingang in Programme der SPD, spielte aber im Grunde keine bedeutende Rolle mehr. (vgl. Url Hillebrand/ Troost 2007: 3)

Im Rahmen der Wirren der dreißiger Jahre und beeinflusst durch einen Nichtangriffspakt unterzeichnet zwischen Hitler und Stalin, wurde der Begriff zur Abgrenzungsbezeichnung für ein gemeinsames Gedankengut *„traditioneller Sozialdemokraten und radikaler Linkssozialisten gegenüber einem despotischen Kommunismus.“* (Willy Brandt zitiert nach Hillebrand/ Troost 2007: 4). Diese Interpretation findet sich weiters im Programm der Sozialistischen Internationale „Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus“ von 1951. Dabei beruft sie sich auf theoretische Grundlagen des Marxismus. Das Godesberger Programm der SPD hingegen verortet die Ursprünge des „demokratischen Sozialismus“ in *„christlicher Ethik, im Humanismus und in der klassischen Philosophie verwurzelt“* (zitiert nach Hillebrand/ Troost 2007: 4) und macht damit die Entfernung der Mehrheitssozialdemokratie von ihren marxistischen Wurzeln deutlich.

Richtig Auftrieb erfuhr der Begriff des „demokratischen Sozialismus“ wieder mit den Studierendenprotesten der 1960er Jahre in Westdeutschland. Willy Brandt bezeichnete den demokratischen Sozialismus am Hannoveraner Parteitag 1973 wie folgt:

„Demokratischer Sozialismus ist für uns kein Schema für die gesellschaftliche Ordnung, kein dogmatisch festgelegter Katalog von Maßnahmen. Demokratischer Sozialismus ist nicht mit Endziel, sondern ist als ständige Aufgabe zu verstehen. Er lässt sich nicht in Patentrezepten einfangen“ (ders. Zitiert in Url Hillebrand/ Troost 2007: 5).

In den 80er Jahren verlor die SPD schließlich das Monopol über den Begriff und er wurde zu einer Bezeichnung für eine Reihe von Konzepten unterschiedlichster Art. In Westdeutschland gründete sich 1982 die Partei der „Demokratischen Sozialisten“, die sich in Abgrenzung zur SPD verstand und diese links überholte. Nach 1989 fand eine Annexion des Begriffes durch zahlreiche frühere Kommunist_innen statt, viele ehemalige kommunistische Parteien unterzogen sich einer „Sozialdemokratisierung“. Der Begriff wurde endgültig zu einem Abgrenzungswerkzeug gegenüber autoritären sozialistischen Ausrichtungen des Realsozialismus und sollte Mäßigung suggerieren. (vgl. Url Hillebrand/ Troost 2007: 6)

Zahlreiche Versuche fanden statt, dem „demokratischen Sozialismus“ ein Gesicht zu geben und den Begriff inhaltlich aufzufüllen. Darunter fanden sich Aufforderungen zur radikalen Selbstkritik und Anstöße zur Analyse realsozialistischen Scheiterns, sowie die Erkenntnis einer radikalen Demokratisierung als einzig rationale Ausgangsbasis des Sozialismus von Morgen. Die Geschehnisse führten aber auch zu Kontroversen. Zwischen der gemäßigten Linken und den neuen Parteien des demokratischen Sozialismus entbrannten hitzige Diskussionen über deren Demokratiefähigkeit. (vgl. Url Hillebrand/Troost 2007: 7)

Eine dritte Dimension des Begriffes „demokratischer Sozialismus“ wird angesichts der oben geschilderten Begriffshistorie deutlich. Der Begriff des demokratischen Sozialismus diente bisher als Propagandabegriff hauptsächlich zwei Zielen: einerseits wurde versucht, den linken autoritären Rand von sich abzukapseln und andererseits fand er Verwendung, um sich trotzdem zu marxistischen Grundsätzen bekennen zu können. (vgl. Url Hillebrand/ Troost 2007: 8)

Es lässt sich schlussfolgern, dass die demokratische Linke vor einer Herausforderung steht. Bevor der Begriff weiter gesichtslos verwendet wird, muss dem „demokratischen Sozialismus“ ein Inhalt gegeben werden, der kritisiert werden oder zur Identifikation dienen kann.

2.2.6. Zum Verhältnis der Begriffe Sozialismus und Kommunismus zueinander

Eigene Verständnisprobleme führten dazu, dass dieser Unterpunkt in die Arbeit eingeführt wurde. Er dient dem Abschluss dieses ersten Teiles und versucht die Begriffe Sozialismus und Kommunismus zu fassen sowie für diese Arbeit verwendbar machen.

Karl Marx versteht sich zu Beginn seiner Auseinandersetzungen mit dem sozialistischen Gedanken weder als Sozialist noch als Kommunist.

Der Sozialismus, als Denkrichtung, war nach dem Urteil von Émile Durkheim, eine im bürgerlichen Umfeld stattfindende Strömung, die mit der Entstehung der Industriegesellschaft aufkam. Die Strömung kritisierte die Verteilungsungerechtigkeit, sowie die missbräuchliche Verwendung von Privateigentum und setzte sich für eine Verbesserung dieser Zustände ein. Den Kommunismus versteht Durkheim als eine Gedankentradition, die, wesentlich radikaler als der Sozialismus, das Problem von gesellschaftlicher Ungleichverteilung in der Existenz von Privateigentum an sich betrachtet. Diese Fragestellung sieht Durkheim in wesentlich älterer Tradition als die sozialistische. Während nämlich das Ziel des Sozialismus eine soziale Einbindung der ökonomischen Interessen in einer bestimmten Form von Sozialstaat darstelle, betrachte die kommunistische Bewegung die Herstellung eines Gemeinwohls nur durch die Überwindung des Privateigentums als möglich. Ansätze dieses Gedankens sieht Durkheim bereits bei Platon, im Rahmen religiöser Bewegungen des Mittelalters, bei Thomas Morus und Campanella in der Renaissance, zeitgleich mit der Aufklärung und schließlich im Gedankengut der modernen Arbeiter_innenbewegung. (vgl. Tösel 2010: 1302)

Marx trifft in jungen Jahren eine schneidende Kritik am „rohen und gedankenlosen“ *Kommunismus, der die Persönlichkeit des Menschen überall negiert*“ und die „*Rückkehr zur unnatürlichen Einfachheit des armen und bedürfnislosen Menschen*“ (MEW 40: 534) betreibt. In seiner Auseinandersetzung mit urkommunistischen Gesellschaften in „Grundrisse zur Kritik der politischen Ökonomie“ untersucht Marx kommunistische Gesellschaften, die sich durch Abwesenheit herrschaftlicher Strukturen und eines staatlichen Gebildes auszeichnen, sich demgegenüber jedoch auf gemeinschaftlicher Aufteilung des Bodens und der Früchte aus deren Beackerung gründen. Er betrachtet die Gesellschaften dabei immer unter dem Gesichtspunkt ihrer Überholung ex post und nicht als Muster für eine zukünftige Gesellschaftsordnung. Dennoch hält Marx einen Kommunismus für möglich und besser geeignet für die Reorganisation der Gesellschaft, allerdings in einer verbesserten, modernen Form (vgl. Tösel 2010: 1303):

Als Selbstbezeichnung taucht die Bezeichnung *Kommunist* im Leben von Karl Marx (und schließlich auch Engels) bei seinem Eintritt in den Bund der Gerechten im Jahre 1847 auf. Der Bund verwendet den Begriff in erster Linie zur Abgrenzung von den komplett diffusen sozialistischen Bewegungen, denen vorgeworfen wurde, ihre Gerechtigkeitsforderungen⁸ griffen zu kurz, da sie gestellt würden, ohne sich die Frage nach den Ursachen von gesellschaftlicher Ungleichheit zu stellen. Friedrich Engels, beauftragt mit der Verfassung der „Grundsätze des Kommunismus“, verfasst schließlich einen Kommunismus-Begriff, der nicht mit den urkommunistischen Strömungen und Kulturen verglichen werden kann, sondern eine Weiterentwicklung, die auch Erkenntnissen sozialistischer Strömungen Rechnung trägt. Er begreift den Sozialismus als bürgerliche Strömung, den Kommunismus als Bewegung der Arbeiterklasse. (vgl. MEW 4b: 361-380; vgl. Tösel 2010: 1303, 1305) Bald jedoch vereinnahmten die sozialistischen Strömungen den Kommunismus und die Bezeichnung *Sozialismus* wurde zu einem Überbegriff für unterschiedliche reformistische und revolutionäre Strömungen. Als immer mehr Arbeiterparteien sich selbst die Bezeichnung *sozialistisch* geben, scheint die Unterscheidung endgültig fallen gelassen, und auch Marx und Engels wehren sich nicht mehr gegen die Zuschreibung. Marx wird künftig als Begründer des sogenannten *wissenschaftlichen Sozialismus* beschrieben, um wieder eine Abgrenzung gegenüber anderen Sozialismen zu schaffen (so auch bei Rosa Luxemburg). (vgl. Tösel ebenda)

Der Kommunismus bei Marx wird begriffen als „*Schlusspunkt*“ (Tösel 2010: 1307):

„Als Schlusspunkt der modernen Welt, dem der Emanzipation und als Wirklichkeit einer universellen Klasse, der vom Staat und der bürgerlichen- zivilen Gesellschaft die Befriedigung ihrer grundlegenden Bedürfnisse versagt werden.“ (ebd.: 1308)

Mit den Worten von Marx:

„Der Kommunismus als positive Aufhebung des Privateigentums als menschlicher Selbstentfremdung und darum als wirkliche Aneignung des menschlichen Wesens

⁸ Der Bund der Gerechten formulierte diese Kritik in einer Aussendung, worauf Karl Marx wiederum den unvorsichtigen Moralismus dieser Kritik kritisierte. Er schien sich jedoch in weiterer Folge mit dieser Formel zumindest offiziell zu arrangieren. (vgl. Tösel 2010: 1305)

*durch und für den Menschen; darum als vollständige, bewußt und innerhalb des ganzen Reichtums der bisherigen Entwicklung gewordne Rückkehr des Menschen für sich als eines **gesellschaftlichen**, d. h. menschlichen Menschen. Dieser Kommunismus ist als vollendeter Naturalismus Humanismus, als vollendeter Humanismus Naturalismus, er ist die **wahrhafte** Auflösung des Widerstreites zwischen dem Menschen mit der Natur und mit dem Menschen, die wahre Auflösung des Streits zwischen Existenz und Wesen, zwischen Vergegenständlichung und Selbstbestätigung, zwischen Freiheit und Notwendigkeit, zwischen Individuum und Gattung. Er ist das aufgelöste Rätsel der Geschichte und weiß sich als diese Lösung“* (Marx 1968: 536).

Der Kommunismus wird jedoch nicht als „*Ideal*“ verstanden, sondern als die „*wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt*“ (MEW 3: 35). Drei Bedingungen gehen dieser Entwicklung voraus: Die vollständige Ausgestaltung des Weltmarktes, die widersprüchliche Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse und der Antagonismus der zwei Klassen der bürgerlichen Gesellschaft.

Als Rosa Luxemburg nach Deutschland emigrierte, hatte sich die als „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ gegründete Partei bereits den Namen „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ gegeben. Zwischendurch versuchte sie es noch einmal mit der Bezeichnung „Sozialistische Arbeiterpartei“, doch fügte sie 1890, nach der Außerkraftsetzung des sogenannten *Sozialistengesetzes* die Demokratie dem Namen wieder hinzu.

Rosa Luxemburg verwendete statt der Bezeichnung Kommunismus, den Begriff des „*wissenschaftlichen Sozialismus*“ (Luxemburg GW I, 1: 376) als Bezeichnung für die Theorie Karl Marx und als Abgrenzung zu reformistischen Strömungen innerhalb der Sozialdemokratie, die Karl Marx wohl als sozialistische gesehen hätte. Aus Luxemburgs starkem Bezug auf Marx ergibt sich für mich das Bild, dass sie, ebenso wie Marx nach obigem Verständnis erläutert, eine Kommunistin war. Besonders deutlich wird dies mit ihren letzten Schriften, in denen sich die Gruppe Spartakus an Lenin und die Bolschewiki anlehnen, die auf die Trennung von Sozialismus und Kommunismus wieder Bezug nehmen. Lenin weist im Zuge der Oktoberrevolution kurzerhand den beiden Begriffen unterschiedliche Phasen der gesellschaftlichen Reorganisation zu: der Sozialismus verkörpere die parlamentarische Übergangsphase in einen darauffolgenden (autoritären) Kommunismus. (vgl. Jahn 2004: 120; Luxemburg was will der Spartakusbund; Tosel 2010: 1315)

Luxemburgs ablehnende Haltung gegenüber der Kommunismus-Deutung Lenins und ihr spezielles Verständnis von Sozialismus im Sinne eines „wissenschaftlichen Sozialismus“ welcher direkt auf Karl Marx zurück geht, lässt Luxemburg meines Erachtens auch die am ersten Parteitag der KPD 1918 zunächst ablehnende Haltung gegenüber der Aufnahme des *Kommunismus* in den Namen der Partei einnehmen. (vgl. Weber (Hg.): 38)

Unter dem oben angesprochenen Verständnis der Unterscheidung von Sozialismus und Kommunismus erscheint mir Rosa Luxemburgs Theorie als eine marxistisch- kommunistische. Da jedoch von ihr selbst der Begriff des Sozialismus gebraucht wurde, habe ich mich zur Vermeidung von Missverständnissen dazu entschlossen, diesen Begriff beizubehalten und selbst zu übernehmen. Im Rahmen dieser Arbeit werden die Begriffe daher synonym verstanden und verwendet.

3. Demokratiebegriff dieser Arbeit

Die obige Einführung in die verschiedenen Dimensionen von „Demokratie“ zeigt, dass die Definition von Demokratie von vielen Faktoren einerseits und dem Kontext der Verwendung des Begriffes andererseits abhängig ist.

Diese Arbeit bezieht sich auf Rosa Luxemburg und beleuchtet *Demokratie* daher auf drei Arten:

- Einmal in Bezug auf das Bild einer konkreten Regierungsform, nämlich der „liberalen“ oder „bürgerlichen“ Demokratie, mit ihrem Bezug auf den modernen Nationalstaat, ihr repräsentatives Element und ihr kapitalistisches Fundament.
- Dann wird Demokratie beleuchtet im Momentum der sozialen Revolution als Übergangsstadium und als synonyme Bezeichnung für die *Diktatur des Proletariats*
- Und endlich im Sinne einer dritten Bedeutung: als mögliche Beschreibung einer gesellschaftlichen Ordnung im Sozialismus, was aber noch zu klären sein wird.

Die Schwierigkeit der Bearbeitung von Punkt drei besteht darin, dass es äußerst kontroverse Ansichten zum Verhältnis von Demokratie und Sozialismus bereits in der Diskussion um Karl Marx und damit in weiterer Folge um Rosa Luxemburg gibt. Ich werde mich in weiterer Folge der Ansicht anschließen, dass Sozialismus und Demokratie keineswegs diametrale Phänomene bilden. Dafür muss aber von der Sicht abgesehen werden, dass Demokratie nur in der heute gängigen Gestalt und gebunden an Nationalstaaten existieren kann.

Wie bereits deutlich unter 4.2. angesprochen, bilden für Karl Marx die Produktionsverhältnisse die Grundlage jeder Gesellschaft. Staat und seine Regierungsform leiten sich daraus ab. Als Ausdruck der gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse wird Demokratie zugänglich für Herrschaftskritik. Nicht Demokratie an sich ist Gegenstand der Kritik, sondern das spezifische Verständnis von Demokratie als Herrschaftsinstrument.

Demokratie wird im Rahmen dieser Arbeit verstanden als zu verwirklichendes Projekt. Moderne „Demokratien“ stellen eine mögliche Form von Organisation der Gesellschaft dar, lange noch nicht

bedeuten sie den Abschluss und Höhepunkt gesellschaftlicher Entwicklung. Im Gegenteil fußen sie auf produzierten gesellschaftlichen Ungleichheiten und ungleicher Machtverteilung.

Demokratisierung zur Überwindung der Krisenhaftigkeit der heutigen Zeit wird heute, wie oben angemerkt, als zentrale linke Perspektive vertreten. Eine solche Sicht benötigt das eben erklärte Verständnis von Herrschaft und Staat, das es ermöglicht, Demokratie überholen zu wollen, ohne sie aber zu verwerfen und autoritären Systemen Tür und Tor zu öffnen.

III. Rosa Luxemburg und Demokratie

1. Kritik an der bürgerlichen Demokratie

1.1. Theoretischer Rahmen der Luxemburg' schen Demokratiekritik

Über Rosa Luxemburgs theoretisch- wissenschaftliches Fundament konnten wir oben schon einiges erfahren. In weiterer Folge will ich nun ihre theoretische Positionierung innerhalb der Arbeiter_innenbewegung um 1900 besprechen, die die Ausgangsbasis für Rosa Luxemburgs demokratiepolitische Überlegungen bildet.

1.1.1. Die Entwicklung des Kapitalismus und sein Zusammenbruch

Als Karl Marx verstarb, hinterließ er Fragmente. Dieser Umstand, und der, dass es zahlreiche andere Einflüsse als den „marxistischen“ auf die Arbeiter_innenbewegung gab, bewirkte, dass eine Reihe von unterschiedlichen Ansichten kursierte, was die politische Aufgabe der Bewegung, ihre Ziele und Strategien sowie den Umgang mit tagespolitischen Problemen betraf. Insbesondere der Streit um die Rahmenbedingungen der sozialdemokratischen Tätigkeit wurde um die Wende vom neunzehnten zum zwanzigsten Jahrhundert Inhalt einer der bedeutendsten Auseinandersetzungen in der Geschichte der Arbeiter_innenbewegung. Im sogenannten „Reformismus- Streit“⁹ gipfelte die Debatte revolutionärer versus reformorientierter Positionen innerhalb der SPD, die als große Zäsur in Geschichte der Arbeiter_innenbewegung und zusammen mit der Debatte um den Massenstreik als einer der Vorboten der Zersplitterung der Partei während des ersten Weltkrieges betrachtet werden kann. (vgl. Kuhn 2004: 118- 121)

Die realen Ausgangsbedingungen der Überlegungen Bernsteins beschreiben Freyberg et al. wie folgt: Die Wirtschaft Deutschlands trat in den Jahren vor der Publikation Eduard Bernsteins in ein Stadium des vorsichtigen Wachstums, das abwechselnd von schweren Krisen und kleineren Aufschwüngen durchbrochen war. Die Folge dieses Auf und Abs war die Bildung von Kartellen in einigen der zentralen Wirtschaftszweige und die Durchsetzung von Schutzzöllen für wichtige

9 In manchen Werken wird der Streit als „Revisionismus- Debatte“ geführt. Dieser Begriff bezieht sich nur auf die direkte Auseinandersetzung mit Bernsteins „Revisionismus“. Die Auseinandersetzung zwischen Revolutionär_innen und Reformist_innen vollzog sich innerhalb der Arbeiter_innenbewegung und der internationalen Arbeiterassoziation seit ihren Anfängen. Eduard Bernstein wurde zum Symbol der Reformist_innen und genoss ab da traurige Berühmtheit. Die Debatte soll deswegen hier „Reformismus- Debatte“ genannt werden, was die Debatte universaler fassen lässt. (vgl. Braunthal 1978: 266ff.)

Produktionsgüter, wie Getreide, Eisen und auch Eisenprodukte. (vgl. Freyberg et al. 1989: 30)

Dies ließ eine Verteuerung der Lebenserhaltungskosten erwarten, ebenso wie einen noch massiveren Zustrom zur Sozialistischen Arbeiterpartei und den Gewerkschaften, wie er bereits seit 1875 stattfand. Dieser Zustrom hatte die Reichsleitung im Jahre 1878 zu einem Verbot sämtlicher sozialistischer Tätigkeiten und Organisationen bewogen, nach welchem es der Partei allerdings weiterhin gestattet blieb an den Reichstagswahlen teilzunehmen.¹⁰ (vgl. ebd.: 31, 32) Die steigenden Ergebnisse der Wahlen weisen nach, dass der Zustrom durch die Maßnahmen nicht gebrochen werden konnte, weder durch die offensichtliche Repression, noch durch sozialpolitische Maßnahmen, die der Besänftigung der aufgeheizten Stimmung dienen sollten. (vgl. die genauen Zahlen ebd.: 33; vgl. ebd.: 31, 32)

Die oben beschriebenen wirtschaftlichen Entwicklungen und deren sozialpolitische Folgen bewogen Eduard Bernstein dazu anzunehmen, Karl Marx-Analysen müssten revidiert und neue Gesetzmäßigkeiten eruiert werden. Der große Zusammenbruch des Kapitalismus und mit ihm des bürgerlichen Systems werde nicht eintreten, da innerhalb dieses immer größere Errungenschaften für die arbeitende Klasse erzielt werden könnten. Bernstein verwechselte in seinen Annahmen die Maßnahmen zur Stabilisierung des bestehenden Systems mit Sprungbrettern zu einer neuen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung und vertrat die Ansicht, der Sozialismus lasse sich mittels zahlreicher Reformen und im Rahmen parlamentarisch- demokratischer Entscheidungen einführen. (vgl. Bernstein 1969: 10)

Entzündet wurde die Debatte durch Bernsteins Artikelreihe „Probleme des Sozialismus“, die in der „Neuen Zeit“ erschien. Die zusammengeführten und in eins gegossenen Ansichten publizierte er schließlich im Jahre 1899 in dem Buch: „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“. (vgl. Bernstein 1969: 9)

Seine Hauptkritik galt dem Gedanken der andauernden Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Systems und der Theorie vom unausweichlichen Untergang des bürgerlichen Systems im Rahmen dieser Krisen. Eduard Bernstein vermutete im Gegensatz zu seinen Genoss_innen eine Stabilisierung des kapitalistischen Systems aufgrund der sogenannten „Anpassungsmittel“ (Kartelle, Gewerkschaften, Kredite, etc.) und eine mit der Stabilisierung einhergehenden dauernd

10 „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ vom 21. Oktober 1878 (Url Sozialistengesetz).

fortschreitenden Demokratisierung der Gesellschaft, die einerseits zu ständigen Verbesserungen der Lebensbedingungen der Arbeiter_innen beitrüge und andererseits den Weg frei räume für parlamentarische Reformen im Interesse der Arbeiter_innenklasse.

(vgl. Bernstein 1969: 10)

Bernsteins Theorie wurde innerhalb der Partei äußerst unterschiedlich aufgenommen. Die politischen Entwicklungen und die der Arbeits- und Lebensbedingungen hatten zur Durchsetzung einer marxistischen Linie in der offiziellen Programmatik der Sozialdemokratie geführt. Niederschlag erfuhr diese Entwicklung vor allem im Programm von Erfurt 1891, in das eine eindeutige Identifizierung mit der marxistischen Theorie aufgenommen wurde. (vgl. Freyberg et al. 1989: 34; Url Programm von Erfurt) Bernsteins Analyse arbeitete der neben der marxistischen existierenden reformistischen Strömung innerhalb der Arbeiter_innenbewegung stark entgegen. (vgl. ebd.) Der Streit eskalierte schließlich in den letzten Kriegsjahren. Die reformorientierte Fraktion konnte sich nach der Jahrhundertwende zum 20. Jahrhundert zusehends durchsetzen, was schließlich zu einer zweifachen Abspaltung von Funktionärsgruppen der SPD führte. (Kuhn 2004: 126 ff.) Bevor es jedoch so weit kommen konnte, wehrte sich die Spitze der Sozialdemokratie zumindest in ihrer offiziellen Linie massiv gegen den aufkeimenden Reformismus. Seine Kritiker_innen warfen Bernstein die Verwerfung der Grundsätze der Arbeiter_innenbewegung vor, was dieser stets dementierte und wohl tatsächlich selbst nicht für richtig hielt (vgl. Bernstein 1969: 9 ff.).

Unter den schärfsten dieser Kritiker_innen war Rosa Luxemburg, die der Auseinandersetzung mit Bernsteins Überlegungen zahlreiche Artikel, Reden und zuletzt ein ganzes Buch widmete. („Sozialreform oder Revolution“, in: Luxemburg GW I, 1: 369- 466). Den Ausgangspunkt zu diesem bildet ihre Kritik an Bernsteins Revisionismus, während sie gleichzeitig eigene Ansichten offenlegt und für ein Zusammenspiel von Reform und Revolution in der Taktik der Arbeiter_innenbewegung plädiert. (vgl. ebenda)

Rosa Luxemburg konstatiert die, wie sie schreibt, „*wissenschaftliche Begründung des Sozialismus*“ (Luxemburg GW I, 1: 375), wie sie Karl Marx und Friedrich Engels zu verdanken sei (vgl. Luxemburg GW I, 2: 370), als auf drei Ergebnissen der kapitalistischen Entwicklung fußend:

1. das Anwachsen der Anarchie der kapitalistischen Wirtschaft, die zu ihrem Untergang führe.
2. Das Voranschreiten der Vergesellschaftung des Produktionsprozesses, die die Ausgangsbedingungen für den Sozialismus schaffe und
3. das Wachsen der Macht, des Organisationsgrades und der Klassenkenntnis des Proletariats, das aktiv die Umwälzung zur neuen Gesellschaftsordnung vornehme.
(vgl. Luxemburg GW I, 2: 370)

Vor allem die Voraussetzung des Zusammenbruches der bestehenden Gesellschaftsordnung, die Eduard Bernstein zu bezweifeln beginnt, spielt für Rosa Luxemburg eine bedeutende Rolle. Sie glaubt an die Existenz einer „objektiven“ (ebd.: 376) Begründung für das Machtstreben des Proletariats außerhalb ideeller Gerechtigkeitsvorstellungen. Die besondere Rolle Karl Marx' innerhalb der sozialistischen Theoriegeschichte begründet sich für Luxemburg darin, dass er dem Proletariat eine historische Aufgabe zugeschrieben habe. Erst im Rahmen der wissenschaftlichen Argumentation zum Zusammenbruch des Kapitalismus werde der Sozialismus zur *objektiven Notwendigkeit* und die Arbeiter_innenbewegung als Teil des Proletariats zu einem aktiven Element im Rahmen dessen unumgänglicher Herbeiführung. (vgl. Luxemburg GW I, 2: 369; Luxemburg GW I, 1: 376) Mit der Verwerfung des Unterganges des kapitalistischen Systems würde als „Begründung des sozialistischen Programms“ lediglich die „reine Erkenntnis“ (ebd.: 377) übrig bleiben. Der Sozialismus verkäme dadurch zur bloßen Utopie, was einen Rückschritt in die Ursprünge des Sozialismus darstelle. (vgl. Luxemburg GW I, 1: 378, 379; 442) Diese Feststellung legt nahe, dass für Luxemburg die wissenschaftliche Begründbarkeit eine Rolle von zentraler Wichtigkeit einnimmt. Sie schreibt:

„...nachdem einmal die Entwicklung des Klassenkampfes selbst und seiner gesellschaftlichen Bedingungen zur Abstreifung dieser Theorien geführt hat (...) kann es - wenigstens in Deutschland- keinen Sozialismus mehr außer dem marx'schen (...) geben.“ (Luxemburg GW I, 1: 442; Hervorhebungen im Original kursiv, Anm.)

Sie setzt fort:

„Das Zurückgreifen auf vormarx'sche Theorien des Sozialismus bedeutet daher heute

nicht einmal den Rückfall in die Kinderschuhe des Proletariats, nein, es ist ein Rückfall in die zwerghaften, ausgetretenen Hausschuhe der Bourgeoisie.“ (Luxemburg GW I, 1: 442)

Rosa Luxemburg versteht den Zusammenbruch des bürgerlichen Systems als umfassendes Phänomen, nicht als rein durch ökonomische Faktoren ausgelöstes. In einem Artikel im Jahr vor dem Erscheinen von „Sozialreform oder Revolution“ deutet sie ihr Verständnis vom Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft als Zusammenspiel von ökonomischen und politisch- geschichtlichen Faktoren an. Im Feld der politischen Faktoren lässt sich die Tätigkeit der Arbeiter_innenbewegung festmachen, die eine eigene aktive Rolle bei der Hinführung zum Sozialismus spielt. Die Rolle des Proletariats in der Erkämpfung des Sozialismus ergibt sich für Luxemburg aus der Analyse der Geschichte durch Karl Marx, dem sie gemeinsam mit Friedrich Engels zuschreibt, die „*tastende*“ (Luxemburg GW I, 2: 370) Suche der proletarischen Masse durch das Klassenkampftheorem beendet zu haben. Die Menschheit sei mit der Hilfe von Marx „*hinter das Geheimnis ihres eignen gesellschaftlichen Prozesses gekommen*“ (ebd.: 371). Sie teilt die Ansicht Friedrich Engels, dass die Menschheit mit diesem Bewusstsein endgültig „*den Sprung aus dem Tierreich in die menschliche Freiheit*“ schaffen könne (ebd.).

Bereits im Vorwort zu „Sozialreform oder Revolution“ ordnet Rosa Luxemburg die Theorie Eduard Bernsteins dem Opportunismus zu. (vgl. Luxemburg GW I, 1: 371) Diesen beschreibt Luxemburg an anderer Stelle als Opfergabe der „*Grundsätze des Klassenkampfes*“ für „*augenblickliche Erfolge*“, als Hingabe zu kurzfristigen Konzessionen bzw. als Anhänger „*nur praktischer Politik*“. (Luxemburg GW I, 1: 230; 258) Für Luxemburg hingegen ist es die „*unversöhnliche Haltung*“, die die Stärke der Sozialdemokratie ausmache. Nicht durch Kuhhandel, sondern indem:

„...wir keinen Schritt von unserer Position weichen, zwingen wir die Regierung und die bürgerlichen Parteien, uns das wenige zu gewähren, was an unmittelbaren Erfolgen zu erringen ist.“ (Luxemburg GW I, 1: 230)

Die Haltung der Partei solle dabei durch ihre Vertreter_innen in jedem Fall erneut, „*...aus den gegebenen konkreten Verhältnissen, aus der augenblicklichen ökonomischen und politischen Lage*

heraus (...)“ (Luxemburg GW I, 1: 230) geprüft und festgelegt werden. Ein unsinniges Festhalten an irrigem Grundsätzen ist für Luxemburg ebenso wenig sinnvoll wie ein unvorsichtiges, vorschnelles Abrücken von Positionen. Als Beispiel bringt Luxemburg die Haltung der Sozialdemokratie zu Militarismus und Zollpolitik, die eine Absage daran enthält, an den bürgerlichen Staat Menschen oder Kapital zu verfüttern. Luxemburg plädiert für eine Offenlegung von Grundsätzen und für eine ständige Prüfung tagespolitischer Fragen anhand dieser grundsätzlichen Positionen. (vgl. Luxemburg GW I, 1: 229, 230)

Eduard Bernsteins Theorie versucht, Rosa Luxemburg zufolge, eine theoretische Basis für das von ihr beschriebene opportunistische Denken zu schaffen, das sich innerhalb der Arbeiter_innenbewegung auszubreiten schien. Bernstein gäbe sich redlich Mühe, sein Denken im Rahmen der Parteilinie zu propagieren, was irreführend sei, da Bernstein ihre Basis leugne. (vgl. Luxemburg GW I, 2: 370)

Diese Ansicht teilen auch die SPD- Historiker Freyberg et al, die in Bernsteins Revisionismus den Ausdruck eines bürgerlichen Hegemoniebildungsversuches sehen. Positionen wie jene Bernsteins würden überall dort aufkommen, wo Teile der Arbeiter_innenbewegung unter dem Einfluss bourgeoiser Ideologie stünden. Unter einem solchen Einfluss sehen die Autor_innen die Mehrheit der Arbeiter_innenklasse im Wilhelminischen Reich. (vgl. Freyberg et al. 1989: 35) Sie erkennen diese Versuche des Kapitals, bereits klassenbewusste Arbeiter_innen für klassenversöhnende Positionen wieder zu gewinnen, als logische Strategie an. (vgl. ebenda)

Tatsächlich hatte sich Eduard Bernstein während seines Londoner Exils ab 1888 den Vorstellungen der Fabien Society angenähert, einer bürgerlich- intellektuellen Reformbewegung, die eine liberal-demokratische Sozialismusauffassung vertrat und von einem Bündnis zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum träumte. Die Vorstellung von einem gesellschaftlichen Fortschritt in Form einer anhaltenden Demokratisierung der Gesellschaft stammte ebenfalls aus diesen Kreisen. Die Fabien Society konnte sich als sozialliberale Bewegung nicht mit dem Marxismus identifizieren und lehnte sowohl die materialistische Geschichtsauffassung, als auch die Klassenkampftheorie ab. Es liegt nahe, dass sich Eduard Bernstein von dieser Gemeinschaft und ihren Ideen beeinflussen ließ. (vgl. Könke 1987: 30)

Luxemburgs Lösungsvorschlag für die Überwindung der- wie sie sie bezeichnet- bürgerlichen „opportunistischen Strömungen“ innerhalb der Sozialdemokratie ist die Zusammenführung der

Arbeitermasse mit ihrer wissenschaftlichen Theorie, sodass diese sich auf den sicheren Boden der Marx'schen Lehre stellen könne. (vgl. Luxemburg GW I, 1: 371) Sie nimmt an, dass die Bewegung als Massenbewegung, die sich aus den gesellschaftlichen Bedingungen heraus entwickelt, opportunistische und andere „Gefahren“ (ebd.: 444) überwinden werde können und schließlich mit dem Marxismus ident werde. Sie scheint dabei, dialektisch denkend, anzunehmen, dass Bernsteins Gedanken keineswegs als Rechtfertigung von reformerischen Parlamentariern und Revolutionsscheuen benutzt würden, sondern dass Bernsteins Werk als eines, das keine neuen Gedanken äußert, verstanden würde und damit den Lauf der Geschichte nicht aufhalten könne. Schließlich richtet sie an Eduard Bernstein den Aufruf, sich als „*kleinbürgerlich- demokratischer Fortschrittler*“ (Luxemburg GW I, 1: 445) zu outen, übersieht jedoch gleichzeitig, dass Bernstein mit einem Element der Analyse mit Sicherheit recht behalten sollte: Der Großteil der Parteigenoss_innen war tatsächlich gegenüber dem Modell einer „*demokratisch- sozialistische(n) Reformpartei*“ (ebenda) positiv eingestellt, wie der spätere Gang der Parteigeschichte erweisen sollte.

1.1.2. Die Menge tut es!¹¹ Die aufgeklärte kritische Masse in Bewegung

Ein zweite äußerst zentrale Rolle neben der Zusammenbruchsthese nimmt Luxemburgs Massentheorie ein. „*Die gesamte menschliche Kultur ist ein Werk des gesellschaftlichen Zusammenwirkens vieler; ist ein Werk der Massen*“, schreibt sie in „Die Menge tut es“ (Luxemburg GW IV: 204- 208).

Luxemburg ist der Überzeugung, dass es nicht ein sektiererischer kleiner Haufen sein solle, der die Revolution planen und die Menge dazu anstacheln solle, sondern dass nur die aufgeklärte Arbeitermasse der Revolution Richtung und Ziel geben könne. (vgl. Luxemburg GW I, 2: 428) Die Gesellschaft der Freien und Gleichen und die Herbeiführung des Sozialismus können ihrer Ansicht nach nicht „*vom Himmel fallen als Geschenk einiger Helden*“ (Luxemburg GW IV: 208), sondern die Arbeitermassen würden lernen müssen sich selbst vom Joch des Kapitalismus zu befreien und ihre historische Rolle anzutreten. (vgl. ebenda)

Dabei sei das Proletariat, ebenso wie in sämtlicher Menschheitsgeschichte, abhängig von der gesellschaftlichen Entwicklung und dem Entwicklungsgrad der jeweiligen Produktionsform. Diese sei aber gleichsam „*Triebfeder wie Ursache*“ (Luxemburg GW IV: 61) der Aktion des Proletariats, während diese wiederum Teil der Geschichte forme. Luxemburg argumentiert an dieser Stelle ganz

11 Um an dieser Stelle die Optik nicht zu stören, habe ich das Zitat, das sich in dieser Kapitelüberschrift verbirgt, nicht explizit im Text gekennzeichnet. „Die Menge tut es“ ist der Titel eines Artikels Luxemburgs, den sie am 25. August 1916 in der freien Jugend publizierte. Er findet sich in: Luxemburg GW IV: 206- 208

im Sinne der dialektischen Methode. In der Entwicklung der Gesellschaft liege schließlich der Aufstieg des Proletariats und der gleichzeitige Untergang der bürgerlichen Gesellschaft, die das Proletariat geschaffen habe. Sie trage ihren Untergang nicht nur in sich, sie entwickle ihn auch. Luxemburg ist der Ansicht, dass genau diese Entwicklung nicht fernab des Proletariats stattfinde, sondern dasselbige Triebkraft in diesem Vorgang ist. (vgl. ebenda) Im Rahmen dieser Entwicklung müsse sich vor allem „das Klassenbewusstsein des Proletariats“ (Luxemburg GW I, 1: 253) ausbilden, das für Luxemburg als „direktes Kampfmittel“ Veränderung bringe, Gesetze, Regierungen und Reformen bezwingen könne und die Bewegung von einer kleinen Menge an Sektierern unterscheide. (vgl. ebenda: 254; 496)

Das Klassenbewusstsein entstehe durch den täglichen Kampf des an Selbstbewusstsein gewinnenden Proletariats für demokratische Institutionen und Arbeiterrechte. Durch den Kampf organisiere sich das Proletariat selbst, erlange Erfahrung und schärfe sein Bewusstsein. Dabei erfahre es Unterstützung durch die Gewerkschaften und die Partei, deren Aufgabe es sei, das Klassenbewusstsein durch Aufklärung und Arbeiterbildung zu fördern, sowie in den Institutionen bzw. dem täglichen Kampfe für Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Wichtig ist für die Strategievorstellung Luxemburgs ist, dass die Parteien und Gewerkschaften ihre Tätigkeit auf den Klassenkampf hin ausrichten und nicht etwa als reine Interessenverbände fungieren. (vgl. Luxemburg GW I, 1: 605; 705; GW I, 2: 318;)

Luxemburg selbst drückt sich folgendermaßen aus:

*„Aus dieser Auffassung ergeben sich die Grundprinzipien, auf die sich die praktische Tätigkeit der Sozialdemokratie stützt: Der sozialistische Kampf muss der **Massenkampf** des Proletariats sein, ein **täglicher** Kampf, der gerichtet ist auf die Demokratisierung der staatlichen Institutionen, auf die Hebung des geistigen und materiellen Niveaus der Arbeiterklasse und gleichzeitig auf die Organisierung der Arbeitermassen zu einer besonderen politischen Partei, die ihre Bestrebungen zum sozialistischen Umsturz der ganzen bürgerlichen Gesellschaft bewusst entgegenstellt.“* (Luxemburg GW I, 2: 318; Fettgedrucktes im Original kursiv, Anm.)

An anderer Stelle versteht Luxemburg unter der klassenbewussten Masse zum einen das klassenbewusste Proletariat und zum anderen diejenigen, die sich dem Proletariat anschließen. An

manchen Stellen beschreibt sie das Klassenbewusstsein als jenes der *Volksmasse*. (vgl. Luxemburg GW I, 2: 496) Offenbar ist Luxemburg der Ansicht, dass sich früher oder später Teile der bürgerlichen Klasse dem Proletariat anschließen würden. Explizit erwähnt sie diesen Punkt in einer Auseinandersetzung mit Ansichten Lenins.

Sie sehe in der Sozialdemokratie die Vertreterin der gesamten Fortschrittsinteressen einer Gesellschaft: Diese „(...) *wird nach und nach zur politischen Partei und Zufluchtsstätte der verschiedensten unzufriedenen Elemente, dass sie wirklich zur Partei des Volkes gegen eine winzige Minderheit der herrschenden Bourgeoisie wird*“. Es läge nicht im Interesse der Arbeiter_innenpartei diese Elemente abzuwehren. Jedoch hebt Luxemburg gleichzeitig hervor, dass es für die Bewegung wichtig sei, dass sich die an den Schmerzen der Gegenwart leidenden Kleinbürger den Interessen der proletarischen Bewegung im Endeffekt unterordnen müssten. (vgl. Luxemburg GW I, 2: 255)

Die nach dem Fall des Sozialistengesetzes anwachsenden Wählerzahlen umranden und zieren die Vorstellung Luxemburgs vom steten Anwachsen der revolutionären Masse. (bezüglich der tatsächlichen Zahlen vgl. Kuhn 2004: 109- 111)

1.1.3. Partei, Parlamentarismus und Gewerkschaften

Wie aus dem obigen Kapitel hervorgeht, befindet sich Luxemburgs theoretischer Rahmen in einem starken Bezug zu den Volksmassen. Gleichzeitig war Luxemburg sehr engagiert innerhalb der Arbeiter_innenpartei. Die Beziehung zwischen der Masse und der Partei soll in diesem Unterkapitel beleuchtet werden.

„Die sozialdemokratische Bewegung ist die erste in der Geschichte der Klassengesellschaften, die in allen ihren Momenten, im ganzen Verlauf auf die Organisation und die selbständige direkte Aktion der Masse berechnet ist“ (Luxemburg GW I, 2: 426)

Luxemburg sieht die Partei als Teil des politischen Klassenkampfes, als Institution im Rahmen welcher sich das Proletariat organisiert und sein Klassenbewusstsein ausbildet. (vgl. Luxemburg GW I, 1: 605; 705; GW I, 2: 318) Eine ähnliche Aufgabe schreibt sie den Gewerkschaften zu, die

allerdings in erster Linie partikulare Interessen, wie jene von Betrieben oder Produktionszweigen, vertreten und daher zu einem weiteren Kampffeld, dem ökonomischen Kampf, zugeordnet sind.¹²

Die Partei fungiert demgegenüber bei Rosa Luxemburg als Organ, das die gesamte Klasse vertritt. Sie vereine die Einzelinteressen unter sich und vertrete darüber hinaus die Gesamtinteressen der proletarischen Klasse im politischen Kampf, der sich in ruhigen Zeiten im Rahmen des bürgerlichen Staates im Parlament vollziehe. (vgl. Luxemburg GW I, 1: 149) Während die Gewerkschaften notwendige Bedingungen für die Unterstützung der Bewegung in Betrieben und für Berufsklassen etc. erkämpfen müssten, sei es die Aufgabe der Partei, den Errungenschaften der Arbeiterschaft zu allgemein gültigen Normen im bürgerlichen Rechtsstaat zu verhelfen. Ausserdem vernetze sie die Arbeiter_innenklasse international durch ihre Teilnahme an der zweiten Internationale. (vgl. Luxemburg GW I, 1: 767; GW II: 155)

Die Sozialdemokratie müsse als Teilnehmerin im Gesetzgebungsprozess stets ihren Prinzipien treu bleiben und in Verhandlungen mit voller Härte zu diesen stehen. Darin bestünde die parlamentarische Kraft der proletarischen Partei und nicht zuletzt auch ihre Aufgabe. Die Partei habe in erster Linie ihre Grundsätze auf diesem parlamentarischen Wege zu verbreiten. (vgl. Luxemburg GW I, 1: 230; GW II: 193) Für Luxemburg kommt der von Realpolitiker_innen in der Partei eingeschlagene Weg des Auslotens von Forderungen nach dem Rahmen des Möglichen oder die Erzielung von Kompromissen durch Kuhhändler nicht in Frage. Für sie, deren Beurteilung des parlamentarischen Systems sich im Rahmen des Basis- Überbau- Modells von Karl Marx bewegt, stellt der Parlamentarismus als „*Gebiet der bürgerlichen Gesetzlichkeit*“ (Luxemburg GW I, 2: 243) in erster Linie ein Herrschaftsfeld der kapitalistischen Klasse dar. Durch die möglich gewordene Teilnahme der Sozialdemokratie an Wahlen und Abstimmungen im Parlament wurde dieses zumindest pro forma auch zu einem Boden für Auseinandersetzungen zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Allerdings solle diese Tatsache keinesfalls von der Aufgabe abhalten, das Volk die Wahrheit über den Parlamentarismus wissen zu lassen. (vgl. ebenda) In Luxemburg GW I, 2: 449 formuliert Luxemburg zudem eine Art Transparenzgebot, das die Sozialdemokratie im Gegensatz zu den anderen Parteien zur „*rücksichtsloseste(n) Offenheit und Aufrichtigkeit gegen die Arbeitermasse*“ (ebenda) verpflichtet. Dies ergebe sich aus ihrer historischen Aufgabe über die Zusammenhänge und Funktionsweisen des bürgerlichen Systems auf zu klären. (vgl. ebenda)

¹² Ökonomischer und politischer Kampf ist die Bezeichnung des auf die jeweilige Sphäre bezogenen Ausdrucks des Klassenkampfes.

Daneben habe sie zu jedem Thema rücksichtslos die eigene Alternative zu benennen und zu erklären. (vgl. Luxemburg GW I, 2: 455)

Allerdings gründet der deutsche Parlamentarismus nach 1871 auf einer Besonderheit. Das Parlament, so Luxemburg, stelle eine „*verkrüppelte Gestalt einer ständig zwischen Tod und Leben schwebenden Missgeburt*“ (Luxemburg GW I,2: 449) dar. „*Der Parlamentarismus ist die bestimmte historische Form der Klassenherrschaft der Bourgeoisie und (...) ihres Kampfes mit dem Feudalismus*“ (ebenda), schreibt Luxemburg und spielt damit auf die Tatsache an, dass das Parlament um die Jahrhundertwende keine weiter reichenden Kompetenzen als die Abstimmung einiger Finanz- und Verwaltungsgeschäfte hatte und ganz und gar nicht den liberalen Idealen revolutionärer Gruppen um 1848 entsprach. Das 1871 geeinigte Deutsche Reich war auch nicht als Republik ausgestaltet, sondern als konstitutionelle Monarchie, deren politische Führung dem Kaiser oblag. Das Wahlrecht war überall beschränkt, wobei die stärkste Beschränkung im preußischen Norden, im sogenannten Dreiklassenwahlrecht, bestand. Nach diesem war die Wählergemeinschaft nicht nur auf Männer über 25 Jahren beschränkt, sondern nach dem jeweiligen Steueraufkommen in Klassen eingeteilt. So wählten die oberen drei Prozent der Bevölkerung gleich viele Wahlmänner wie die 82 Prozent, die sich in der dritten Klasse befanden. (vgl. Url DHM Reichsverfassung 1871; Url DHM preußisches Dreiklassenwahlrecht)

Vor diesem Gesichtspunkt erklärt sich auch der Wunsch Luxemburgs, die Institutionen zu demokratisieren und traditionell bürgerlich-liberale Forderungen weiter voran zu treiben. Im bürgerlichen Parlamentarismus sieht sie die Basis für die proletarische Revolution. (vgl. Luxemburg GW II: 53) In ihrem „Kommentar zum Programm der Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens“ formuliert Luxemburg Forderungen, die stark an revolutionär- bürgerliche erinnern und aus denen man aufgrund der Tatsache, dass ein gemeinsames internationales Endziel Luxemburgs Theorie bestimmt, durchaus etwas Allgemeines ableiten darf. Sie fordert zunächst „*das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht*“ (Luxemburg GW II: 56), „*die Gleichheit aller vor dem Gesetz*“ (ebenda: 65), „*Rede, Presse, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit*“ (ebenda: 67) und „*Gewissensfreiheit*“ (ebenda: 69). Doch Luxemburg versteht das Proletariat keineswegs bloß als Handlanger der Bourgeoisie, sondern ist der Meinung, dass jede dieser bürgerlichen Forderungen mit dem Ziel der Machtübernahme und der sozialen Revolution durch die Masse propagiert werden müsse. Über bürgerliche Forderungen hinausreichend verlangt Luxemburg zudem die „*Wählbarkeit*

der Beamten und Richter durch die Bevölkerung und ihre Verantwortung für die Einhaltung der Gesetze“ (Luxemburg GW II: 64), die *„Unantastbarkeit der Person und der Wohnung“* (ebenda: 66), *„die Gleichberechtigung der Frauen“* (ebenda: 71), *„die Abschaffung des stehenden Heeres und die Einführung der Miliz“* (ebenda), *„obligatorische und unentgeltliche Volksschulen, Unterhalt für Schulkinder auf Staatskosten, unentgeltliche Hochschulbildung“* (ebenda: 74), die *„Aufhebung von Zöllen und indirekten Steuern“*, sowie *„die Einführung einer einheitlichen, gestaffelten Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuer“* für u.a. die Umsetzung der Volksbildung (ebenda: 76). Ebenso führt sie eine umfassende Arbeiter_innenschutzgesetzgebung als Forderung an. (vgl. ebenda: 79- 88) Diese Mindestanforderungen seien vonnöten, damit zunächst Organisation und Stärkung der Arbeitendenklasse vonstattengehen könne.

Die eigentliche Stärke hinter diesen Forderungen sieht Luxemburg im außerparlamentarischen Rückhalt durch die proletarische Masse, die durch ihre Sichtbarkeit im Notfall das Parlament dazu zwingt, die Forderungen ernst zu nehmen. (vgl. Luxemburg GW I, 2: 243; GW I, 2: 449) Die Partei vertrete die Masse am parlamentarischen Terrain, besitze jedoch nicht die Befugnis, die Masse zu lenken. Sie spiele nämlich in Bezug auf die Massenaktion generell eine winzige Rolle. Ihre Aufgabe besteht darin, Massenorganisation zu unterstützen, nicht eine solche zu forcieren oder gar anzustacheln. Die Partei müsse gerade so viel Freiheit haben, alle Mittel nutzen zu können, um revolutionäre Initiativen, wo immer sie entstünden, zu vervielfältigen. Nicht zu ihrem Aufgabengebiet gehöre es, dort wo die Zeit noch nicht reif ist für spontane Organisation, diese künstlich zu erzeugen. Die Partei dürfe keinesfalls als elitäre Gruppe die Masse leiten wollen. (vgl. Luxemburg GW I, 2: 433)

Auch setzt sich Luxemburg dafür ein, dass Positionen der Sozialdemokratie jederzeit zur Debatte stehen müssen und nicht durch ein abgestimmtes Programm gewaltsam durchgesetzt werden. Nur durch Offenheit für Probleme und ständige Diskussion ließen sich Angriffe von welcher Seite auch immer argumentativ beseitigen. (vgl. Luxemburg GW I, 2: 426; GW I, 1: 457)

Indem Luxemburg zudem als Parteiangehörige nicht nur die Lohnarbeitenden ersann, sondern darüber hinaus Kleinbürger_innen und sonstige Gruppen, die

„ (...) proletarische Interessen gegen ihre Ausbeuter und gegen die Klassenherrschaft des Staates haben“ und deswegen *„sehr wohl in die Agitation der Sozialdemokratie mit*

inbegriffen und in der gesetzgeberischen Tätigkeit der Partei vertreten werden können“

(Luxemburg GW I, 2: 255, 256), schafft sie eine Grenze zur Tätigkeit der Gewerkschaften.

Luxemburg versteht die Aufgabe der Sozialdemokratie als gesamtgesellschaftlich. Ihre Aufgabe als Interessenvertretung der revolutionären Masse bedeutet weit mehr als die Interessen der Lohnarbeitenden wahrzunehmen, denn sie lässt zu, dass sich unter die *Masse* auch andere unzufriedene Gruppen mischen, die sich mit proletarischen Werten identifizieren. (vgl. Luxemburg GW I, 2: 255, 256)

Luxemburg betrachtet den Parlamentarismus hauptsächlich als vorübergehendes Stadium demokratischer Ordnung, das jedoch als Herrschaftsinstrumentarium der bürgerlichen Klasse für proletarische Zwecke nur soweit taugt, als es die Rechte der proletarischen Klasse zu erweitern vermag und damit einen wertvollen Beitrag leistet zur Entwicklung hin zur proletarischen Revolution. Jedoch rät Rosa Luxemburg davon ab, auf dem Pfad des Parlamentarismus hängen zu bleiben, denn als Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie diene er in letzter Konsequenz immer in irgendeiner Form deren Interesse. Und sei es, dass er ausgehebelt werde, wenn er dem Klasseninteresse Nachteile bringt.

1.1.4. Proletarier aller Länder, vereinigt euch!¹³ - Luxemburgs Internationalismus

Die II. Internationale trat erstmals am hundertsten Jahrestag der Erstürmung der Bastille, am 14. Juli 1889, in Paris zusammen. Der Kongress war getragen von der optimistischen Vorstellung, der Sozialismus stehe vor den Toren, es gelte ihn nur noch herein zu bitten. Dieser Vorstellung lagen die ansteigenden Wähler- und Anhängerzahlen zugrunde, die sich in den Wahlergebnissen messen ließen. Die sozialistische Bewegung schien sich international zu einer „Massenbewegung“ zu entwickeln, eine Feststellung, die ihre Anhänger überwältigte und in den Glauben versetzte, der historische Zeitpunkt rücke in greifbare Nähe. Die Krisen am Vorabend des Krieges unterstützten diese Ansicht und viele Anhänger_innen der Bewegung trugen die Hoffnung in sich, die Internationale werde sich zum Gegenpol der Kriegsmächte entwickeln und würde den Krieg verhindern können.

Doch all diese Hoffnungen wurden letztlich enttäuscht. Die inneren Querelen der unterschiedlichen

¹³ Schlusspruch des kommunistischen Manifests (MEW IV 1974: 393) und verguldeter Schriftzug des Banners, das am Gründungskongress der II. Internationale die Tribüne zierte (Braunthal 1978: 206)

theoretischen Fundamente und Einflüsse innerhalb der nationalen Bewegungen spielten sich ebenso im Rahmen der Internationalen ab. In Wahrheit war bereits die Vorgeschichte des Gründungskongresses geprägt von Problemen. Bereits Jahre zuvor hatte es mehrmals Versuche gegeben, die allumfassende Internationale zu erneuern. Allerdings war es keinem dieser Kongresse mehr gelungen, eine derartige Vielfalt an Richtungen und Parteien an einem Ort zu versammeln, wie es die erste Internationale vermocht hatte. Es scheiterte immer wieder an Grundsatzproblemen wie etwa der Frage des Umganges mit bürgerlichen Parteien, dem Parlamentarismus oder aber der Rolle der Gewerkschaften (u.a.). Insbesondere zwischen Vertreter_innen des Reformismus und des marxistischen Flügels gab es Zwistigkeiten. Der Gründungskongress der II. Internationale im Jahr 1889 schaffte es zuletzt doch noch, Vertreter_innen beider Fraktionen zusammen zu bringen. Die deutsche Delegation umfasste 81 Mitglieder und war neben der französischen die zweitgrößte am Kongress erschienene. Sie rühmte sich damit, dass die entsandten Vertreter_innen direkt durch Abstimmung gewählt worden waren. Dort, wo öffentliche Versammlungen verboten waren, kursierten Stimmzettel, die heimlich ausgefüllt werden konnten. Neben einer Vielzahl europäischer Parteien kamen auch Parteien anderer Kontinente, etwa aus Argentinien, Russland und Japan, um nur einige Beispiele zu nennen. (vgl. Braunthal 1978: 203- 206)

Die Neugründung war getragen von Hoffnungen, die am Ende enttäuscht blieben. Die Internationale konnte die deutsche Burgfriedenspolitik der deutschen Sozialdemokratie genauso wenig verhindern wie die Diskussionen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie selbst und die darauf folgende Spaltung. Doch war die Internationale trotz der großen Hoffnungen bei Weitem nicht so strukturiert und organisiert, wie die erste es gewesen war. Während der ersten elf Jahre nach ihrer Gründung besaß die Organisation keinen „Kopf“, kein Zentralorgan, das die Leitung übernehmen würde. Dieses Manko konnte erst im Jahre 1900 mit der Gründung des Generalrats beseitigt werden. (vgl. Braunthal 1978: 251)

Die Notwendigkeit einer internationalen Organisation vertrat auch Rosa Luxemburg. Dass eine Bewegung, die

„...unter der Herrschaft desselben Kapitalismus, unter dem Druck desselben Klassenstaates, unter der Fuchtel derselben Polizei und Klassenjustiz steht, (...) dieselben Interessen hätte und eine gemeinsame Partei zur Wahrung dieser Interessen

bilden müsste“ (Luxemburg GW I, 2: 283), erwähnt sie etwa in einer Rede zur Polenfrage am Münchner Parteitag des Jahres 1902.

Luxemburgs internationalistische Sichtweise taucht, wie oben im Zusammenhang mit der Polenfrage¹⁴ angedeutet, zunächst meist in Auseinandersetzungen mit der nationalen Frage auf. (vgl. Kalbe 2002: 179 ff.) Die proletarische Bewegung betrachtete sie als eine internationale Bewegung, die darauf gerichtet sei, dem Sozialismus weltweit zu seinem Durchbruch zu verhelfen.

Die nationalstaatlichen Bewegungen würden dazu dienen sich zu organisieren, das Klassenbewusstsein zu stärken und die politischen Rechte auszubauen, um zu guter Letzt die Herrschaft im eigenen Staat zu übernehmen. Dabei müssten die nationalstaatlichen Bewegungen weitgehend autonom agieren können, da die jeweiligen staatlichen Besonderheiten, wie vor allem das Stadium kapitalistischer Entwicklung, zu berücksichtigen seien. Als Beispiele nennt sie etwa das fehlende allgemeine Wahlrecht in Österreich, den Einfluss der Monarchie auf das Parlament in Deutschland, die spezifischen Voraussetzungen für das polnische und das litauische Proletariat als Teilgebiete Russlands u.a. (vgl. Luxemburg GW II: 43, 47, 49, 50)

Der Internationalismus hingegen bedeute die Solidarität der Bewegungen untereinander gegen die Ausbeutung, gegen den Kolonialismus und Militarismus, gegen Chauvinismus und Rassismus. (vgl. Bierl 1993: 99; Weber (Hg.) 1993: 12) Auch bedeute er die strikte Ablehnung der Unterstützung des ersten Weltkrieges, gegen welche Rosa Luxemburg massiv eintrat. Die sogenannte „Burgfriedenspolitik“ der SPD in den Kriegsjahren veranlasste Luxemburg später sogar dazu, die SPD schließlich zu verlassen und sich der „Gruppe Internationale“ an zu schließen. Die SPD hatte in den ersten Kriegsjahren beschlossen, häufig mit der kaiserlichen Regierung zusammen zu arbeiten und den Krieg indirekt zu unterstützen, indem sie über die Kriegskredite, die im Parlament bewilligt werden mussten, mit abstimmte. Dieser Bruch mit antimilitaristischen und antiimperialistischen Grundsätzen war für Luxemburg ein Verrat an der proletarischen Bewegung. Sie, für die das große Potenzial der parlamentarischen Arbeit in der Wahrung sozialdemokratischer Grundsätze durch Beharrlichkeit und Härte gegenüber den bürgerlichen und chauvinistischen Parteien (siehe Kapitel Partei, Parlamentarismus und Gewerkschaften) bestand, musste dies

14 In dieser Diskussion ging es darum, ob das Proletariat des von Russland annektierten Polen Souveränität fordern solle oder nicht. Luxemburg hielt von der Forderung nichts, sondern sah das polnische Proletariat in der Frage seiner Zukunft als Einheit. Zusammen gälte es die politischen Rechte in Russland aus zu bauen und das Zarenreich zu bekämpfen.

Konsequenzen haben. Mit der Zuspitzung der Kriegssituation 1918 und der Spaltung der SPD trat auch Luxemburgs internationalistische Auffassung des Sozialismus noch einmal deutlicher zutage. In „Die Krise der Sozialdemokratie“ (Luxemburg GW IV: 51- 164) und in Luxemburgs Entwurf zu „Leitsätze über die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie“ (Luxemburg GW IV: 43- 47), die schließlich als Anhang zur Junius- Broschüre veröffentlicht wurden, streicht Luxemburg noch einmal deutlich die notwendige Internationalität der Bewegung hervor. Sie war sogar voller Hoffnung, dass ein zwanghaft geführter Weltkrieg die internationale Solidarität des Proletariats fördern würde, da sie gemeinsame Leidtragende wären. (vgl. ebenda: 43) Sie hatte leider nicht mit der extremen Stärke nationalistischer Kräfte gerechnet.

Ihre Ansichten zum Weltkrieg und den hintergründigen imperialistischen Absichten der Großmächte publizierte sie auch für die „Internationale“, eine Zeitschrift, an der neben Luxemburg auch u.a. Karl Liebknecht, Franz Mehring und Clara Zetkin teilnahmen. Es gründete sich die Gruppe Internationale, die illegal Zeitschriften und Pamphlete herausgab, welche später als „Spartacus-Briefe“ bekannt wurden. (vgl. Url Drabkin 2009) Die Gruppe rief auf zu Friedensdemonstrationen und Anti- Kriegsaufmärschen, die jedoch zunächst nicht von viel Erfolg getragen waren. Als Karl Liebknecht auf einer der Demonstrationen für seine öffentliche Stellungnahme gegen den Krieg und einen Aufruf zur Beendigung des Krieges durch die Bewegung verhaftet wurde, kam es in weiterer Folge erstmals zu einem Streik, der sich der Theorie des Massenstreiks entfernt annäherte. Doch der Staat arbeitete gegen jede Art von Massenaktion mit Inhaftierungen und Einberufungen in den Krieg. Erst als die Nahrungsmittel knapp wurden und allgemeine Kriegsmüdigkeit Deutschland überkam, begannen die Arbeiter ihre Arbeit nieder zu legen, zu demonstrieren und Forderungen zu stellen, die schließlich in der nur mehrere Wochen lebensfähig gebliebenen Räterepublik ihren kurzen Höhepunkt erreichten. (vgl. Luban 2008: 137f.; Panther (Hg.) 2007: 7; Kuhn 2004: 151)

1.2. Strategien und Mittel des Klassenkampfes

1.2.1. Reform und Revolution – zwei Seiten derselben Medaille

Der Titel der Auseinandersetzung mit Eduard Bernstein lässt darauf schließen, dass es nicht nur um die Grundsätze der Arbeiter_innenbewegung geht, sondern auch um die daraus abgeleiteten Strategien. Aus Bernsteins Abhandlung ergeben sich zahlreiche Konsequenzen, wobei die wichtigsten wohl seinem Vorschlag entsprangen, von revolutionären Maßnahmen zukünftig abzusehen. Für Bernstein stellen sie „*politische Katastrophen*“ (Bernstein 1969: 10) dar und gewaltsame „*Besitzergreifung und Benutzung der Staatsmacht durch das Proletariat gegen die ganze nichtproletarische Welt*“ (ebenda). In erster Linie hatte er Angst vor Straßenschlachten und Barrikadenkämpfen. Statt dessen plädiert er dafür, dass von einem revolutionären Umsturz auch im geschriebenen Wort, also im offiziellen Programm der Sozialdemokratie abgesehen werde, da sich parlamentarische Bündnisse leichter schließen ließen, wenn man den Feind nicht mit radikalem Wortlaut verschrecke. Darüber hinaus ist er der Ansicht, dass ein gewaltsamer Umsturz im Übergang zum Sozialismus nicht vonnöten sei, da die liberalen Einrichtungen sich schlichtweg fortentwickeln ließen. (vgl. Bernstein 1969: 169)

Rosa Luxemburg versucht dieser Theorie zu widersprechen, jedoch keineswegs weil sie daran glaubt, dass Gewalt eine legitime Form sei, ein System zu ändern. In einem Punkt stimmt sie Bernstein zu: nämlich, dass Demokratie ein Motor der Gesellschaft sei. Sie widerspricht in einem ganz anderen Punkt. Während Bernstein meint, dass im Rahmen des bestehenden kapitalistischen Wirtschaftssystems und der dazugehörigen politischen Ordnung Konsensentscheidungen bis hin zum Sozialismus erzeugt werden könnten, ist Rosa Luxemburg der Meinung, diese Einstellung sei naiv. (vgl. Luxemburg GW I, 1: 427 ff.)

Luxemburg argumentiert mit dem Gang der Geschichte seit dem Existieren von Klassengesellschaften. Sie ist überzeugt, dass erwiesen sei, dass die Reform im Laufe der Geschichte so lange der unterdrückten Klasse zum Erstarken diene, bis diese die Macht erobern und das alte System beenden konnte. Die Macht zu erobern, sei dabei immer das „*Ziel aller aufstrebenden Klassen wie der Ausgangs- und Endpunkt jeder geschichtlichen Periode*“ (Luxemburg GW I, 1: 428) gewesen. Sie führt als Beispiele den Kampf des Bauerntums gegen den Geldadel im alten Rom, die Kämpfe der Patrizier gegen die Bischöfe und der Handwerker gegen die

Patrizier, sowie zuletzt den eigenen Kampf der Bourgeoisie zur Beseitigung der Feudalherrschaft an. Reform und Revolution seien daher ihrer Ansicht nach als zwei Momente derselben Entwicklung, nämlich der Entwicklung der Klassengesellschaft, zu betrachten, die einander bedingen und ergänzen und ganz im Sinne eines dialektischen Verständnisses auseinander hervorgehen und sich wieder beenden. (vgl. ebd.; vgl. auch: Luxemburg I, 2: 246)

Rosa Luxemburg versteht die gesetzliche Reform dagegen als Ergebnis der Revolution, als deren *Produkt*. (Luxemburg GW I, 1: 428) Die Reform besitze keine eigenständige innere Triebkraft, sondern setze fort, was die Revolution geschaffen habe. Umgekehrt steht am Ende der Reformen wieder die Revolution. (vgl. ebenda)

Reform und Revolution sind nach Luxemburg als wesensverschiedene Phänomene aufzufassen. Die Revolution, oder auch die „*geschichtliche Umwälzung*“ wie sie Luxemburg nennt (Luxemburg GW I, 1: 428), habe die Aufgabe, den bis zu ihrem Einsetzen stattfindenden Reformen „*neue Qualität*“ zu geben (ebenda): Sie diene dazu, eine Gesellschaftsordnung in eine andere über zu führen. (vgl. ebenda)

Leugnet man nun, wie von Bernstein vorgeschlagen, das Momentum der grundlegenden sozialen Veränderung, gelangt man zu einem anderen Ergebnis, nämlich zu einer quantitativen Veränderung innerhalb der alten Gesellschaftsordnung. Anders gesprochen: Nach dieser Logik gelange man durch Reformen nicht zum Sozialismus, sondern eben nur zu einer Reform der kapitalistischen Ordnung. Das Grundproblem der ökonomischen Abhängigkeit Vieler von Wenigen und damit das Strukturproblem einer kapitalistischen Ordnung werde so eben nicht beseitigt, da die bürgerliche Produktionsweise eben nicht auf gesetzlichen Regelungen aufbaue, sondern auf einem tatsächlichen ökonomischen Zwangsverhältnis beruhe. Damit ist die Klassenherrschaft eben nicht gesetzlich, sondern ökonomisch besiegelt. Denn, so schreibt Luxemburg:

„(d)er Proletarier wird durch kein Gesetz gezwungen, sich in das Joch des Kapitals zu spannen, sondern durch die Not, durch den Mangel an Produktionsmitteln. Kein Gesetz kann ihm aber im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft diese Mittel zu kreditieren, weil er ihrer nicht nicht durch Gesetze, sondern durch ökonomische Entwicklung beraubt wurde.“ (ebenda)

Gesetzliche Reformen allein können nur zu einer „Vergesetzlichung“ der Arbeitsbedingungen, der Festlegung von Spielregeln oder aber umgekehrt zu einer gesetzlichen Legitimierung ökonomischer

Gesetzmäßigkeiten dienlich sein. Gemeint ist hier eine Stabilisierung bürgerlicher Herrschaftsverhältnisse durch Legitimierung des Kapitalismus, oder aber würde man heute in Anlehnung an Gramsci vermutlich sagen: Bernsteins Reformismus sieht indirekt eine Anerkennung hegemonialer Verhältnisse durch die unterdrückten Klassen mittels der Zustimmung zu ihren Gesetzmäßigkeiten vor. Diese Anerkennung gäbe den Rahmen vor, innerhalb dessen um hegemoniale Veränderungen gekämpft werden könne. Der Proletarier würde damit, um mit dem Worten Luxemburgs zu sprechen, das ökonomische Joch durch das gesetzliche zementieren und für legitim erklären. Er setze sich damit selbst Daumenschrauben an.¹⁵

Die Alternative Luxemburgs sieht anders aus. Gesetzliche Reformen sollen dem Erstarren der Arbeiter_innenbewegung dienen. Die liberale Demokratiebewegung ist nach dieser Theorie beispielsweise als Motor zu verstehen, den sich die Arbeiter_innenbewegung zu Nutze machen müsse. Die Übertragung von Rechten auch auf andere Klassen der bürgerlichen Gesellschaft ermögliche es diesen zugleich die Instrumente der herrschenden Klasse gegen dieselbe zu verwenden. Diese Überlegungen resultieren aus der Ansicht, dass die bürgerliche Klasse im eigenen Kampf gegen die Feudalherren genauso handelte. Das Ergebnis ihrer Bewegung sei aber nur die Etablierung pseudo- demokratischer Einrichtungen. Demokratisierung durch die Arbeiter_innenbewegung müsse weiter gehen, denn erst durch sie werde wahre Demokratie erzeugt, nämlich im Sinne der Herrschaft der Massen. (vgl. Luxemburg GW I, 1: 432, 426) An anderer Stelle aber hierzu mehr.

Eduard Bernstein beschreibt die Revolution als gewaltsamen terroristischen Akt und ordnet ihn überkommenen blanquistischen Denkweisen zu.¹⁶ Seine Alternative ist eine Sozialdemokratie, die auf der Basis der Gesetze und im Rahmen des Parlaments und der Gewerkschaften Reformen erkämpfen wollte. (vgl. Bernstein 1969 : 10; 54 ff.)

Rosa Luxemburg beschreibt *Revolution* etwas anders. Grundsätzlich bedient sie sich des Begriffes, um die „geschichtliche Umwälzung“ bzw. den „Übergang einer Geschichtsperiode, einer

15 Interessant an dieser Stelle zu erwähnen: Antonio Gramsci wusste wenig von Rosa Luxemburg. Was er von ihr wusste, nutzte er um Kritik daran zu üben. Dennoch existiert der akademische Versuch, eine gedankliche Linie Luxemburg- Gramsci zu erzeugen und sie für ein modernes marxistisches Konzept fruchtbar zu machen: vgl.: Die Linie Luxemburg- Gramsci: Zur Aktualität und Historizität marxistischen Denkens. Argument Sonderband AS 159. Berlin- Hamburg 1989.

16 Der Blanquismus war eine revolutionäre sozialistische Bewegung im 19. Jahrhundert, die durch eine Revolution „von Oben“, also durch eine kleine, revolutionäre Gruppe, das alte System zersprengen wollte. (vgl. genauer: Braunthal 1978: 63, 64)

Gesellschaftsordnung in eine andere“ zu benennen. (Luxemburg GW I, 1: 428)

An anderer Stelle charakterisiert sie *Revolution* wie folgt:

*„(...) die Revolution ist etwas mehr als Blutvergießen. Im Unterschied zur polizeilichen Auffassung, die die Revolution ausschließlich vom Standpunkt der Straßenunruhen und Krawalle, das heißt vom Standpunkte der **Unordnung** (im Original in Anführungszeichen, Anm.) ins Auge faßt, erblickt die Auffassung des wissenschaftlichen Sozialismus in der Revolution vor allem eine tiefgehende innere Umwälzung in den sozialen Klassenverhältnissen.“ (Luxemburg GW II: 129)*

Der Begriff *Revolution* bedeutet im marxistischen Kontext etwas anderes als Barrikaden und Straßenkämpfe. Er erfährt durch Karl Marx und Friedrich Engels eine umfassendere Deutung. Der Begriff erfasst eine Periode gesellschaftlichen Wandels, der nicht bloß einen Regierungswechsel bezeichnet, wie ihn Bernstein beschreibt, sondern weit tiefgründiger den Übertritt zu einer neuen gesellschaftlichen Epoche benennt. Marx erklärt das Moment der Revolution aus dem Entwicklungsstatus der Produktivkräfte der jeweiligen Gesellschaft.

„Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um.“ (MEW 13 : 9)

Mit der Veränderung der ökonomischen Grundordnung verändere sich nach Marx' Theorie der jeweilige Überbau¹⁷. Eine derartige Umwälzung passiere erst, wenn alle Produktivkräfte entwickelt und die Existenzbedingungen für die Produktionsverhältnisse innerhalb der alten Ordnung ausgereift seien. (vgl. MEW 13 : 9)

Luxemburg schließt sich dieser Auffassung an. Für sie stellt Revolution ein soziales Phänomen dar,

17 Zum Überbau- Modell siehe oben 2.2.2. Der Staat als Ausdruck gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse.

dessen Quelle sich im Klassencharakter der Gesellschaft findet. Revolution ist für sie dabei als ein von der Masse getragenes Phänomen und nicht als einmaliger Akt einer Minderheit zu verstehen. (vgl. Luxemburg I, 2: 241; Luxemburg GW II: 129; GW IV: 443) Dennoch nimmt Luxemburg zu den Gewaltvorwürfen ihrer Kritiker_innen Stellung. Sie war sich durchaus dessen bewusst, dass eine solch umfassende gesellschaftliche Umwälzung auch bewaffnete Konflikte mit sich bringen könne. (vgl. Luxemburg GW I, 2: 241) Man solle sich nicht der Illusion hingeben, dass Revolutionen gewaltfrei ablaufen, lautet ihre Feststellung. Ganz im Gegenteil sollte ihrer Ansicht nach die Geschichte der Klassengesellschaften die Sozialdemokratie gelehrt haben, dass man sich auf einen gewaltsamen Zusammenstoß mit dem alten System gefasst machen müsse. Er stellt ihrer Ansicht nach eine traurige, aber „*historische Notwendigkeit*“ (Luxemburg GW I, 2: 247) dar (vgl. Luxemburg GW I, 2: 247; GW II: 129;)

Dennoch: Luxemburgs Realismus darf nicht als Aufruf oder Ermunterung zu Gewaltanwendungen verstanden werden, eine solche Sichtweise wäre verkürzt. Für Luxemburg stellt die gewaltsame Auseinandersetzung die *ultima ratio*¹⁸ der Arbeiter_innenbewegung dar. Trotzdem dürfe auf sie aus historischen Gründen von der Sozialdemokratie nicht von vornherein und programmatisch verzichtet werden, sonst würde ihr „*ganzer parlamentarischer und sonstiger politischer Kampf früher oder später kläglich in sich selbst zusammenfallen, um der uneingeschränkten Herrschaft der Gewalt der Reaktion das Feld zu räumen.*“ (Luxemburg GW I, 2: 248) Die traurige Gewissheit, die sich hinter diesem Satz verbirgt ist, dass Rosa Luxemburg zwar von einem Zusammenbruch des Kapitalismus ausgeht, nicht aber davon, dass sich konterrevolutionäre Kräfte des Spieles um Macht enthalten. Zusammenstöße zwischen Miliz und Volksbewegung seien möglich, Gewaltanwendungen hier sogar wahrscheinlich, weswegen die Massen vorbereitet sein sollten. (vgl. Luxemburg GW II: 35)

Exkurs: Miliz oder Militarismus. Luxemburgs Stellungnahme zur Volksbewaffnung.

Ein weiterer Brandherd in der Reformismus- Debatte war die Frage um die Forderung eines alternativen Wehrsystems. Konkret ging es darum, die Einführung eines Milizsystems in den Forderungskatalog aufzunehmen.

Die zentrale Frage bei der Entscheidung von Wehrsystemen ist immer der Stellenwert, den das Militär in einer Gesellschaft einnehmen soll. Rosa Luxemburg argumentierte gegen ein stehendes Heer aus dem Grunde, weil es als Instrument des Klassenstaates in logischer Konsequenz gegen das Proletariat gerichtet sei. Der Arbeiter bezahle zudem durch seine Steuerabgaben das Instrument

18 = das äußerste Mittel

selbst, das im Notfall sein schlimmster Albtraum wird, da das Heer als militärischer Arm des Klassenstaates letztlich auch zur Absicherung der Machtstrukturen (der inneren Sicherheit) des Klassenstaates herangezogen werde. Aus kapitalistischer Sicht ist die Aufrechterhaltung des Militarismus nicht nur in politischer, sondern auch in ökonomischer Hinsicht interessant, da der Staat als treuer Abnehmer von militärischen Produkten gegenüber privaten Teilnehmern als besonders zuverlässig und sicher gelte (Luxemburg nennt die Werke Krupp und Stumm als florierende Beispiele). Für Luxemburg ist das Bestehen eines stehenden Heeres damit in jeder Hinsicht mit dem Kapital verbunden und letztlich von diesem abhängig, da es von der Aufrechterhaltung des Staates lebe. (vgl. Luxemburg GW I, 1: 451)

Eine Alternative dazu stelle die Volksbewaffnung dar, was eine Form des Milizsystems bedeutet. Diese Annahme wirkt zudem verständlich, wenn man Luxemburgs starken Bezug zur revolutionären Masse mitdenkt. Luxemburg sieht nicht die Zukunft in einer allgemeinen Wehrpflicht mit kürzeren Dienstzeiten als bisher, wie das reformistische Sozialdemokrat_innen andachten. Ihr Konzept geht darüber weit hinaus und steht auch hier ganz im Kontext der proletarisch- revolutionären Ziele. Sie formulierte selbst, dass „ (...) *das Volksheer aus dem freien, selbst über den Krieg und Frieden entscheidende Volk in Waffen .. unser Ziel ist* (..)“ (Luxemburg I, 1: 454).

Anders ausgedrückt ist also auch in dieser Frage das Ziel Rosa Luxemburgs, einen Auswuchs des Klassenstaates, den Militarismus, durch die Einführung einer demokratisierten Alternative eines Milizsystems, aufzulösen und somit eine Demokratisierung von Kriegs- und Friedensbelangen zu erzeugen. (vgl. ebenda)

1.2.2. Der Massenstreik macht Revolution- Rosa Luxemburgs Position in der Massenstreikdebatte

Rosa Luxemburgs Position in den Richtungsstreitigkeiten innerhalb der SPD konnte bereits teilweise erörtert werden. Weitere Klarheit bringt eine Debatte, die im Rahmen dieser Streitigkeiten um Ziele und Taktik in der deutschen Bewegung geführt wurde. Die Massenstreikdebatte ist in ihren Grundlagen älter als es die deutsche Debatte war und hatte aufgrund von Verstrickungen mit antimilitaristischen Einflüssen zu einer Verquickung mit politischen Überlegungen in Kriegszeiten geführt. Insbesondere aber als 1905 im vorrevolutionären Russland mithilfe von spontanen

Massenstreiks das Zarenreich in Atem gehalten wurde, erklomm die Debatte neue Höhen. Rosa Luxemburg empfand, dass sich die Karten neu gemischt hätten und nun die Massenstreikdebatte unter neuen Vorzeichen wieder aufgewärmt werden müsse. (vgl. Grunenberg (Hg.) 1970: 16)

Im Jahre 1907 konnte im Rahmen der II. Internationale eine Resolution verabschiedet werden, in deren Vorfeld man sich nicht auf eine Zu- oder Absage an den Massenstreik einigen konnte. Die Endversion der Resolution enthielt einen Passus, den Luxemburg zusammen mit Lenin und Julius Martow verfasste und der weder explizit den Massenstreik erwähnt noch eine Zu- oder Absage enthält. Darin wird das internationale Proletariat dazu aufgefordert, im Falle eines drohenden Krieges gegen dessen Ausbruch „(...) *unter Aufwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel* (...)“ (zitiert nach Grunenberg (Hg.) 1970: 18) aufzutreten. Im Falle eines Kriegsausbruches verpflichtete sich das internationale Proletariat dazu, auf eine alsbaldige Beendigung desselbigen hin zu drängen. (vgl. ebenda)

Hinter diesen Sätzen steht der Gedanke eines kapitalistischen Imperialismus, der für die Führung von Kriegen verantwortlich sei. Die Aufgabe des internationalen Proletariats, so Luxemburg, sei es deswegen explizit antimilitaristisch aufzutreten und jede Form von Kriegsführung durch das bürgerliche Regime zu missbilligen: „*Diesem System keinen Mann und keinen Groschen.*“ (Luxemburg GW I, 1: 229)

Die Debatte über den Massenstreik als Mittel des Klassenkampfes wurde nicht nur innerhalb der II. Internationale zum Thema sondern auch im Rahmen der deutschen Bewegung. Eine der lautesten Agitator_innen war Rosa Luxemburg, die mit den erfolgreichen Streiks in Belgien und Russland etwa erkannte, dass der spontane Massenstreik als äußerst revolutionäres Mittel fungiere.

Wogegen heftig protestiert wurde und was auch Rosa Luxemburg selbst anzweifelte, ist die Ansicht, dass der Massenstreik als **einziges** Mittel des Klassenkampfes gelten soll. Für eine solche Betrachtung traten vornehmlich Anarchist_innen ein. Ihrer Ansicht nach würde in der spontanen Revolte der Massen und ohne die Beteiligung an den unterdrückenden Institutionen der soziale Fortschritt stattfinden. Von Sozialist_innen wurde diese Ansicht als Utopie abgetan und man stellte ihr den Kampf auf **allen** Ebenen, darunter auch der staatlichen, gegenüber.¹⁹ (vgl. Luxemburg GW I, 2: 236, 237; GW II: 94 ff.)

Eine zweite Unterscheidung, die Luxemburg trifft, ist die von „politischen“ und

¹⁹ Siehe auch die Auseinandersetzung zwischen Bakunin und Marx innerhalb der ersten Internationale, die die Referenz auf anarchistische Streik- Ideen im Rahmen Rosa Luxemburgs Ausführungen zum Massenstreik erklärt. Vgl. genauer: Braunthal 1978: 135 ff.)

„gewerkschaftlichen“ Generalstreiks. Gewerkschaftliche Streiks dienen lediglich dazu, gewisse Lohnkämpfe zu unterstützen. Der politische Massenstreik hingegen diene dazu, den generellen Anliegen der proletarischen Klasse Nachdruck auf der Straße zu verleihen. (vgl. Luxemburg GW I, 2: 583;)

Luxemburg ist der Meinung, dass durch die von der Sozialdemokratie bisher aufgebrauchten Argumente nicht der Generalstreik an sich kritisiert werde, sondern der Zweck, dem der Streik dienen solle, von Anbeginn der Debatte an der Entzündungsherd gewesen sei. Der anarchistische Glaube, eines Tages werde durch einen riesigen Streik die gesellschaftliche Umwälzung alleine vonstatten gehen, sei absurd und verwerflich. Jedoch habe der politische Streik in Belgien 1898 etwa erwiesen, dass eine selbsttätige Organisation der Arbeiter_innenklasse ungleich mehr zur Organisation und Aufklärung der Massen beitragen würde, als die mühselige Kleinarbeit durch Partei und Gewerkschaften. Sie gehe durch die selbstständige Teilnahme Vieler an den Streiks viel schneller vonstatten und reiße vor allem viel mehr Menschen auf einmal mit sich. (vgl. Luxemburg GW I, 2: 236, 237)

Der Massenstreik taue demnach durchaus als ein Mittel zur Durchführung des Klassenkampfes. Allerdings lässt Luxemburg zumindest noch in den Jahren 1901/02 darüber nachdenken, dass in Deutschland der politische Streik deswegen noch nicht reif sei, zur Anwendung zu gelangen, da die Repressalien der bürgerlichen Polizei noch nicht allzu lange her waren und noch immer die Angst im Raum stand, die Sozialdemokratie würde erneut verboten werden oder gar Schlimmeres könne die Folge sein. (vgl. Grunenberg (Hg.) 1970: 11; Luxemburg GW I, 2: 237) Luxemburg sieht nicht in allen Ländern die Voraussetzungen zur Anwendung aller zur Verfügung stehender Mittel des proletarischen Kampfes als gegeben an. Nicht überall sei die Entwicklung des Kapitalismus und der Gesellschaft gleich weit voran geschritten. So erklärt sie sich, dass in Belgien und Frankreich Generalstreiks möglich waren, aber in Deutschland jeglicher Versuch sofort mit Gewalt unterbunden werde, weswegen die Bereitschaft für einen Generalstreik nicht von vornherein gegeben sei. (vgl. Luxemburg GW I, 2: 237ff.) Allerdings scheide er deswegen als Mittel nicht komplett aus²⁰. (ebd.: 580) Auch sei nicht außer Acht zu lassen, dass die Mittel des Klassenkampfes ineinandergreifen könnten und eine Allianz bilden würden. Wie bereits oben beschrieben steht Luxemburg auf dem Standpunkt, dass der parlamentarische Erfolg der Sozialdemokratie nicht für sich alleine stehe, sondern die Partei davon lebe, dass sie die Massen im Rücken habe. Jene Massen,

20 Der Kölner Gewerkschaftskongress 1905 hatte den Massenstreik als Mittel der Bewegung dezidiert ausgeschlossen.

die für die Er kämpfung ihrer Ziele auch andere als die Mittel des bürgerlichen Staates zur Anwendung zu bringen bereit seien. (vgl. Luxemburg GW I, 2: 454)

Die Russische Revolution 1905 brachte eine gewisse Zäsur mit sich und verschärfte den Massenstreikdiskurs zusätzlich. Die enorme Kraft der spontan und ohne vorangehende Organisation durch die Parteien, Gewerkschaften oder das Zutun der Anarchist_innen entstandenen Massenstreiks beeindruckte Rosa Luxemburg und veranlasste sie dazu, deutlicher für die Befürwortung von Massenstreiks einzutreten. Sie erläutert (unter anderem) in „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“ die enorme Bedeutung und Kraft von Massenstreiks für die Revolution, die sie in ihnen sieht. (vgl. Luxemburg GW II: 93- 170) Nicht außer Acht zu lassen ist aber, dass das Element des Spontanen der eigentliche Auslöser für Luxemburgs Euphorie ist. Geschichte und Entwicklung bedingen nach Luxemburgs Verständnis das Entstehen oder Nichtentstehen von Massenstreiks, eine Stellungnahme zu den Mitteln der Masse durch die Sozialdemokratie sei bloß ein Faktor von vielen. (vgl. Luxemburg GW II: 102) Das Gleiche gilt auch etwa für Revolutionen, die sich genauso wenig schulmeistern ließen. (vgl. ebenda: 132)

Der Massenstreik würde dazu dienen, die Ausgangsbedingungen für den täglichen Kampf zu schaffen. (vgl. Luxemburg GW II 96)

1.3. Revolution für Demokratie- Antagonismus und Motor - ein Zwischenfazit.

Aufgrund der in den vorangehenden Kapiteln zusammengetragenen Informationen lässt sich ein Bild von Rosa Luxemburgs Position zu Parlamentarismus, Demokratie und Sozialismus konstruieren, dass ich hier noch einmal kurz und verständlich zusammenfassen möchte, um eine Überleitung zum nächsten Teil der Arbeit zu schaffen.

Rosa Luxemburgs Ausgangspunkt ist das sichere Eintreten des Sozialismus aufgrund der geschichtlichen und gesellschaftlichen Entwicklung und des daraus gefolgerten Zusammenbruchs des Kapitalismus. Dabei bedarf es einer Geburtshelferin, nämlich des klassenbewussten Proletariats, das die soziale und politische Revolution aktiv durchführen und dem Sozialismus zu seinem Durchbruch verhelfen werde. Zur Bewältigung dieser Aufgabe stünden dem Proletariat verschiedene Mittel zur Verfügung, zu welchen die Organisation in einer Partei und in Gewerkschaften, aber auch die Durchführung von Massenstreiks, Demonstrationen und die Teilnahme an der Regierungstätigkeit zählen.

Der bürgerliche Parlamentarismus sei der politische Boden, auf dem das klassenbewusste Proletariat als Partei organisiert seinen politischen Kampf führe. Der Parlamentarismus warte zunächst noch auf seine Verwirklichung, bzw. es müssten die politischen Rechte, die eigentlich bereits die revolutionäre Bourgeoisie hatte erkämpfen wollen, zu Forderungen der Arbeiter_innenbewegung werden. Während die revolutionäre Bourgeoisie nämlich demokratische Forderungen benutzte, um sich den Rückhalt des Volkes zur Unterstützung der eigenen Machtübernahme zu sichern, habe die an Macht erstarkte Bourgeoisie eine rein formelle Vertretung der Volksinteressen geschaffen, in spezifisch deutschem Zusammenhang sogar ein Zwitterding von bürgerlich- feudalen Strukturen, das kaum eigenständige Befugnisse besitze und sinnlos zur formalen Absegnen bereits außerparlamentarisch getroffener Entscheidungen angerufen werde.

Luxemburg steht nicht auf dem Standpunkt liberaler Republikaner_innen; hier soll keiner Verwechslung der Nährboden geschaffen werden. Zwar sieht sie in der Schaffung der Republik Fortschritt im Vergleich zum Feudalismus und in der Er kämpfung demokratischer Rechte, doch geht sie einen Schritt weiter und erkennt die Notwendigkeit, den Parlamentarismus überwinden zu

müssen. Ebenso wie das bürgerliche System im Gesamten.

Die Kritik am bürgerlichen Parlamentarismus im luxemburg'schen Sinne soll dazu dienen, ihn zu vervollkommen. In der Demokratisierung der Gesellschaft sieht Luxemburg einen Motor, den sich bereits die Bourgeoisie zu Nutzen gemacht hatte. Als diese jedoch festgestellt hatte, dass das allgemeine Wahlrecht die proletarischen Massen stabilitätsgefährdend bevorteilen würde, wurde die Forderung fallen gelassen bzw. nach formelle Mittellösungen aufgetan, wie etwa die Einführung des preußischen Dreiklassenwahlrechts oder auch die Umsetzung des Reichstages in der Verfassung 1871 zeigen. Das Proletariat muss sich Demokratie erst erkämpfen und demokratische Rechte für sich einzufordern ist Teil dieses Weges. Politischen Entwicklungen in diesem Bereich begünstigen den proletarischen Kampf und lassen ihn sich von den Barrikadenkämpfen des revolutionären Bürgertums unterscheiden. In dem Glauben an die Volksmasse, die das klassenbewusste Proletariat bilden würde und auf deren Aktion die Errungenschaften desselben fußen würden, unterscheidet sich Luxemburgs Konzeption auch von jener anderer Sozialist_innen ihrer Zeit. Luxemburg erachtet die Masse als Entscheidungsträgerin, die Partei aber lediglich als deren Organisation und Unterstützerin im parlamentarischen Kampf. Die Partei habe sich am Massenwillen zu orientieren, da schließlich die Masse des klassenbewussten Proletariats die soziale Umwälzung tragen würde und nicht eine Partei von Sektierern. Die Masse ist es auch, die parlamentarische Errungenschaften untermauere. Ihr Vorhandensein mache die parlamentarische Arbeit erst möglich. Die latente Gefahr der außerparlamentarischen Organisation übe auf die bürgerlichen Parteien genau ausreichend Druck aus um die Sozialdemokratie und ihre Entscheidungen ernst zu nehmen.

Neben dem politischen parlamentarischen Kampf existiert der ökonomische Kampf durch das Vorhandensein von Gewerkschaften. Sie üben direkten Druck auf den kapitalistischen Betriebsinhaber aus und versuchen für den einzelnen Betrieb oder für Produktionszweig verbesserte Bedingungen zu verhandeln. Luxemburg betrachtet die Entwicklung der Gewerkschaften, ähnlich wie bereits Marx, mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Würden sich nämlich die Gewerkschaften nur mehr auf die Aushandlung von Kompromissen stützen, gelte für sie dasselbe, wie Luxemburg der Partei prognostiziert. Sie würden zu einem Instrument der Aufrechterhaltung bürgerlicher Gesetzmäßigkeiten und zu einem Werkzeug des Kapitalismus. Würde sich die Partei rein auf die parlamentarische Tätigkeit beschränken und sich für die unendliche Reform hin zum Sozialismus entscheiden, würde sie, so Luxemburg, einen unendlichen Holzweg beschreiten. Dies deshalb, weil eine tiefgreifende soziale Umwälzung wie es der Übergang zum Sozialismus zweifelsohne darstellen würde, könne sich nicht im Rahmen des bestehenden kapitalistischen

Systems vollziehen. Zweifelsohne würde es irgendwann zu Brüchen kommen und der rein parlamentarische Weg scheitern.

Luxemburg spricht sich stattdessen für das Zusammenspiel aller Mittel des Klassenkampfes aus, wobei ein jedes unter Wahrung des sozialistischen Endzieles und der Hinarbeit auf die soziale Revolution geführt werden müsse. Neben den Mitteln der parlamentarischen und der gewerkschaftlichen Tätigkeit existiere das Mittel der außerparlamentarischen Massenaktion, des Massenstreiks. Er diene als Druckmittel für die anderen beiden Wege, demonstriere die Stärke des Proletariats und beinhalte selbst Stärke und Dynamik, da er spontan entstehe und ihm keine Organisation oder konspirative Tätigkeit von wenigen vorangehe.

Schließlich und endlich bleibe neben der Reformtätigkeit auch die revolutionäre Straßenaktion, um die soziale Revolution in ihrer Geburtsstunde zu unterstützen. Sie müsse als ultima ratio der Trumpf im Ärmel verbleiben. Die Geschichte lehre die Menschheit, so Luxemburgs Credo, dass Revolutionen zu gewaltsamen Zusammenstößen führen können. Die Arbeiter_innenklasse wolle keine Gewalt, könne diese auch nicht verhindern, indem sie auf gewaltsame Auseinandersetzungen zugunsten von parlamentarischen Geschäften verzichte. Dieser Weg würde die soziale Revolution nicht nur gefährden, sondern womöglich unmöglich werden lassen. Eine starke Haltung gegenüber der Bourgeoisie wäre zwar weiterhin möglich, doch sei es nicht die Aufgabe der Sozialdemokratie, die Rolle einer Oppositionspartei einzunehmen, sondern die Macht zu übernehmen, um dem Sozialismus zu seinem Durchbruch zu verhelfen und die Herrschaft der Wenigen über Viele zu beenden. Das Bürgertum würde eine solche Machtübernahme mithilfe von parlamentarischen Mitteln ohnehin verhindern, im schlimmsten Falle mit Gewalt. Um dieser Gewalt zu begegnen, müsse das Volk im Ernstfall bewaffnet sein, so Luxemburg.

Welche Mittel in den verschiedenen Nationalstaaten zur Anwendung gelangen würden, sei abhängig von deren gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklung, anders gesagt, es käme darauf an, wie weit diese bereits fortgeschritten sei. Das Ziel der nationalstaatlichen Arbeiter_innenbewegung sei eine Internationalisierung, die Verwirklichung des Sozialismus in allen Ländern weltweit und eine Aufhebung nationalstaatlicher Grenzen, das Ende der Unterdrückung auf internationalem Level, die Beendigung von Kriegszuständen durch das Wegfallen des expansionistischen und imperialistischen Kapitalismus u.a.

2. Die Diktatur des Proletariats nach Rosa Luxemburg

Wie bereits in den ersten Annahmen besprochen, gehe ich davon aus, dass Rosa Luxemburg im Wesentlichen eine dreigeteilte Auffassung des Kampfes des Proletariats hatte, nämlich: erstens die Ausweitung demokratischer Rechte für die gesamte bürgerliche Gesellschaft (gemeint ist klassenübergreifend), zweitens die Periode der Herrschaftsübernahme durch das aufgeklärte und klassenbewusst gewordene Proletariat, das schließlich drittens die herrschaftsfreie Gesellschaft herstelle, in der ökonomische, politische und juristische Sphäre nicht mehr künstlich voneinander getrennt seien, sondern Entscheidungen in allen Belangen selbstbestimmt durch die Völker getroffen würden.

Dieses Kapitel soll sich dem zweiten Stadium widmen, nämlich dem im Zuge der sozialen Revolution errungenen politischen Endziel des Proletariats nach Rosa Luxemburg: der Übernahme der Macht durch das aufgeklärte Proletariat, die letzte Form der Klassenherrschaft. Einher gehen diese Überlegungen mit einer Schilderung der tatsächlichen revolutionären Begebenheiten des Jahres 1918, da sich zu diesem Zeitpunkt bei Rosa Luxemburg die konkreteste Agitation zur Diktatur des Proletariats in Form einer Rätedemokratie findet. Dies lässt sich dadurch erklären, dass die Ereignisse von 1918/ 1919 die deutlichsten Anzeichen dafür zeigt, die Auswüchse einer letztlich gescheiterten „sozialistische Revolution“ gewesen zu sein. Sie wurde massiv getragen von der proletarischen Bevölkerung und war geteilt in eine revolutionäre erste Phase, die mit der Bildung von Arbeiter_innen- und Soldatenräten ihren Abschluss fand und eine zweite Phase, in der das Bürgertum sich mit der Etablierung einer demokratischen Republik (blutig) durchsetzen konnte. (vgl. Kuhn 2004: 142, 143; Müller 1976: 7)

In den Wirren und Unruhen der revolutionären Ereignisse von 1918/ 19 opfert Rosa Luxemburg schließlich ihr Leben dem Versuch, die Theorie in die Praxis überzuführen. Im Januar 1919 wird sie unter dem Mitwissen der neuen (sozialdemokratischen) Regierung von Freikorpsoldaten entführt, erschlagen und in den Berliner Landwehrkanal geworfen. Da uns in erster Linie die theoretischen Ergebnisse Luxemburgs interessieren, werden uns die praktischen Ereignisse nur soweit beschäftigen, als sie Rückschlüsse auf das Theoretische zulassen.

Ich möchte zu diesem Zeitpunkt noch einmal darauf hinweisen, dass meine Annahme von Luxemburgs drei Phasen zur Etablierung der klassenlosen Gesellschaft Teile eines dialektischen Prozesses bilden, der von Rückschlägen ebenso wie von Erfolgen geprägt ist. Die Einteilung in drei starr anmutende Schritte erfolgt zur verbesserten Aufbereitung der Materie, sowie zu deren leichter Bearbeitung. Es soll nicht suggeriert werden, dass Rosa Luxemburg drei starre Phasen sah, die getrennt voneinander begangen werden könnten. Rückschläge innerhalb einer Phase betreffen den gesamten Prozess und verändern ihn, denn er trägt den Charakter einer Entwicklung.

2.1. Diktatur des Proletariats

Der Begriff *Diktatur des Proletariats* wurde Mitte des 19. Jahrhunderts geprägt, er wird Louis-Auguste Blanqui zugeschrieben, der 1871 in der Pariser Kommune eine gewichtige Rolle spielte und unter den Arbeitern Frankreichs als ewiger Revolutionär in die Geschichte einging. (ders. 1978: 64)

Friedrich Engels verwendet den Begriff der *Diktatur des Proletariats* in dem von ihm verfassten Vorwort zu Karl Marx' „Der Bürgerkrieg in Frankreich“. Marx habe die Pariser Kommune nicht nur verehrt, sondern auch als Vorbild der Diktatur des Proletariats gesehen. (vgl. MEW 17: 188- 199)

Nachdem er von Marx und Engels rezipiert wurde, gewann der Begriff der Diktatur des Proletariats an Einfluss, obgleich seine Definition umstritten blieb. Vor allem im Umfeld der Spaltung der Sozialdemokratie spielte der Begriff in Deutschland eine bedeutende Rolle.

*„Demokratie oder Diktatur! Wird der Kampf um die Nationalversammlung geführt. (...) Nicht darum handelt es sich heute, ob Demokratie oder Diktatur. Die von der Geschichte auf die Tagesordnung gestellte Frage lautet: **bürgerliche** Demokratie oder **sozialistische** Demokratie (Hervorhebung im Original kursiv, Anm.).*

(...)

Ohne den bewußten Willen und die bewußte Tat der Mehrheit des Proletariats kein Sozialismus! Um dieses Bewußtsein zu schärfen (...) ist ein Klassenorgan nötig: das Reichsparlament der Proletarier in Stadt und Land. (Luxemburg GW IV: 409, 410)

Die Feststellung, dass demokratische Institutionen bestehen müssen, unterscheidet Luxemburgs Auffassung von der Diktatur des Proletariats bedeutend von jener Lenins, der schreibt:

„Der Sieg der Revolution werde eine Diktatur sein, das heißt, er wird sich unvermeidlich auf militärische Gewalt, auf die Bewaffnung der Massen, auf den Aufstand stützen müssen, nicht aber auf diese oder jene, auf 'legalem' oder 'friedlichem Wege' geschaffene Einrichtungen“ (zitiert nach Heuer 1999: 537)

Ob Diktatur und Demokratie sich tatsächlich diametral entgegenstehen müssen, soll zunächst einer Prüfung unterzogen werden.

2.1.1. Diktatur. Eine Begriffsdefinition

Die Diktatur des Proletariats sei die **sozialistische Demokratie**, schreibt Rosa Luxemburg. Die Bedeutung dieser Feststellung beschäftigt dieses gesamte Kapitel zur Diktatur des Proletariats. Am besten nähert man sich der Bedeutung eines Begriffes, wenn man in einem ersten Schritt festhält, wie er entstanden ist und in welchem Kontext er wie aufgefasst werden kann und wurde.

Der Begriff Diktatur stammt ursprünglich aus dem Lateinischen und bezeichnete in der römischen Republik der Antike eine Periode, in welcher die Macht im Reich vorübergehend auf eine einzelne Person übertragen wurde. Man versprach sich durch die nahezu uneingeschränkte Möglichkeit der Machtausübung Stabilität und erleichterte Regierbarkeit des Staates in Notzeiten, wie etwa Kriegsjahren etc. Die römische Diktatur war ein verfassungsmäßig geschaffenes Amt, das einen vorgeschriebenen Aufgabenbereich hatte, der nicht überschritten werden durfte, als vorübergehend konzipiert war und ein festgelegtes Ende besaß. Verfassungsrechtlich war eine sechsmonatige Beschränkung vorgesehen. Es war jedoch Ehrensache, dass die Diktatur, sobald ihr Zweck erfüllt war, freiwillig vorzeitig beendet wurde. (Vgl. Neumann 1967: 224, 225)

Das Amt des Diktators erwies sich jedoch aufgrund seiner Beschränkungen und der Befristung vor allem in längeren Kriegszeiten als hinderlich. De facto wurde die Regelung nur bis in das vierte Jahrhundert vor Christus regelmäßig ausgenutzt, danach wurde sie in den punischen Kriegen noch ein paar Mal in irregulären Formen wieder eingeführt und verschwand schließlich ganz in der

ursprünglichen Form. Die Diktaturen Sullas und Caesars veränderten Form und Zweck grundlegend und die Diktatur wurde dem Phänomen ähnlicher, das wir im heutigen Sprachgebrauch unter der Bezeichnung Diktatur verstehen: Ein usurpatorischer Herrscher/ Herrscherin/ eine herrschende Gruppe, der/ die sich die Macht in einem staatlichen Gebilde aneignet und ohne Einschränkung ausübt. (vgl. Neumann 1967: 224, 225)

Es lassen sich folgende Merkmale eines römischen Verfassungskonstruktes „Diktatur“ ableiten:

- sie ist Erzeugnis parlamentarischer Institutionen
- sie hat vorübergehenden Charakter
- ist von vornherein zeitlich beschränkt
- dem Diktator wird umfassend Macht übertragen, die nicht durch ein die Gewalten trennendes Moment abgemildert wird
- ihm wird weitgehende Immunität und Unabhängigkeit gegenüber den Institutionen der Republik zugesichert

Da Franz Neumann nur Fragmente zu einer umfassenden Diktaturtheorie hinterließ, kann man nicht von einer abgeschlossenen, ausgereiften Theorie sprechen. Dennoch ist Neumanns Ansatz von Relevanz in dem Kontext dieser Arbeit.²¹

Franz Neumann unterscheidet von der einfachen die totalitäre Diktatur. Während die einfache Diktatur in erster Linie durch die Kontrolle der „*einfachen Herrschaftsmittel*“ (Neumann 1967: 227) ausgeübt wird (Armee, Polizei, Bürokratie, Justiz) und häufig damit verbunden ist, herrschende Eliten an die Führung zu binden, treten in der (modernen, Anm.) totalitären Diktatur nach Neumann noch zusätzliche Faktoren hinzu: Die Umwandlung des Rechtsstaates in einen Polizeistaat, um beliebig in das Leben der Bevölkerung einzugreifen, die Abschaffung der Gewaltentrennung und wesentlicher Freiheitsrechte, eine monopolistische Staatspartei vor allem dort, wo traditionelle Machtmittel nicht ausreichen, um die Gesellschaft zu kontrollieren. Insgesamt ergibt sich folgendes

21 Franz Neumann schuf mit seinen „Notizen zu Diktatur“, die postum zusammengestellt und dem Werk „Demokratischer und autoritärer Staat“ angefügt wurden, unterschiedliche Betrachtungen von Diktatur und förderte vor allem die heute oft unhinterfragt vorgenommene Gegenüberstellung des diagnostizierten Gegensatzpaares Demokratie und Diktatur. Über die Analyse Carl Schmitts schreibt Neumann: „*seine Analyse ist jedoch inakzeptabel*“. (224)

Bild einer totalitären Diktatur nach Franz Neumann (vgl. ebd.: 235):

- Das Führerprinzip: Steuerung durch und Verantwortlichkeit gegenüber der Spitze
- Gleichschaltung und Kontrolle aller sozialen Organisationen
- Die Erzeugung abgestufter Eliten zur Kontrolle der Massen von innen und der Verschleierung der Manipulation nach Außen.
- Die Isolierung von Einzelnen, die Schwächung und Zerstörung sozialer Einheiten und die Unterbindung jeglicher Solidarisierung und Einheit.
- Der Wandel von Kultur in Propaganda .

Zweck und Ziel der totalitären Diktatur sieht Neumann in der vollständigen Aufhebung der Trennung von Staat und Gesellschaft und die Politisierung des Gemeinwesens durch eine einheitliche Partei.

Zwischen den beiden Formen von Diktatur fände sich in der Theorie das caesaristische Modell, das nach Neumann ein wesentliches Momentum einführte, welches für die Entwicklung der totalitären Diktatur von entscheidender Bedeutung blieb: *„Die Notwendigkeit öffentlicher Unterstützung.“* (Neumann 1967: 227)

Neumann stellt eine wichtige These auf, die für diese Arbeit von Bedeutung ist. Das Verhältnis von Demokratie und Diktatur erscheint nur auf den ersten Blick als absoluter Antagonismus und ist nicht so einfach zu beurteilen. Diktatur kann sowohl als Mittel zur Aufrechterhaltung von Demokratie verstanden werden oder aber dazu dienen, Demokratie vorzubereiten (Neumann spricht von „Erziehungsdiktatur“ vgl. ebd.: 239). Genauso gut kann sie aber als gefährliche Antithese von Demokratie benutzt werden, um repressive und totalitäre Systeme zu benennen. (vgl. Neumann 1967: 239) Das Konzept der Diktatur beinhalte per se in der Praxis die Gefahr zum Umschlag in totalitäre Strukturen. So auch die Diktatur des Proletariats, die als eine demokratische Vorbereitungsdictatur vorgesehen gewesen sei. (vgl. Neumann 1967: 239)

Nimmt man an, dass die Diktatur des Proletariats zumindest in der Theorie Luxemburgs verstanden wurde als Machtzentralisierung zur Stabilisierung und der Beruhigung der vormalig revolutionären

Bedingungen, bleibt die Frage nach der Beziehung von Neumanns Aussagen über Diktatur zur Diktatur des Proletariats bei Luxemburg.

Die Macht im Staate solle nach Luxemburg in der Diktatur des Proletariats in einem eigens dafür geschaffenen Organ durch die zuvor aufgeklärte Masse zentralisiert werden. Es gehe nicht um die usurpatorische Machtübernahme von bestehenden Strukturen in einem bestehenden System durch eine elitäre Gruppe, sondern um die gemeinschaftliche und spontane Übernahme der Macht im bürgerlichen Staate durch eine sich der Konsequenzen bewusst gemachte Mehrheit der Bevölkerung und damit verbunden um eine Neuorganisation der Politik durch die vorübergehende Schaffung eines neuen Entscheidungssystems. (vgl. Teil III Kapitel 1. Kritik an der bürgerlichen Demokratie)

Die Masse wird nach der Theorie der Diktatur des Proletariats demnach nicht, wie in Neumanns Konzept der caesaristischen Diktatur beispielsweise, von den usurpatorischen Kräften zur Legitimation des Staatsstreiches mobilisiert, sondern solle selbstbestimmt und selbsttätig ihre Zukunft in die Hand nehmen und die Revolution als Massenakt durchführen. Im Zuge der Übernahme der Macht in allen Bereichen (politisch, ökonomisch, zivilgesellschaftlich) solle eine neue staatliche Organisation geschaffen werden. Ein Institutionensystem, deren Abgeordnete direkt gewählt würden und den Wähler_innen auch direkt verantwortlich blieben. (vgl. Luxemburg GW IV: 362, 363; vgl. Teil III Kapitel 2.2. In revolutionärer Stunde: Alle Macht den Räten!)

Die Diktatur des Proletariats beende die Diktatur der Bourgeoisie und stelle das her, was die bürgerliche Gesellschaft vorgibt schaffen zu wollen: Eine Herrschaft durch das Volk und echte Demokratie. Luxemburgs Diktatur des Proletariats ist keineswegs gleich zu setzen mit dem Verständnis Lenins oder seiner Umsetzung durch die russische Revolution. Ihre Vorstellung von der Diktatur ist eine Herrschaftsübernahme durch die Mehrheit, um aber die Macht schließlich an die gesamte Gesellschaft zurück zu verteilen und das Konstrukt *Herrschaft* damit aufzulösen.

Schließlich muss in diesem Zusammenhang die Definition von Revolution mitbedacht werden, wie sie Marx hinterlassen hat. Die Entwicklung der Produktionsweise geht nach Marx' Vorstellungen mit der gesellschaftlichen Entwicklung einher, bedinge sie und entwickle sie gleichzeitig. Eine auf dieser Basis erzeugte Diktatur, verstanden als die Herrschaft der Masse über die Minderheit benötigt den Charakter einer totalitären Diktatur nicht, sondern bezeichnet eine wie immer organisierte demokratische Ordnung, in der die Entscheidung der Mehrheit gegenüber jener einer Minderheit bevorzugt werde. Bezieht man oben gebrachte Überlegungen Luxemburgs mit ein, so scheint dies

die Auffassung zu sein, die sie von der Diktatur des Proletariats vertritt.

2.2. In revolutionärer Stunde: Alle Macht den Räten!

Die Frage nach der tatsächlichen Ausgestaltung der Diktatur des Proletariats stellt sich in Deutschland erst 1918, als im Rahmen der revolutionären Ereignisse erstmals eine Machtübernahme durch das Proletariat in den Bereich des Möglichen gelangt. Die Diskussion, die von der Etablierung einer konstituierenden Nationalversammlung bis hin zu einer Räterepublik nach russischem Vorbild reicht, kocht in dem Moment über als die Monarchie zugrunde geht. Das komplexe Gewirr von Forderungen zur Verbesserung der ökonomischen und sozialen Lage, die jedoch nur teilweise mit tatsächlichen Bestrebungen zur Übernahme der Herrschaft durch die Arbeiter_innenklasse vermischt waren und die Einflussverteilung der sozialistischen/sozialdemokratischen Parteien auf die Massen geben Aufschluss darüber wie groß die Chancen auf die tatsächliche Umsetzbarkeit eines der geforderten Modelle waren. (vgl. Kuhn 2004: 142)

2.2.1. Die Novemberrevolution 1918

Als das deutsche Reich am 28. Oktober 1918 eine parlamentarische Verfassung erhielt, war es bereits zu spät für das monarchische System sich zu retten. Das Ende des Krieges, die Verluste Deutschlands und die aufgeheizte Stimmung der Matrosenaufstände, die sich seit dem Befehl zum *„letzten ehrenvollen Gefecht gegen die britischen Verbände“* (Url Revolution 1918/ 1919;) wie ein Flächenbrand ausbreiteten, veranlassten die arbeitende (und die arbeitslose) Bevölkerung mit November 1918 auch in den Städten in eine revolutionäre Phase einzutreten, die sich bis in den Frühling des Jahres 1919 hinein zog. Am 9. November 1918 riefen sowohl Philipp Scheidemann (um 14 Uhr die Proklamation der deutschen Republik, Url Scheidemann Republik Audio), als auch Karl Liebknecht (um 16 Uhr die Proklamation der freien, **sozialistischen** Republik Deutschland) die Republik aus. Liebknecht rief dazu auf, die Organisation von Arbeiter_innen- und Soldatenräte²² in Angriff zu nehmen um Organisationsstrukturen für das revolutionäre System der Massen zu schaffen. Philipp Scheidemann und Friedrich Ebert von der Mehrheitssozialdemokratie verstanden sich ihrerseits als legitime Übergangsregierung, da Reichskanzler Max von Baden die Amtsgeschäfte bereits am Vormittag freiwillig an sie übertragen hatte. (vgl. Müller 1976: 80).

22 Während in Russland die Teilnahme von Frauen am Heer bestätigt ist, wird in der deutschen Heeresforschung eine solche im deutschen Heer verneint. Daher verbleibt hier die Bezeichnung tatsächlich männlich.

Das Duo Ebert/ Scheidemann gründete bereits am Abend des 9. November 1918 eine Interimsregierung, den Rat der Volksbeauftragten. Dieser Rat bestand aufgrund einer Koalitionsvereinbarung der Unabhängigen Sozialdemokratie mit der Mehrheitssozialdemokratie und sah unter sich einen Kreis von Fachministern²³ vor, an deren Bestellung auch bürgerliche Parteien beteiligt waren. Dieser Rat ließ sich in einem zweiten Schritt am 10. November von den bereits bestehenden Arbeiter_innen und Soldatenräten bestätigen. Richard Müller, Zeitzeuge und Sprecher der sogenannten „Revolutionären Obleute“, erzählt in seiner Schilderung über die Revolution 1918 die Mehrheitssozialdemokratie habe dieses Gremium hauptsächlich deswegen gegründet, weil sie das Vertrauen der Massen gewinnen wollte. Sie legte bereits in einer der ersten Sitzungen des Rates die Ablehnung der Räterepublik durch die Entscheidung zugunsten der Schaffung einer konstituierenden Nationalversammlung fest, ohne diese Entscheidung breit zur Diskussion zu stellen. Die Position der Sozialdemokratie war damit festgelegt: Die Volksbeauftragten stellten sich gegen jene Räte, die ihr das eigene Mandat verschafft hatten, ohne die Räte in die Entscheidung miteinzubeziehen. (Vgl. Müller 1976: 45, 46, 47)

Der Rat der Volksbeauftragten setzte eine Reihe bedeutender Maßnahmen um. Die meisten betrafen nicht die Interessen und Forderungen der Arbeiter_innenräte, sondern jene der vorrevolutionären Eliten. An radikale Forderungen, wie die Vergesellschaftung des Kapitals traute man sich in ersten Ansprachen nicht einmal verbal heran, während andere Forderungen, wie die Wiederherstellung der vorrevolutionären Hierarchien in Soldatenkreisen, sofort bestätigt wurden. So begann die Sozialdemokratie schrittweise revolutionäre Tendenzen zu unterdrücken, wodurch sie sich mehr Möglichkeiten zur Herstellung einer geordneten bürgerlichen Republik, der „*Rettung der Industrie*“ (Müller 1976: 49) und der vermeintlichen Erhöhung der Chancen im Prozess zu einem halbwegs angenehmen Friedensschluss für Deutschland verschaffte. (vgl. Müller 1976: 45 ff., Kuhn 2004: 145)

Parallel zum Rat der Volksbeauftragten existierte der Berliner Vollzugsrat, dessen Bestellung ebenso wie jene zum Rat zur Hälfte aus MSPD- und USPD- Mitgliedern erfolgte. (vgl. Kuhn 2004: 147, 148) Der Vollzugsrat war gedacht als „*Aktionsausschuss*“. (Müller 1976: 53) Er hatte keine genauer umschriebenen Kompetenzen und konkurrierte mit dem Rat der Volksbeauftragten um die Position als legitimes Revolutionsorgan. (vgl. Kuhn 2004: ebenda) Die ersten Anordnungen beider Organe

23 Hier ist die rein männliche Bezeichnung Absicht!

standen einander diametral entgegen: Beispielsweise übertrug der Vollzugsrat die Kompetenzen der Exekutive und Legislative, sofern lokale Belange betroffen waren, auf die Arbeiter_innen- und Soldatenräte. Zudem erkannte der Vollzugsrat die Räte als eigene revolutionäre Einheiten an, während der Rat der Volksbeauftragten die Kompetenzen in Wahrheit an sich ziehen wollte. (vgl. Müller 1976: 55) Richard Müller, der als Vorsitzender des Vollzugsrats fungierte, beschreibt dessen Strategie als angesichts der unbekannten Situation „...*unsicheres Tasten auf einem neuen unsicheren Gebiet*“ (ebenda: 56), während die Volksbeauftragten „*handelten*“ (ebenda), Führungskräfte da und dort bestellten, alle politischen Lager bedienten, den Soldaten ihre Befehlsgewalt zurückgaben und vor allem die Beschlüsse des Vollzugsrates sowie dessen Kontrollfunktion vollständig ignorierten. Der große Fehler des Vollzugsrates sei es gewesen, dass er sich nicht in diese Dinge eingemischt und die schrittweise Herrschaftsübernahme der Mehrheitssozialdemokratie nicht deutlich genug blockiert hatte, zieht Müller später Bilanz. (vgl. ebenda)

Mitte Dezember 1918 fand auf Vorschlag des Berliner Vollzugsrates der erste Reichskongress der Arbeiter_innen- und Soldatenräte statt, in dessen Rahmen wichtige Fragen für zukünftiges Vorgehen besprochen wurden. Die Delegierten wurden meist aufgrund von Wahlen von Arbeitenden und Soldaten im Friedensdienst bestellt. Die Spartakist_innen waren auf diesem Kongress nur äußerst schwach vertreten und ihre Größen Luxemburg und Liebknecht hatten gar kein Mandat erhalten. (vgl. Kuhn 2004: 151)

Die große Mehrheit der Delegierten stellen die Mehrheitssozialdemokratie und die Unabhängigen. Sie sprachen sich zusammen für die Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung aus und stimmten die Wahlen dafür zu ehest möglichem Termin ab. Der Vorschlag, an einer sozialistischen Republik festzuhalten und ein Räte-System zu ihrer Grundlage zu machen, wurde niederschmetternd abgelehnt. (vgl. Kuhn 2004: 152) Ironischerweise konnten andere Punkte, die teilweise rätedemokratische Ideen enthielten, im Kongress durchgebracht werden. Somit ergab sich ein verwirrendes Konstrukt von Ideen, die teilweise schwer miteinander vereinbar scheinen und waren. Eine Nationalversammlung sollte offenbar nicht unbedingt alle Entscheidungen über die Demokratisierung der Gesellschaft in sich vereinen, sondern eine solche sollte in den Betrieben weiterhin durch Räte vorangetrieben werden. (vgl. ebenda) Für den linken Flügel sah es allerdings so aus, als paktierten die Mehrheitssozialdemokrat_innen nicht nur mit den bürgerlichen Parteien, sondern vertraten deren Interessen, als wären es ihre eigenen. Dies wurde vielfach als Verrat an der

proletarischen Klasse empfunden. Richard Müller etwa betrachtete die Regierung Ebert/Scheidemann ironisch als „*würdige Nachfolger*“ der Monarchie (Müller 1976: 80), die sie benutzte, um die Revolution nicht weiter zu treiben, als es den bürgerlichen Fraktionen recht war. Dieses Vorhaben sollte letztlich trotzdem nur durch Gewalt durchgebracht werden können. (vgl. ebenda)

Der Reichsrätekongress stimmte neben der Frage nach der Nationalversammlung auch über einen neuen Zentralrat ab, der eine neue Verfassung ausarbeiten sollte. Die Wahl zu diesem wurde zur Farce, da sich an ihr nur mehr alleine die Mehrheitssozialdemokratie beteiligte, nachdem sich die übrigen Fraktionen aus Protest enthalten hatten. Die Aussicht auf eine einheitliche Arbeiter_innenregierung mit Vertreter_innen aller Fraktionen scheiterte daraufhin endgültig. Die verbliebenen drei USPD-Mitglieder im Rat der Volksbeauftragten erklärten mit dem 28. Dezember ihren Rücktritt, nachdem in den Tagen zuvor Fronttruppen Aufstände der Volksmarinedivision blutig niedergeschlagen hatten. Die aus der Revolution hervorgebrachte erste Regierung der Mehrheitssozialdemokratie hatte damit erstmals revolutionäres Bestreben mithilfe ehemals kaiserlicher Truppen vereitelt und blutig beendet. (vgl. Kuhn 2004: 153)

Zeitgleich mit Beginn der Revolution übernimmt Rosa Luxemburg in Artikeln der Roten Fahne die Agitation für die Notwendigkeit der Schaffung von Arbeiter_innen und Soldatenräten. (vgl. Luxemburg GW IV: 397, 398) Mit zunehmender Deutlichkeit spricht sie sich für die Unterstützung dieser überall zögerlich entstehenden Räte aus und baut schließlich dieses Organisationsmodell der Diktatur des Proletariats in ihre Vorstellung der Übernahme der Herrschaft durch die Massen ein. Nachdem mit der Stimme des Volkes die Monarchie „*hinweggefeht*“ (Luxemburg GW IV: 398) werden konnte, müsse nun die Macht in die Hände der Massen übergeben werden.

2.2.2. Der Rat als Organisationsform aufstrebender Gruppen

Mit der Diskussion um das neue Herrschaftsmodell nach dem ersten Weltkrieg entstand eine ganze Reihe unterschiedlicher Positionen zur Rätefrage. Horst Dähn benennt die Probleme, die mitverantwortlich waren für diese Ausdifferenzierung, in vier Punkten: Eine besondere Rolle kommt, wie bereits erwähnt, der endgültigen Spaltung der SPD und der Polarisierung in der Diskussion um die Kriegspolitik des Deutschen Reiches zu. Ebenso spielte die rapide Verschlechterung der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Arbeitendenklasse und Kleinbauern eine Rolle. Zudem führten die Ereignisse in Russland 1917 zu einer gewissen revolutionären

Begeisterung innerhalb der linken Gruppierungen der USPD. Viertens führte die Diskussion um die verfassungsrechtliche und politische Neuordnung Deutschlands nach dem Krieg und dem Ende der Monarchie zu Zwistigkeiten und zur Notwendigkeit einer Positionierung. (Vgl. Dähn 1975: 192)

Der Rätegedanke selbst hat Tradition, jedoch kann in deren Zusammenhang nicht über eine historisch stringente Entwicklung der Räteidee gesprochen werden. Es lässt sich eher festhalten, dass in der Geschichte wiederholt aufstrebende Gruppen, deren Situation regelmäßig Ähnlichkeiten aufweist, zu räteähnlichen Formen der Organisation gelangen. Es lassen sich so gewisse Formalia als dem Phänomen „Rat“ zugehörig formuliert werden: (vgl. Anweiler 1958: 5, 6)

- Die Verbindung mit einer unterdrückten und abhängigen sozialen Schicht,
- die Orientierung an radikaldemokratischen Gedanken,
- die Entstehung in einem revolutionären Kontext.

(vgl. Anweiler 1958:6)

Diese Merkmale bewirken eine Einschränkung auf bestimmte historische Erscheinungen, wie etwa die Pariser Kommune oder die russischen Sowjets, denen der sogenannte „Rätegedanke“ zugeschrieben werden kann: *„das Streben nach einer möglichst unmittelbaren, weitgehenden und unbeschränkten Teilnahme des Einzelnen am öffentlichen Leben- ins Kollektiv übertragen, der Gedanke der Selbstherrschaft der Masse, verbunden mit dem Willen zur revolutionären Umgestaltung“* (Anweiler 1958:6).

Grob lassen sich drei Grundtypen von Räten unterscheiden, deren Grenzen in der Wirklichkeit verschwimmen:

- Die **Kommune**, als das als Staatsgewalt organisierte Volk (z.B. die Pariser Kommune 1871)
- der als **Revolutionsausschuss** fungierende Rat, als Führungsorgan im revolutionären Kampf und von begrenzter Dauer (wie etwa die Soldatenräte in der englischen Revolution)
- Der Rat als **Arbeiter_innenausschuss**, als proletarische Interessenvertretung (die

Commission du Luxembourg 1848, die deutschen Räte 1918/19).

(vgl. Anweiler 1958: 6)

Anweiler unterscheidet zusätzlich die „*Räte- Ideologie*“ (ebenda: 7), die mit der verherrlichten Sichtweise der Pariser Kommune 1871 durch Karl Marx ihren Anfang nahm. Marx abweichende Wahrnehmung von der Pariser Kommune bildete das Fundament für eine sich entwickelnde marxistische Rätetheorie, die später etwa von Lenin aufgegriffen und weiter entwickelt wurde. (vgl. MEW 17: 313-365; Anweiler 1958: 9;) Das von Marx beschriebene Bild der Kommune wurde verwendet, um die sich in revolutionären Situationen bildenden Rätssysteme mit der marxistischen Theorie in Einklang zu bringen. Die radikaldemokratische Ausgestaltung der Pariser Kommune beeinflusste darüber hinaus den Charakter räterepublikanischer Modelle. (vgl. Anweiler 1958: 16)

Andere theoretische Grundlagen der Räterepublik ergeben sich aus der Theoriegeschichte des Sozialismus. Neben Karl Marx beeinflussten Pierre- Joseph Proudhon und Michail Bakunin den Rätegedanken maßgeblich. (vgl. Anweiler 1958: 11) Beide Theoretiker sind bekannt für antiautoritäre Elemente in ihren Theorien.²⁴

Proudhons Ideen hatten maßgeblichen Einfluss auf Ideen der Schaffung einer verbesserten wirtschaftlichen Lage der Lohnarbeitenden durch die Schaffung von Genossenschaften. „*Politische Föderation und Dezentralisation*“ (zitiert nach Anweiler 1958: 12) beschwor er als Lösung für soziale Probleme. Der Gedanke, dass die Regierungsgewalt auf einer aus der Vereinigung der Produzierenden hervorgegangenen Selbstverwaltung basieren könne, wurde zu Zeiten der russischen Revolution erneut aufgegriffen und liegt der Idee einer auf Räten basierenden „*Produktionsdemokratie*“ (Anweiler 1958: 12) zugrunde.

Ein anderer, dem theoretischer Einfluss zugeschrieben werden kann, war Michail Bakunin, der Anarchist. Die Ablehnung jeglicher Autorität, so auch der des Staates, bildet das Zentrum von Bakunins Theorie und Praxis. Obgleich dieser Gedanke durchaus im Grunde mit Karl Marx' Überlegungen (und in dessen Tradition Rosa Luxemburgs) übereinstimmte, stritten die beiden über die Form der Revolution und über die Notwendigkeit der Übernahme der Herrschaft vor der

24 Im Rahmen dieser hier angeführten Kurzbeschreibungen der Theorien können nur ausgesprochen verkürzte Darstellungen abgegeben werden.

Auflösung von Autorität. Der rätetheoretisch interessante Gedanke Bakunins ist die Organisation des „*neuen revolutionären Staates*“, der kein Staat im eigentlichen Sinne mehr sei, sondern sich

„...vermittels revolutionärer Delegationen von unten nach oben entwickelt“, „alle aufgrund derselben Prinzipien aufgestandenen Länder ohne Rücksicht auf die alten Grenzen und die Verschiedenheit der Nationalität umfaßt“ und „die Verwaltung der öffentlichen Dienste und nicht die Regierung der Völker zum Zweck hat“ (zitiert nach Anweiler 1958: 13).

Bakunin formulierte die neue Organisation als pyramidenartiges Gebilde von unten nach oben organisierter Ausschüsse, die auf föderative Weise miteinander verbunden seien- von der Kommune bis zur internationalen Ebene. Diese Form der Organisation der Räte hat große Ähnlichkeit mit den späteren tatsächlichen Rätssystemen, insbesondere den Sowjets, die als Vorbild der deutschen Räteforderungen gelten.²⁵ (vgl. Anweiler 1958: 13)

2.2.3. Die ersten Räte: Das russische Rätssystem in den Revolutionen 1905 und 1917 und ihr Vorbildcharakter

Um das deutsche Rätssystem in einen theoretischen Kontext betten zu können, ist ein Blick auf die russische Revolution zu werfen, die um 1918 als das erfolgreiche Beispiel galt. Nie zuvor hatte eine dezidiert proletarische revolutionäre Erhebung das alte System zu stürzen und die Diktatur des Proletariats auf der Zustimmung der Massen zu errichten vermocht. Diese Tatsache war es, weshalb die Ereignisse in Russland weithin Beachtung fanden.

Die russische Revolution 1905 basierte auf einer breiten Mixtur aus gesellschaftskritischem Gedankengut, das, vertreten von unterschiedlichen Gruppierungen, die Arbeiterschaft beeinflusste. Als die von Rosa Luxemburg so bewunderten Massenstreikaktionen begannen, waren die Forderungen der Arbeiter_innen wenig politisch und vorwiegend ökonomischer Natur. Erst nach den Ereignissen des sogenannten „Blutigen Sonntag“, wo ein von der Kirche angeführter Demonstrationzug zum Winterpalais in Petersburg durch Truppen des Zaren blutig aufgelöst wurde, änderte sich der Charakter der Aktionen und nahm langsam deutlich revolutionäre Züge an.

²⁵ Man beachte, dass ein Einfluss des Anarchismus auf die Bolschewiki aufgrund der Auseinandersetzungen von Marxist_innen und Anarchist_innen im Rahmen der I. Internationale konsequent geleugnet wurde!

Die Streiks, Bauernaufstände, Petitionen und bewaffneten Aufstände, die sich danach bildeten, politisierten und radikalisierten die Forderungen und Aktionen, warfen aber gleichzeitig harte Reaktionen auf den Plan. (vgl. Hildermaier 1989: 39, 51)

Bevor es jedoch so weit kommen konnte, startete das untergehende Zarenreich einen einmaligen Versuch um seine Rettung zu unternehmen. Es wurden zwei Kommissionen gebildet, die sich mit der Problemerkörterung und -Beseitigung beschäftigen sollten und zu deren Teilnahme gewählte Arbeiter_innenvertreter zugelassen waren, die im Vorfeld in einem zweistufigen Wahlverfahren direkt aus der Arbeiterschaft gewählt wurden. Als das Projekt schließlich scheiterte, blieb ein Gedanke übrig, der letztendlich zur Bildung der Sowjets beitrug: ein Rat aus Vertreter_innen der Arbeiterschaft, die direkt aus ihrer Mitte gewählt waren. (vgl. Anweiler 1958: 43, 44)

Die spontane Entstehung von Arbeiter_innenräten auf Betriebsebene war ein weiteres leitendes Puzzleteil. Die Delegationen von aus der Mitte der Belegschaft gewählten Vertrauensleuten dienten der erleichterten Organisation von Streiks und Aufständen in den Betrieben und trugen zur Politisierung der Belegschaft bei. Die meisten dieser Delegationen hatten Betriebsratscharakter, nur wenige schlossen sich mit anderen Räten desselben Berufszweiges zu übergreifenden Gremien zusammen. (vgl. Anweiler 1958: 47) Zum Zwecke der verbesserten Streikkoordination bildeten sich an manchen Orten gesamtstädtische Streikkomitees. Manche gaben sich im weiteren Verlauf der Aufstände politische Ziele und führten so ökonomische und politische Zielsetzungen zusammen. (vgl. Anweiler 1958: 48, 49)

Einen Höhepunkt der revolutionären Ereignisse 1905 bildete der Petersburger Rat der Arbeiter_innendeputierten²⁶. Im Oktober 1905 ergriff eine riesige Streikwelle Petersburg, die den Anstoß für die übergreifende Organisation der vielen kleinen Arbeiter_innenräte auf Betriebsebene gab. Man beschloss sich in einer Art Zentralkomitee zu organisieren, das aus direkt aus den Betrieben heraus gewählten Vertrauensleuten bestand. Daneben lief eine Kampagne organisierter Menschewiki, die den Rat als „Organ der revolutionären Selbstverwaltung“ bewarben. Der Rat wandelte sich im Laufe des Streiks von einem Streikkomitee zu einem allgemeinen politischen Vertretungsorgan der Arbeitenden, einer Art Arbeiter_innenparlament. (vgl. Anweiler 1958: 56, 57,

26 Mit der Nennung der Arbeiterinnen, die mit ihren Streiks die Revolution 1905 vor den Männern lostraten, soll auf dieses Faktum aufmerksam gemacht werden.

58)

Der Rat entstand nach und nach, indem immer mehr Betriebe Delegierte entsandten. Schrittweise beteiligten sich auch immer mehr Gewerkschaften an den Sitzungen. Im Rahmen der dritten Zusammenkunft wurden je drei Entsandte der sozialistischen Parteien in beratender Funktion zum Exekutivkomitee hinzugezogen. (vgl. Anweiler 1958: 57)

Am 17. Oktober 1905 war der Sowjet in seiner endgültigen Form gebildet. Das Exekutivkomitee bestand fortan aus 22 Personen, die zu einem Teil aus den Stadtbezirken und zu einem anderen aus den Gewerkschaften gewählt wurden. (vgl. ebd.: 58)

Neben dem Petersburger Rat spielte auch der Moskauer Arbeiter_innendeputiertenrat eine gewichtige Rolle in der Geschichte der Revolution. Er entstand, wie in Petersburg, zunächst als Streikkomitee, kann aber aufgrund seiner Zusammensetzung nicht als rein proletarisches Komitee bezeichnet werden. Vielmehr war er eine Koalition sämtlicher revolutionärer Kräfte, von bürgerlichen bis hin zu sozialistischen. Im weiteren Verlauf der Geschehnisse politisierte sich auch der Moskauer Rat zunehmend und wurde schrittweise zu einem revolutionären Kampforgan der Arbeiter_innenbewegung. (vgl. ebd.: 60)

Die Deputiertenräte fanden dermaßen große Beachtung, dass sie überall im Reich Nachahmung fanden. Insgesamt entstanden ca. 40- 50 derartiger Räte. (vgl. ebd.: 59)

Neben den Arbeiter_innendeputiertenräten entstanden vereinzelt Bauern- und Soldat_innenräte.²⁷ Bedingt durch zufällige Ereignisse und/oder schlechte Verpflegung entstanden auch in diesen Gruppen große Unzufriedenheit und Unruhen. Direkt revolutionäre Bestrebungen waren zu diesem Zeitpunkt wohl nur ganz selten Auslöser. Besonders entlang der sibirischen Eisenbahn, wo gestreikt wurde, kam es vermehrt zur Bildung von revolutionären Räten mit Soldat_innenbeteiligung. Einem ähnlichen Verlauf folgte die Revolutionierung der Bauern, die auch mit streikenden Arbeiter_innen in Berührung kamen und daraufhin ihre eigene Organisation nach dem Vorbild der Arbeiter_innendeputiertenräte bildeten. (vgl. Anweiler 1958: 61, 62)

Die spontan entstandenen und offiziell parteilosen Sowjets waren demokratisch organisierte Räte,

²⁷ Studien zur Rolle der Frau in kriegesischen Auseinandersetzungen belegen die Teilnahme von Frauen am russischen Militär bis in das 19. Jahrhundert. Sie nahmen nicht direkt am bewaffneten Kampf teil, waren aber Teil der Armee. (vgl. Eifler 2005: 223)

die dem Arbeitsplatz, der Fabrik, entwuchsen. Die Arbeiter_innen, die von jeglicher Teilnahme am Staat ferngehalten wurden und keinerlei Ahnung von repräsentativer Demokratie und einem parlamentarischen System hatten, wählten praktisch eine der radikalsten demokratischen Formen der Vertretung ihrer selbst und Organisation ihrer Belange. Insbesondere sticht die allgemeine Wahl von jederzeit verantwortlichen Abgeordneten, die ständiger Kontrolle durch die Basis unterworfen waren und bei nicht zufrieden stellender Arbeit abberufen werden konnten, ins Auge. Eine einheitliche Wahlordnung oder einheitliche Organisationsstruktur gab es aufgrund der Spontaneität ihrer Gründungen nicht. Das führte dazu, dass es in manchen Städten zusätzlich Bezirksräte gab, oder aber manche Räte für bestimmte Belange eigene Unterorgane geschaffen wurden. (vgl. Anweiler 1958: 65, 66)

Im Rahmen der Revolution 1905 können die Sowjets trotz ihrer zunehmenden Politisierung und der damit einhergehenden revolutionären Rhetorik noch keineswegs verstanden werden als ein alternatives Modell der demokratischen Herrschaft des Proletariats. Die Forderung der Arbeitenden blieb bis zuletzt die Schaffung einer konstituierenden Versammlung und die Schaffung einer demokratischen Republik. Die Frage, ob die Entwicklung am Ende ähnlich verlaufen wäre wie 1917, muss daher offen gelassen werden. (vgl. Anweiler 1958: 78, 79)

Das zaristische Russland versuchte die Ereignisse abzukühlen, indem es das Versprechen abgab, eingeschränkt Freiheitsrechte zu gewähren und ein Vertretungsorgan des Volkes zu errichten. Bereits ein Jahr später wurde die Verfassung durch die Reichsregierung gebrochen und im Vertretungsorgan die Mehrheit der konservativen Kräfte gesichert. Die Revolution wurde so beendet. (vgl. Hildermaier 1989: 92, 93, 103)

Die Sowjets von 1905 prägten sich in das Bewusstsein der Arbeitenden ein. Keine der sozialistischen Parteien hatte die Räte explizit in ihr Programm aufgenommen und dennoch stand die erste Form der Selbstorganisation 1917 eindeutig in der Tradition von 1905. In den ersten Anfängen der revolutionären Ereignisse entstand in Petersburg der Gedanke, den Arbeiter_innendeputiertenrat wieder ins Leben zu rufen. Allerdings war diesmal der Einfluss der russischen Intelligenz auf die arbeitenden Massen im Gegensatz zu 1905 von vornherein gegeben. Vor allem die politischen Parteien hatten diesmal viel mitzureden. (vgl. Anweiler 1958: 130)

Nach einem ersten Versuch, der vom Zarentum vereitelt wurde, gründete sich am 24. Februar 1917 ein „*provisorisches Exekutivkomitee des Arbeiterdeputiertenrates*“ (Chronika sobytij, zitiert nach

Anweiler 1958: 128), der zur Wahl von Deputierten in Petersburg und ganz Russland aufrief. Diese fanden in den meisten Betrieben bereits am 28. Februar statt. Um ein Uhr Mittags des 28. Februar konnte schon eine erste Deputiertenversammlung mit 120 Teilnehmenden stattfinden. (vgl. ebenda: 129)

Obwohl der Sowjet nach dem Vorbild von 1905 wieder hergestellt wurde, entwickelte sich dieser in Sachen demokratisches Repräsentationsorgan der Arbeiter_innenklasse nicht ganz nach dessen Vorbild. Neben dem Rat bestand weiterhin das Exekutivkomitee, das die wirklich wichtigen Entscheidungen fällte. Die Ablehnung der Beteiligung an einer provisorischen russischen Regierung fiel beispielsweise am 1. und 2. März im Rahmen dieses Komitees und nicht im Rahmen einer Ratsversammlung. Der Petersburger Deputiertenrat wurde auf die Funktion eines Kontrollorgans herabgestuft, was für den weiteren Verlauf der Revolution entscheidend wurde. (vgl. Anweiler 1958: 130)

Der Sowjet von 1917 unterschied sich auch in einem weiteren Punkt von dem 1905 entstandenen. Er wurde zu einem gemeinsamen Rat von Arbeiter_innen- und Soldat_innenvertretern. Die Beteiligung von Heeresangehörigen wurde aufgrund der hervorragenden Leistungen der aufständischen Soldat_innen abgestimmt. Die Unterstellung aller Truppen unter den Petersburger Sowjet wurde schriftlich festgelegt. (vgl. Anweiler 1958: 131)

Schrittweise folgte die Beseitigung der zunächst chaotischen Zustände im Sowjet durch die Schaffung einer strengen Ordnung. In einem ersten Schritt wurde ein kleinerer Sowjet geschaffen, in welchem Soldat_innen und Arbeitende gleichermaßen vertreten waren. Es wurde beschlossen, diejenigen Deputierten, die nicht aus einem Betrieb heraus gewählt waren, von der Teilnahme an Sitzungen auszuschließen. So wurde eine feste Anzahl von gewählten Abgeordneten erreicht. Dann einigte man sich auf die Schaffung von zwei Exekutivausschüssen, einer für die Heeresangehörigen und einer der Arbeitenden, die neben dem gemeinsamen Exekutivkomitee wirkten. Mit der Zunahme der Aufgaben wurden mehr Arbeitsteilung und eine größere Anzahl an Unterausschüssen notwendig. Das Exekutivkomitee wurde auf 42 Mitglieder erweitert. An Sitzungen durften darüber hinaus in beratender Funktion u.a. Entsandte der Gewerkschaften, der Bezirksräte, sowie Mitglieder der sozialdemokratischen Partei teilnehmen. Die laufenden Geschäfte wurden an ein neu errichtetes „Büro des Exekutivkomitees“ ausgelagert, das zuerst aus sieben Personen bestand und später auf 24 aufgestockt wurde. Ihm wurde schließlich die Befugnis übertragen, in besonders dringenden

Angelegenheiten im Alleingang Handlungen setzen zu dürfen. (vgl. Anweiler 1958: 132) Man erkennt bereits im Rahmen der Februarrevolution von 1917 eine Tendenz zur Abkehr von dem radikaldemokratischen Räteideal von 1905, die durch die Oktoberrevolution und die mit ihr einsetzenden Veränderungen gefestigt wurde. Je mehr sich das anfängliche Revolutionsorgan in ein Verwaltungsorgan verwandelte, desto geringer wurde das Interesse an der laufenden Teilnahme der Deputierten. Die Sowjetregierung begann sich zu verselbstständigen. Das Recht der Deputierten, die Regierung abzuwählen, bestand formal weiter fort, jedoch nahm der Rat immer die Rolle eines eingeschlafenen Kontrollsystems ein. (vgl. Anweiler 1958: 133)

Als Pferdefuß eines demokratisch organisierten Sowjets erwies sich zudem sein Wahlsystem. Es führte dazu, dass die Arbeiter nach Betrieben äußerst ungleich vertreten waren. Auf je 1000 Arbeitende gelangte ein Deputierter. Betriebe mit weniger Arbeitenden durften ebenfalls einen Abgeordneten entsenden. Dies führte dazu, dass Großbetriebe und großindustrielle Zweige extrem stark vertreten waren, während andere Sparten weniger starke Vertretung genossen. Ähnlich verhielt es sich mit den Soldat_innenvertretern. Jede Kompanie oder Einheit hatte unabhängig von ihrer Größe das Recht, einen Deputierten zu entsenden. So ergaben sich auch hier keine fairen Vertretungsverhältnisse. (vgl. Anweiler 1958: 282, 283)

Während in der Februarrevolution noch sämtliche revolutionäre Kräfte in einem Bündnis miteinander gegen das Zarentum antraten, kamen, sobald es beseitigt war, die Differenzen in den Ansichten der beteiligten Fraktionen deutlich zu Tage. Die Bolschewiki lehnten eine Beteiligung bürgerlicher Parteien strikt ab, die sich in Russland nur zu einem Teil aus bürgerlichen, und zu einem anderen großen Teil aus dem liberalen Adel und dem reaktionären rechten Lager speisten. Es entbrannte ein Streit um die Zukunft Russlands und der Räte. (vgl. Anweiler 1958: 158)

Als die Bolschewiki nach der Oktoberrevolution gewaltsam die Frage von Konstituante oder Sowjetmacht für das Räte-system entschieden, stabilisierten sie zunächst nur die bereits praktisch geschaffenen neuen politischen Formen. Sie vereinheitlichten das System der Räte und fixierten ihren pyramidenartigen Aufbau. Sie zementierten den Ausschluss anderer Gruppen und ließen nur Arbeitende, Bauern und Soldat_innen an den Wahlen zur staatlichen Vertretung teilhaben. (vgl. Anweiler 1958: 283)

Sie gaben dem neuen System eine geschriebene Verfassung, die breite Auslegung zuließ. Das

zunächst existente Bündnis verschiedener revolutionärer Gruppen wurde beendet, ebenso die durch die Doppelherrschaft der provisorischen Reichsregierung neben dem Sowjet entstandenen Schwierigkeiten:

Die Regierung wurde nur noch aus Bolschewiki bestellt und der neu geschaffene „Rat der Volkskommissare“ entschied de facto alle wichtigen Dekrete ohne Zustimmung des Zentralexekutivkomitees, obwohl es eigentlich nur als Geschäftsführungsorgan mit Verantwortlichkeit gegenüber dem Komitee konzipiert war. Die Sowjets bildeten nur mehr formell die Basis der Verfassung und verloren praktisch immer mehr an Einfluss. Die theoretischen Ansätze der Bolschewiki drifteten immer weiter weg von den praktischen Gegebenheiten. Vieles spricht zwar dafür, dass die zentralistischen Maßnahmen, wie auch die de facto Streichung demokratischer Rechte zunächst zwar nicht beabsichtigt waren, sich jedoch der Herrschaftserhalt als deutlich schwieriger erwies als die Herrschaftsübernahme. Am Ende ergab sich ein Programm, das starken staatlichen Zentralismus voraussetzte und die „Sowjetmacht“ de facto durch die Herrschaft einer Elite ersetzte. (vgl. Anweiler 1958: 284, 285) Die Diktatur des Proletariats wurde schrittweise durch eine totalitäre Diktatur nach Neumann'schem Verständnis ersetzt.

2.2.4. Das Rätemodell nach Spartakus

Die russische Rätebewegung von 1917 machte großen Eindruck auf die revolutionären Parteien Deutschlands, besonders aber auf die Gruppe Spartakus, die sich aus dem revolutionären linken Teil der Unabhängigen Sozialdemokratie formierte. Rosa Luxemburg gab im Namen der Gruppe ein Programm heraus, das die Errichtung von Räten als Revolutionsregierung vorsah. Aus dem Programm wird eine Auseinandersetzung mit dem russischen Modell erkennbar und Parallelen können gezogen werden. (vgl. Luxemburg GW IV: 440- 449)

Rosa Luxemburg selbst nimmt meines Erachtens eine Sonderposition zu den Räten innerhalb der Gruppe Spartakus ein, weswegen ihre Stellung zur Nationalversammlung auch noch einmal in einem eigenen Unterpunkt Erwähnung finden soll. Während einige ihrer Mitstreiter_innen der Spartakusgruppe das russische Sowjetmodell mit deutlicherer Begeisterung als sie begrüßen und dieses für Deutschland dezidiert einfordern, nimmt sie eine Art Mittelstellung zwischen dem russischen Modell und dem Wunsch nach einer konstituierenden Nationalversammlung ein. (vgl. Weber (Hg.) 1993: 27;)

Dass Rosa Luxemburg jedoch im November 1918 die Räteforderung des Spartakusbundes unterstützt, ist unbestreitbar. Sie ist die Verfasserin des Programmes „Was will der Spartakusbund“, das die Rätedemokratie in den Kontext des notwendigen „...*vollständigen Umbau des Staates und die vollständige Umwälzung in den wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen des Staates*“ (Luxemburg GW IV: 442) stellt und einen Bezug zwischen den Räten und Rosa Luxemburgs Massentheorie schafft. Es liegt nahe, dass sich die Gruppe eher an den spontanen Räten Russlands des Jahres 1905 orientierte, deren Erscheinung in das Konzept der Revolution und der Diktatur des Proletariats einbaute und die Entwicklungen des Rätesystems zwischen 1917 und 1918 zur Vermeidung derselben Schwierigkeiten teilweise mit einflocht: Die Arbeiter_innen- und Soldatenräte sollten nach dem Spartakus-Modell sämtliche Organe der bürgerlichen Klassenherrschaft ersetzen, alle staatlichen Funktionen überwachen und jede Form staatlicher Bedürfnisse am proletarischen Klasseninteresse und den sozialistischen Aufgaben messen. Auf Betriebsbasis war selbiges angedacht. Der politische und der ökonomische Kampf würden so im Rätemodell vereint. (vgl. ebenda)

Als erste Maßnahmen zur Sicherung der revolutionären Situation Deutschlands 1918 sieht die Gruppe Spartakus umfassende Vorsichtsmaßnahmen gegenüber Aktionen der Reaktion vor. Die Gruppe Spartakus warf der Regierung Ebert/ Scheidemann vor, sie würde die Revolution dadurch gefährden, dass sie mit eben jenen paktierten, die vor der Ausrufung der Republik noch der Monarchie die Treue geschworen hatten. Spartakus schwebte demgegenüber ein kompletter Umbau in den Institutionen und die Ersetzung der Eliten durch Vertreter_innen der Masse vor. (vgl. Luxemburg GW IV: 398, 399; 445) Insbesondere wird die Notwendigkeit der Abschaffung des regierungstreuen Polizeiapparates, seine Ersetzung durch eine Arbeitermiliz und die Ausgrenzung von Offizieren aus den Soldatenräten hervorgehoben. Karl Liebknecht spricht der bisherigen Revolution überhaupt den Charakter einer sozialen ab und sieht in ihr eine bloß „bürgerlich-reformpolitische“ (Dähn 1975: 198).

Die theoretische Ausgestaltung der Räterepublik nach Spartakus sieht starken Basisbezug vor, doch finden sich auch leninistische Ansätze, die vor allem im hierarchischen Aufbau der Räte und in der Vermeidung einer Dezentralisierung zum Ausdruck kommen:

Zunächst war vorgesehen, die deutschen Einzelstaaten in einer einheitlichen sozialistische Republik zu vereinen. Die Organisation der Arbeiter_innen- und Soldatenräte sollte auf eine einheitliche Zentralregierung hin zugespitzt werden.

Konkret wurde angedacht, die gesamte erwachsene Arbeiter_innenschaft auf Betriebsebene Arbeiter_innenräte wählen zu lassen. Ebenso sollten die Soldaten unter Ausschluss ihrer Vorgesetzten Vertreter wählen. (vgl. Luxemburg GW IV: 446)

Den Arbeiter_innenräten übergeordnet wurde ein Zentralrat der Arbeiter_innen- und Soldatenräte vorgesehen, der von diesen beschickt werden sollte. Dessen Aufgabe war unter Anderem die Wahl eines Vollzugsrates, der das oberste Organ der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt darstellen würde. Der Zentralrat sollte mindestens in einem Abstand von drei Monaten zusammentreten, wobei seine Delegierten jedes mal neu gewählt werden sollten. Er sollte die ständige Kontrolle über den Vollzugsrat ausüben und eine lebendige Führung herstellen zwischen der Basis und ihrer Regierung. Die lokalen Räte sollten ein jederzeitiges Rückberufungsrecht ihrer Delegierten zum Zentralrat erhalten, der wiederum die Delegierten des Vollzugsrates jederzeit austauschen könne. (vgl. Luxemburg GW IV: 446; Dähn 1975: 203)

Luxemburgs eigene Position hierzu wird erst deutlich, wenn man zwei weitere Punkte mit in die

Überlegungen einbezieht. Einerseits ihre Auseinandersetzung mit der fehlenden demokratischen Ausgestaltung der postrevolutionären russischen Gesellschaft und schließlich ihre Position zur Nationalversammlung. Beide Positionen können zwar als Widerspruch zueinander gelesen werden, doch wir werden sehen, dass einiges dafür spricht, dass dieser Widerspruch nur ein scheinbarer ist.

2.3. Luxemburg in Auseinandersetzung mit Lenin- Zur Frage der Demokratie in der russischen Revolution

Die Kritik Rosa Luxemburgs an der Eliminierung demokratischer Elemente in der Praxis der russischen Revolution durch die Ideen Trotzki und Lenins ist für diese Arbeit von wichtiger Bedeutung. Ihr wurde viel Aufmerksamkeit gewidmet, insbesondere in den Luxemburg-Rezeptionen der vergangenen vierzig Jahre und führte zur sogenannten Theorie eines „dritten Weges“, eines demokratischen Weges zwischen der Haltung der deutschen Sozialdemokratie und den russischen Bolschewiki. Ihre kritische Haltung gegenüber Lenins Theorie wurde vielfach als Abgrenzung gegenüber den Ereignissen der russischen Revolution gewertet. (vgl. Rohjan 1995) Doch Rosa Luxemburg war trotz aller Kritik an bestimmten Schlussfolgerungen der russischen Revolution überzeugt von der Richtigkeit der Revolution der Bolschewiki im Oktober 1917. Ihr Schüler und Freund Paul Fröhlich beschreibt, Rosa Luxemburg habe bis zuletzt daran geglaubt, dass die Menschewiki angesichts der Deutlichkeit, mit der der Willen der Masse im Februar 1917 zutage trat, mit der Bourgeoisie brechen würden. Doch sie sah stattdessen, dass der Pakt, den sie mit der Bourgeoisie einging, gegen die Revolution benutzt wurde. Angesichts dieser Entwicklungen und des damit verbundenen „Outings“ der Menschewiki als bürgerliche Fortschrittspartei, hatten die Bolschewiki in ihren Augen das einzig Richtige getan und die Revolution gerettet. (vgl. Fröhlich 1967: 282, 283)²⁸

Tatsächlich distanziert sich Luxemburg von gewissen theoretischen Ergebnissen führender bolschewistischer Revolutionäre sowie von bestimmten Ereignissen der Revolution und deckt die mangelhaften Fähigkeiten der historisch- materialistischen Analyse und daraus ableitbarer revolutionären Taktiken der russischen Führung auf. Insbesondere kritisiert sie die Rolle der Partei in Lenins Theorie, deren Organisation sie als Gruppe von Verschwörer_innen auffasst. Die

28 Hierzu tritt die Tatsache, dass die von den Bolschewiki angestrebte Rhetorik bezüglich der Herrschaft der Masse durch die demokratischen Sowjets nicht gleich zu setzen war mit den Theorien einzelner ihrer Führungspersönlichkeiten. (vgl. Anweiler 1958: 180- 222)

ultrazentralistische, straffe Organisation der Partei, ihre elitäre Einstellung und Einmischungen in jegliche Organisation bis zur Basis ersticke jede Eigeninitiative im Keim und lasse die Revolution zu einer organisierten Sache einer elitären Minderheit verkommen. Auch die Auffassung Lenins von der Fabrik als Ausdruck für die Empfänglichkeit straffer Organisation des Proletariats teilt Luxemburg keineswegs. Gerade die Fabrik produziere „den Kadavergehorsam einer beherrschten Klasse“ (Luxemburg GW I, 2: 430) und sei als Ort zu verstehen, wo der Proletarier erst zu einem solchen werde. Dieses Stadium zu überwinden sei Ziel des Befreiungsschlags der unterdrückten Klasse. (vgl. Luxemburg GW I, 2: 422- 425, 430)

Als im Rahmen der Oktoberrevolution durch Lenins Bolschewiki die demokratischen Basisrechte ausgeschaltet wurden, kritisierte Luxemburg dies trotz der ebenso bemerkbaren Bewunderung für die Beseitigung des Zarenreiches und der Entscheidung der Frage der Herrschaft des Volkes durch die Etablierung der Sowjets mit deutlichen Worten. Sie befürwortet die Entscheidung der Bolschewiki, die Konstituante zu verhindern und eine Regierung der revolutionären Masse zu etablieren. Gleichzeitig kritisiert sie die mangelhafte Ausführung dieser „Volksregierung“ und die ablehnende Haltung gegenüber demokratischen Strukturen, die führende Bolschewiki an den Tag legten. Wenn Trotzki etwa die Meinung vertrete, dass jede gewählte Vertretung stets „(...) *die geistige Verfassung, politische Reife und Stimmung ihrer Wählerschaft just in dem Moment, wo sie zur Wahlurne schritt*“ (Luxemburg GW IV: 354) widerspiegele, so vergesse er die Tatsache, dass hinter jeder gewählten Vertretung stets die Masse stehe, die hinter dem Vertretungsorgan als Korrektiv fungiere. „*Und je demokratischer die Institution, je lebendiger und kräftiger der Pulsschlag des politischen Lebens der Masse, um so unmittelbarer und genauer die Wirkung*“ (ebenda: 355). (vgl. ebenda: 354, 355)

Luxemburgs Kritik geht noch weiter und betrifft die Frage nach allgemeinen Wahlen. Allerdings kritisiert sie das von den Bolschewiki ausgearbeitete Wahlrecht ob seiner zweifelhaften Ausgestaltung. Das Wahlrecht an die Gegebenheit einer Arbeit in einem Betrieb zu knüpfen berechtige nicht zur Bezeichnung der Wahlen als „allgemein“, ebenso wenig werde die Regelung bei Russlands maroder Wirtschaft zu repräsentativen Ergebnissen führen. Realistisch betrachtet werde lediglich eine Entrechtung und Ausgrenzung breiter Schichten der Gesellschaft erzeugt. Im Rahmen dieser Ausführungen erklärt sich Luxemburg bereit zu akzeptieren, dass eine gewisse Entrechtungen bürgerlicher Kräfte zur Festigung der Revolution und um reaktionären Widerstand

zu brechen von gewisser Notwendigkeit sein können. Dennoch, „(...) *eine Entrechtung nicht als konkrete Maßnahme zu einem konkreten Zweck, sondern als allgemeine Regel von dauernder Wirkung, das ist nicht eine Notwendigkeit der Diktatur, sondern eine lebensunfähige Improvisation*“ (Luxemburg GW IV: 358). Am Rande zu dieser Feststellung notierte Luxemburg die nicht weiter ausgeführten Worte: „*Sowohl Sowjets als Rückgrat, wie Konstituante und allgemeines Wahlrecht*“ (ebenda: 358 Fußnote 1). Ob Luxemburg hiermit die ihrer Meinung nach dem Willen der Masse entsprechende organisatorische Ausgestaltung der Diktatur des Proletariats meint, kann nicht abschließend geklärt werden. Allerdings kann die oben angeführte Kritik am Wahlrecht durchaus als Plädoyer für eine Konstituante, die nach allgemeinem Wahlrecht funktioniert, verstanden werden.

Rosa Luxemburgs Kritik trifft ebenfalls die „(...) *Abschaffung der wichtigsten demokratischen Garantien eines gesunden öffentlichen Lebens und der politischen Aktivität der arbeitenden Massen*“ (Luxemburg GW IV: 358). Durch die Aussetzung von Rechten wie Pressefreiheit und Vereins- und Versammlungsrecht verhindere die Regierung die Herrschaft der breiten Massen des Volkes, die sie aber vorgibt geschaffen zu haben. Für die Auslegung der Diktatur des Proletariats nach Luxemburg stellen genau diese Rechte „*das Lebenselement, die Luft, ohne die sie nicht zu existieren vermag*“ (ebd.: 359) dar.

Eine weitere Ableitung ergibt sich aus den Ausführungen Luxemburgs zur russischen Revolution, die für die Frage nach ihrer Auslegung der Diktatur des Proletariats von zentraler Bedeutung scheint. Der zentrale Punkt, den Luxemburg als ihre Unterscheidung zur Diktaturtheorie Trotzki und Lenins nennt, ist deren stillschweigende Annahme, dass die sozialistische Umwälzung nach einem Rezept erfolgen könne, das nur begriffen und umgesetzt zu werden brauche. Doch nach Rosa Luxemburg stellt die Verwirklichung des Sozialismus eine Sache dar, die „*völlig im Nebel der Zukunft*“ (Luxemburg GW IV: 359) liege. Wissenschaftliche Analysen, Parteiprogramme und ähnliches würden nur dazu dienen, zu eruieren was zu beseitigen sei, um die Rahmenbedingungen für die Entfaltung der sozialistischen Wirtschaftsform zu schaffen. (Vgl. ebd.)

Die Diktatur des Proletariats würde im Sinne der sozialistischen Bewegung *Diktatur* ausüben müssen. Doch diese Diktatur sei die „*Diktatur einer Klasse, d.h. in breitester Öffentlichkeit, unter tätigster ungehemmter Teilnahme der Volksmassen, in unbeschränkter Demokratie*“ (Luxemburg GW IV: 363).

2.4. Die Position Luxemburgs zur Schaffung einer Nationalversammlung

Als Reichskanzler Max von Baden sein Amt an Friedrich Ebert abtrat, hielt er im selben Erlass, in dem er Ebert als neuen Reichskanzler nannte, den Vorschlag zur Schaffung einer verfassungsgebenden Nationalversammlung fest. Dieser wurde im Rahmen des ersten Reichsrätekongresses auf Vorschlag der Mehrheitssozialdemokratie und mit der Zustimmung eines Teiles der „rechten“ Unabhängigen Sozialdemokratie angenommen. Man sprach sich für die Wiederherstellung von Ordnung, Sicherheit und Wirtschaft aus und gegen die Aufrechterhaltung der unerprobten Arbeiter_innen- und Soldatenräte. Die größte Angst der Mehrheitssozialdemokratie, die Bildung einer vermeintlich drohenden *Bolschewisierung* der Revolution, sollte mit allen Mitteln verhindert werden. Da man glaubte, der Volkswille sei anders nicht zu verwirklichen, hielt man an einem bürgerlichen Konzept einer parlamentarischen Republik fest und lehnte es ab, das Räteexperiment zu wagen. Schließlich fiel so die Entscheidung für eine bürgerliche Ordnung und gegen eine proletarische, deren Existenz mit Waffengewalt durch ehemalige Reichstruppen und auf Befehl der neuen, „sozialdemokratischen“ Regierung beendet wurde. (vgl. Müller 1976: 214, 216)

Für die Gruppe um Rosa Luxemburg hatte sich die Mehrheitssozialdemokratie mit dieser Vorgehensweise endgültig disqualifiziert und als Instrument der Gegenrevolution bekannt. Die Sozialdemokratie habe an der Arbeiter_innenbewegung Verrat begangen, indem sie sich zwar ein marxistisches Programm²⁹ gegeben hatte, aber sich gleichzeitig praktisch- politisch von ihren Grundsätzen- für Rosa Luxemburg das Festhalten am sozialistischen Endziel und der damit verbundenen sozialen Revolution- immer weiter verabschiedet hatte. Bereits als sich die Sozialdemokratie zum Paktieren mit den konservativen Kräften zum Ziel der Bewilligung der Kriegskredite zusammenschloss, war für Luxemburg eine Zusammenarbeit nicht mehr wirklich möglich. Eine Partei, die auf einem Programm mit marxistischer Ausrichtung basiere, könne unmöglich den imperialistischen Charakter dieses Krieges verkennen. Eine solche Partei müsse im Sinne des internationalen Proletariats agieren und diesen Krieg als nationalistische Aktion konservativer Kräfte und des Expansionsdranges verdammen. (vgl. u.a. Luxemburg GW IV: 63-74; 121-132; 135; 171-180; 181; 190- 193;)

Als nun die Regierung Ebert/ Scheidemann die Schaffung einer Nationalversammlung vorschlug,

29 Programm von Erfurt vgl. Url Programm von Erfurt

trat Rosa Luxemburg, wie ihre Mitstreiter_innen vom Spartakusbund in Opposition zu diesem Vorschlag. (vgl. Luxemburg GW IV: 460- 463) Dabei scheint Rosa Luxemburg nicht jede Form der Volksvertretung abgelehnt zu haben, wie sich auf ihrer scharfen Kritik an der bolschewistischen Revolution ergibt, sondern tatsächlich ging es ihr in ihren Reden gegen die Nationalversammlung um die Verhinderung dieses einen speziellen Vorschlags, der Ebert und Scheidemanns Sozialdemokratie an den Schalthebeln und ein repräsentatives bürgerliches Modell vorsah.

Ihre Entscheidung, die konstituierende Nationalversammlung der „Scheidemänner“ verhindern zu wollen, lässt sich sowohl durch die historischen Ereignisse, als auch durch die theoretischen Differenzen innerhalb der Bewegung erklären:

Luxemburg kritisiert in ihrem Beitrag zur Frage „Nationalversammlung oder Räteregierung“ (Luxemburg GW IV: 460- 463) die Vorstellung der Mehrheitssozialdemokratie, im Rahmen eines bürgerlichen politischen Systems und bei aufrechter kapitalistischer Produktionsweise mithilfe von Reformen den Sozialismus einzuführen. Wie bereits unter III. 1. ausführlich geschildert, ist Rosa Luxemburg nicht nur der Meinung, die Geschichte führe zu einer neuen Produktionsweise und zu einem proletarischen politischen System, sondern auch, dass der reformistische Gedanke als verdeckt bürgerliche Strömung aufgefasst werden könne, der in weiterer Folge einen bürgerlich-proletarischen Konsens zementiere. Dem Glauben an eine parlamentarische Volksvertretung stellt sie den Willen der Masse gegenüber. Dieser Massenwille sei zu befolgen und nicht zurück in ein bürgerliches Parlament zu sperren, wenn er offen gezeigt sein wolle. Die Masse solle sich ihr Herrschaftsorgan selbst auswählen und habe dies, durch die Organisation in Räten, ihres Erachtens bereits deutlich getan. (vgl. Kapitel III. 1.; Luxemburg GW IV: 399; 460; 463;)

Darüber hinaus wurden die linken Gruppierungen der Unabhängigen Sozialdemokratie von der neuen Regierung diskreditiert und betrogen. Paul Fröhlich und Richard Müller geben zusätzlich Aufschluss über die Ereignisse um den Dezember 1918, die zu Rosa Luxemburgs Ablehnung gegenüber der Mehrheitssozialdemokratie und ihrer Zukunftsvorstellung beigetragen haben mögen.

Fröhlich interpretiert die Ereignisse seit Beginn der Revolution als schrittweise Umgarnung der Mehrheitssozialdemokratie durch die konterrevolutionären bürgerlichen Kräfte, die der Sozialdemokratie ihre vermeintliche Unterstützung nur zusagten, um im richtigen Augenblick die Regierung wieder an sich zu reißen. Zum Zwecke der Sicherung ihrer eigenen Interessen schloss

Friedrich Ebert noch am selben Tag, an dem er an die Spitze der Revolutionsregierung gestellt wurde, einen Pakt mit dem Generalstab der Armee. Im Ernstfall solle die Ordnung in der neuen Republik mithilfe militärischer Mittel wiederhergestellt werden. (vgl. Fröhlich 1967: 309)

Auch Richard Müller lässt kein gutes Haar an der Mehrheitssozialdemokratie unter Scheidemann und Ebert und bestätigt die Aussagen Fröhlichs. Er beurteilt die Entscheidungen der Regierung nicht als den Versuch, den Willen der Massen zu eruieren und diesem gemäß zu handeln, sondern vermutet hinter der Regierung ein von konservativen Kräften festgelegtes Programm, das der Übergabe der Regierungsgeschäfte an Ebert als Bedingung angeknüpft war. (vgl. Müller 1976: 114-134; Nachdruck der Urkunden zu Kaiser Wilhelms II. Abdankung in: Müller 1976: 224)

Im Rahmen dieses Programmes stand auch die Bedingung der Wiederherstellung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung in Deutschland, zu deren Annahme sich Ebert und Scheidemann unter anderem aufgrund der Aussichten auf günstige Bedingungen für den Friedensschluss veranlasst fühlten. Um diese herzustellen, bedienten sie sich, so belegen es Müller und Fröhlich, zunehmend unlauterer Mittel. Dauernde Falschmeldungen im 'Vorwärts' und eine regelrechte Hetze gegen Spartakus, die schließlich in Aufrufe zum Mord an den Spartakusbündler_innen mündete, wurden um den Reichsratskongress herum zur Tagesordnung. Auch wenn die Falschmeldungen nicht direkt mit der Führung der Mehrheitssozialdemokratie in Verbindung gebracht werden können, wurden sie von diesen auch nicht richtig gestellt, verhindert oder umgedeutet. Meldungen kursierten, die das Gerücht betrafen, dass die Alliierten den Ausbruch einer Hungersnot lediglich dann verhindern würden, wenn Deutschland sich die Verfassung einer parlamentarischen Demokratie gebe. Andere Meldungen wurden von Anhänger_innen der Mehrheitssozialdemokratie sogar bewusst in die Welt gestreut. Solche etwa, die bekannten Spartakist_innen kriminelle Tätigkeiten unterstellten und so den Spartakusbund diffamierten und die verantwortlichen Spartakist_innen behördlicher Verfolgung aussetzten. (vgl. Müller 1976: 114, 115;) Die Erzeugung von Angst und Schrecken wurden fast so wie zu Zeiten des Sozialistengesetzes zu einem Instrument der Politik. Fast täglich wurden Nachrichten über Putschversuche durch die Spartakist_innen bekannt. Demonstrationen wurden unter diesem Vorwand verhindert oder blutig aufgelöst. (vgl. Fröhlich 1967: 320- 323)

Als der Reichsrätekongress über die Nationalversammlung abstimmte und die Wahlen auf den 19. Januar festlegte, erkannte Rosa Luxemburg, dass die Agitationen der Gruppe Spartakus zu weit

gegriffen waren. Sie deutete das Verhalten der Arbeitenden, die Ebert/ Scheidemann, trotz der zahlreichen Versuche einer Richtigstellung der Positionen der Spartakusgruppe, zu unterstützen schienen, als Zeichen für ihre noch mangelhafte Aufklärung und führte dies wiederum darauf zurück, dass einzigartig in der Geschichte „ (...) *die Schutztruppen der alten Ordnung nicht unter eigenen Schildern und Wappen der herrschenden Klassen, sondern unter der Fahne der sozialdemokratischen Partei* (...) (Luxemburg GW IV: 469) in die Auseinandersetzung eintraten. Luxemburg erkannte hinter Ebert und Scheidemann eine Gefahr für die proletarische Revolution und trat nun mit allen Mitteln gegen die Institutionalisierung von deren Macht im Rahmen der Nationalversammlung ein. Als Luxemburg bemerkte, dass die Wahlen nicht zu verhindern waren, trat sie für deren Instrumentalisierung ein. Die Wahl zur Nationalversammlung könne und müsse nun dazu genutzt werden, über deren Umstände zu informieren, Ebert und Scheidemann zu enttarnen und die Menge wieder auf Kurs zu bringen. Luxemburg sprach sich deswegen zu allen Zeitpunkten gegen einen im Raum stehenden Boykott der Wahlen durch den Spartakusbund aus. Sie war nicht überzeugt, dass diese Aktion von den Massen getragen würde. (vgl. Luxemburg GW IV: 481) Im Endeffekt wurde die Beteiligung der KPD an den Wahlen gegen Luxemburgs Vorschlag und trotz flammender Rede mit überwiegender Mehrheit abgelehnt. (vgl. Weber (Hg.) 1993: 41)

2.5. Diktatur des Volkes oder Diktatur des Proletariats? Ein weiteres Zwischenfazit.

Rosa Luxemburgs Vorstellung von der Diktatur des Proletariats erscheint kein einziges Mal so lebendig und ausgereift wie in den Novembertagen des Jahres 1918. Mit der tatsächlichen Abdankung des Kaisers und der Übergabe der Amtsgeschäfte des Reichskanzlers an einen „Sozialdemokraten“ reichen die tatsächlichen revolutionären Ereignisse erstmals an die theoretischen Überlegungen heran und können sich gegenseitig befruchten. Das Proletariat errang erste Siege, organisierte sich und beteiligte sich im Rahmen spontan gebildeter Räte am öffentlichen Leben. Rosa Luxemburg sah hier die Parallele zum russischen Rätemodell und sah in der Selbstorganisation der Arbeiter_innen und Soldat_innen den Willen der Masse verwirklicht. Der Zeitpunkt gegen Ende des Krieges schien ihr zudem eine Bestätigung ihrer Theorie vom Untergang des Kapitalismus durch eine große Krise.

Als die sozialdemokratisch deklarierte Regierung Ebert und Scheidemann die konstituierende Nationalversammlung als Ablösung für das Rätemodell und als zukünftiges Regierungsmodell gegen den Willen der übrigen Koalitionspartner durch zu pressen begannen, sah Rosa Luxemburg darin einen Betrug gegenüber der Masse, die die Demokratie in die Straßen verlagert hatte und einen Verlust für die Revolution. Für sie galt es diese Regierung und ihre Nationalversammlung zu verhindern, die den in den Straßen offenkundig vertretenen Willen der Revolution zurück in die Schranken einer Politik der Zugeständnisse und des Abwägens verweisen wollte.

Rosa Luxemburg stand nicht erst seit den Anfängen der Revolution auf dem Standpunkt, eine eigene proletarische Ordnung sei vonnöten. Auch im Umgang mit den Ergebnissen der russischen Revolution war sie der Ansicht, das *Proletariat* bilde die Masse und ein Ausschluss der bürgerlichen Schichten sei zur Festigung der Revolution notwendig. Dennoch ziele der sozialistische Gedanke auf die vollkommene Überwindung von Herrschaft in Form von Unterdrückung bestimmter Schichten und könne daher nicht in einem Stadium verweilen, wo Teile einer Gesellschaft von der Partizipation an den Belangen, die sie betreffen, ausgeschlossen sind.

Da Luxemburg aufgrund ihres strengen Glaubens an die Macht der Masse der Meinung war, Revolutionen ließen sich nicht schulmeistern, war sie wohl auch der Meinung die Partei dürfe nicht über die weiteren Schritte Vorgaben machen. Die Masse habe sich mit der Bildung der Räte eine neue, proletarische Organisationsform geschaffen. Diese auszureifen und zu konservieren sei nun die weitere Aufgabe. Rückschritte in das bürgerliche System müssten, indem die Partei ihre Aufgabe als Aufklärerin über die wahren proletarischen Ziele wahrnehme, verhindert werden.

Die Schaffung einer Volksvertretung scheint Luxemburg vorzuschweben, wie sie es in ihrer vielbeachteten Schrift zur Revolution in Russland andeutet. Diese müsse aber, bezieht man Luxemburgs vorherige Denkschritte mit ein, auf der Basis des proletarischen Organisationsmodells beruhen. Hierin kann man bereits erste Schritte zur Aufhebung von Herrschaft sehen. Man kann Rosa Luxemburgs Gedanken zur Volksvertretung und zur Einbeziehung der vielbeachteten „Anderen“ in den Zusammenhang mit der Aufhebung der Klassengesellschaften stellen. Mithilfe dieser Sicht kann zumindest ein Vorwurf in der Luxemburgforschung umgangen werden, nämlich jener, Rosa Luxemburg habe in den revolutionären Herbst- und Wintermonaten 1918/ 1919 ihre bisherigen Grundsätze über Board geworfen und habe sich sozusagen „bolschewisiert“. Bezieht man ihre Überlegungen vor der Revolution mit ein, lässt sich erkennen, dass Rosa Luxemburgs Überlegungen stets demselben roten Faden folgen. Schließlich lässt sich so auch verstehen, wie Rosa Luxemburg sich das Ende der Klassenherrschaft vorgestellt haben könnte. Die Entwicklung hin zur schrittweisen Einbeziehung der gesamten Gesellschaft in politische (und, durch die spezielle Ausgestaltung der Räte ohne Gewaltentrennung in sämtliche gesellschaftliche) Prozesse ermöglicht eine Auflösung von Über- und Unterordnung und lässt eine konkrete Möglichkeit zur Beendigung von Klassenherrschaft möglich werden.

Diese Feststellung schafft die Überleitung zum nächsten Kapitel und zur Frage, ob die Idee der herrschaftsfreien Gesellschaft auch als die ultimative demokratische Gesellschaft verstanden werden kann bzw. verstanden wurde.

3. Die herrschaftsfreie und klassenlose Gesellschaft- Gipfel des demokratischen Denkens?

Genau genommen stellt dieses Kapitel nur einen Ausblick dar. Es muss bei diesem aus zweierlei Gründen bleiben:

Einerseits setzt die Tatsache, dass es sich bei der hier vorliegenden Arbeit um die Abschlussarbeit einer Diplomandin handelt, dem Unterfangen schon von vornherein eine Grenze bezüglich seines Umfangs und seines Zeitaufwandes. Andererseits ergibt sich für diese konkrete Diplomarbeit eine Grenze aus der bearbeiteten Materie, die die Autorin Rosa Luxemburg selbst gesetzt hat, wie wir sehen werden.

Das Kapitel entfernt sich wieder ein wenig von den Schriften Luxemburgs und stellt sich die Frage, wie die Gesellschaft der Freien und Gleichen, die neue Gesellschaftsordnung also, angedacht gewesen sein könnte. Dass dieses Unterfangen eine ganze Diplomarbeit hätte füllen können, liegt auf der Hand. Zahlreiche verschiedene Sichtweisen, Ansätze, Deutungen könnten hier erarbeitet werden. Zu Zwecken eines Abschlusses der hier behandelten Materie stützt sich dieses Kapitel hauptsächlich auf die Ursprünge der Diskussion bei Karl Marx und Friedrich Engels und führt Rosa Luxemburgs Überlegungen zu einer Demokratisierung sämtlicher gesellschaftlicher Bereiche durch ein Räte-System mit den allgemeinen Ansichten zur herrschaftsfreien Gesellschaft zusammen. Schließlich soll über aktuelle Überlegungen in diesem Zusammenhang ein Überblick geboten werden.

Rosa Luxemburg setzt dieser abschließenden Einführung vor allem deswegen eine Grenze, da sie selbst andeutet, dass die Ausgestaltung der neuen Gesellschaftsordnung im „*Nebel der Zukunft*“ liege (Luxemburg GW IV: 359). Sie lässt damit anklingen, sie habe keine weiterführenden Gedanken zur Ausgestaltung einer neuen Gesellschaftsordnung machen wollen. Dieses letzte Kapitel behält es sich daher vor, den Charakter einer Heranführung an das Thema anzunehmen und stellt die These auf, dass sich Ableitungen aus den obigen Kapiteln machen lassen.

3.1. Herrschaftsfreie Gesellschaft

3.1.1. Herrschaft und Überwindung von Herrschaft im marxistischen Verständnis

Im Zuge dieser Arbeit wurde an mehreren Stellen bereits der Begriff der Herrschaft bei Karl Marx beleuchtet und es muss darum hier nur mehr in aller Kürze darauf eingegangen werden.

Karl Marx erklärt die Entstehung, Entwicklung und schließlich Überwindung von Herrschaftsverhältnissen als im Zusammenhang mit der Produktionsweise einer Gesellschaft stehend. Das Auseinanderklaffen von Produktionsmittelbesitzenden und Produzierenden bewirkt die Über- und Unterordnung innerhalb einer Gesellschaft. Die Bündelung des Besitzes an Produktionsmitteln in den Händen der Kapitalist_innen bewirkt deren Überlegenheit gegenüber den von in ökonomische Abhängigkeit gedrängten arbeitenden und produzierenden Teilen der Gesellschaft. So vereinfacht sich in der bürgerlichen Gesellschaft der Gegensatz zwischen Herrschenden und Beherrschten, indem sich im Grunde nur zwei antagonistische Klassenblöcke ausbilden. (vgl. Hösler 1998; Goldschmidt 2004: 94, 95)

Da die jeweiligen Klassen aufgrund ihrer verschiedenen sozialen Stellungen unterschiedliche Interessen verfolgen, befinden sie sich in ständiger Auseinandersetzung miteinander. Diese Auseinandersetzung der Klassen wird als *Klassenkampf* bezeichnet, in welchem beide Seiten aktiv involviert sind. Der Klassenkampf ende regelmäßig mit der Durchsetzung einer Seite oder dem Untergang beider. Auch, wenn für Marx der Klassenkampf in allen Klassengesellschaften vorhanden war, so erlangt er im Kapitalismus durch seine Rolle bei der Überwindung der Klassengesellschaft besondere Bedeutung. (vgl. Barker 2008: 836-839)

Die Formen des Klassenkampfes sind vielfältig und reichen von gesetzlich anerkannten Mitteln, wie etwa im Rahmen der parlamentarischen Demokratie die Teilnahme an dieser, bis hin zu umstrittenen Mitteln, wie Revolten und Aufständen oder Massenstreiks, wie Rosa Luxemburg später hinzufügt. Der Klassenkampf nimmt nicht immer kollektive Formen an, jedoch wenn es der Fall ist, dann am ehesten dort, wo sich Gelegenheiten dazu bieten. (Sklavenquartiere, Gemeindebauten oder aber der Arbeitsplatz). (vgl. Barker 2008: 840) Neben unmittelbaren Konfliktanstößen trägt der Klassenkampf eine generelle Möglichkeit in sich, die bestehenden gesellschaftlichen Übereinkünfte an sich zu hinterfragen und zu verändern. Mögen daher

unmittelbare Kämpfe nur kurzlebige oder seltene Siege provozieren, legen sie mit der *„immer weiter um sich greifenden Vereinigung der Arbeiter“* (Marx zitiert nach Barker 2008: 841) den Grundstein für eine alternative Gesellschaftsordnung. (vgl. ebenda)

Während in den vorkapitalistischen Gesellschaften die Menschheit fast zufällig neue Produktionsweisen entdeckte, ist Marx der Meinung, dass die sozialistische Revolution einen selbstbewussteren Grad der Organisation und des Selbstbewusstseins voraussetzt, was wiederum ihren Ausgang und Zweck einzigartig mache. Das klassenbewusste Proletariat, das von den Reichtümern und der Herrschaft ausgeschlossen ist, die Unvereinbarkeit der Entwicklung von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen und die Vollendung des Weltmarktes führen schließlich zur Überwindung nicht nur der bürgerlichen Gesellschaft, sondern beenden damit die gesamte Geschichte der Klassengesellschaften. (vgl. Barker 2008: 842)

3.1.2. Herrschaftsfreie Gesellschaft- eine Gesellschaft ohne Organisation?

Aus den ursprünglichen Ausführungen von Karl Marx zu der auf das Ende der Klassengesellschaften folgenden Gesellschaftsformation ergeben sich zahlreiche Probleme, die aufgrund der Kürze dieser Arbeit unmöglich alle zur Sprache gebracht werden können.

Marx und Engels trennen Herrschaft und Macht nicht sauber voneinander. Diese getrennte Auffassung der beiden Begriffe würde es jedoch ermöglichen, ein Problem neu zu erfassen, das Marx nicht deutlich genug herausgearbeitet hat und welches dennoch vielfach die Vorstellung von der herrschaftsfreien Gesellschaft zu einer Idealvorstellung und realitätsfernen Utopie verkommen lässt: das Problem der Ordnung einer Gesellschaft von Gleichen und Freien, wenn Staat und Recht als organisierende Elemente oder Plattformen wegfallen. Karl Marx war viel zu sehr Realist, um sich von einer idealisierten Traumvorstellung blenden zu lassen. Vielmehr war er ein Mensch, der seine Gedanken logisch zu Ende führte. So gelangte er zu einem modernen Kommunismus als Fluchtpunkt, der die Errungenschaften der modernen Gesellschaften in sich aufhebt.

Leider sind die Ausführungen zur herrschaftsfreien, klassenlosen Gesellschaft nur fragmentarisch geblieben. Einmal wird sie beschrieben als das *„(...) demokratische und segensreiche System der*

Assoziation von freien und gleichen Produzenten“(MEW 16b: 195), „(..) welche die Klassen und ihren Gegensatz ausschließt..“ und in der es „keine eigentliche Gewalt mehr geben (...)“ wird, „weil gerade die politische Gewalt der offizielle Ausdruck des Klassengegensatzes innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft ist“ (MEW 4a: 181, 182). An anderer Stelle schreibt Marx über die stufenweise Entwicklung hin zum Kommunismus: „Freie Individualität, gegründet auf die universelle Entwicklung der Individuen und die Unterordnung ihrer gemeinschaftlichen gesellschaftlichen Produktivität, als ihres gesellschaftlichen Vermögens, ist die dritte Stufe, der Kommunismus. Die zweite schafft die Bedingungen der dritten.“ (Marx zitiert nach Bluhm 2005: 74) Freiheit spielt eine wesentliche Rolle in der Überlegung zur neuen Gesellschaftsformation. Freiheit wird aufgefasst als Negation der kapitalistischen Freiheit, die für Marx und Engels nur eine „formelle Freiheit“ darstellt. Sie ist in Wahrheit nur als Freiheit der Kapitalbesitzenden von Eingriffen des Staates konzipiert und trifft genau deswegen den Lohnarbeitenden nicht, der trotz aller Freiheitsforderungen des liberalen Gedankens aufgrund ökonomischer Zwänge der besitzenden Klasse unterworfen bleibt. So etwas wie Freiheit beginne für den Lohnarbeitenden erst in seiner Freizeit und dort, wo Arbeit von ihrer Notwendigkeit abgekoppelt ist:

„Das Reich der Freiheit beginnt in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört; es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion. (...) Aber es bleibt dies immer in Reich der Notwendigkeit. Jenseits desselben beginnt die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt, das wahre Reich der Freiheit, das aber nur auf jenem Reich der Notwendigkeit als seiner Basis aufblühen kann. Die Verkürzung des Arbeitstages ist die Grundbedingung.“ (MEW 25: 828)

Freiheit, verstanden als *wirkliche* Freiheit, als Art der individuellen Selbstentfaltung, erreichen die Lohnarbeitenden nur durch ihre Emanzipation vom Kapital. Dabei setzt Marx nicht auf die Ausdehnung menschlichen Elends auf alle oder eine Art der Selbstgeißelung und Verleugnung des menschlichen Wesens, sondern er betont neben der materialistischen eine individualistische Komponente seines Kommunismusverständnisses. Ein Kommunismus, der sich durch „*rohe Gleichmacherei*“ (MEW 4b: 489) auszeichne und auf „*gewaltsame Weise von Talent etc.*“ (MEW 40: 534) abstrahiere, schwebt ihm dabei nicht vor. Doch auch andere „falsche“ Formen des Sozialismus kritisiert Marx lebhaft. Er verurteilt nicht nur einen etatistischen, wie einen

antiindividualistischen Kommunismus, sondern lehnt gleichzeitig einen christlich- gefühlsbetonten, wie einen unpersönlich- dogmatischen Zugang dezidiert ab. In dieser Kritik zeigt sich Marx Menschenbild als nüchtern realistisches, er betont sein bedürfnisorientiertes Wesen und leitet daraus ab, dass eine Unterdrückung der natürlichen Triebe des Menschen zu keiner Form von Freiheit führen könne. Auch ein kleinbürgerlicher, reformistischer Zugang, der lediglich das Verhältnis von Mensch und Arbeit neu fasse und dabei die Gesellschaft zu einem abstrakten Kapitalisten verforme, ist ihm zuwider. Schließlich ist das Ziel eine Emanzipation des Menschen überhaupt und nicht des Lohnarbeitenden alleine. (vgl. Wallat 2009: 271-273; 279; Müller 1985: 79)

Wie nun Marx „seinen“ Kommunismus erwartet, lässt er weitgehend offen.³⁰ Fakt ist, dass das Ziel ein emanzipiertes menschliches Dasein ist, in dem jedes Individuum seine freie Entwicklung genießen kann. Da Marx die Entwicklungen einer Gesellschaft einerseits als Motor zu ihrer Überwindung betrachtet und andererseits als Basis für die darauffolgende Gesellschaftsform, scheint einiges dafür zu sprechen, dass Marx die demokratische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft als Basis nicht nur für die proletarische Revolution ersinnt, sondern auch als Basis für deren Aufhebung und Überwindung sieht. Gleichzeitig bewirkt die demokratische Einbeziehung aller Interessen im Rahmen der neuen Produktionsform ihre eigene Aufhebung. Wie steht es nun mit einer Gesellschaftsform, deren Ausgestaltung keine Herrschaftsverhältnisse mehr kennt und daher keine Überbau- Elemente wie Recht und Staat, die ein Zusammenleben organisieren?

Will man Marx nicht auf die Stufe eines Träumers stellen, der sich am Ende der Geschichte einen Garten Eden vorphantasiert, so ist anzunehmen, dass die neue Gesellschaftsform eben nicht ein phantastisches Schlaraffenland ohne Probleme, Konflikte, Kämpfe und Politik darstellt, sondern die weiterhin bestehenden Widersprüche anders entschieden werden als eben durch Unterdrückung und Herrschaft einer Klasse. (vgl. Mandel 2008: 894) Für den Verbleib einer Organisationsform spricht auch Engels Aussage, die Regierung über Menschen werde abgelöst durch eine Verwaltung von Sachen. (vgl. MEW 19: 224) Will man gleichzeitig Karl Marx nicht in der Rolle eines Propheten, sondern als einen Analysten sehen, aus dessen Ergebnissen sich höchstens Prognosen ableiten lassen über Zukünftiges, erscheint die Tatsache, dass Marx' Ausführungen über die herrschaftsfreie Gesellschaft Offenheit bewahrte, als wissenschaftlich und seriös. Künftige Generationen sollen die Methode verwenden um ihre eigene Umwelt zu analysieren und die Theorie weiter zu entwickeln.

30 Luxemburg deutet dies später als Notwendigkeit, da der Zustand der herrschaftsfreien Gesellschaft das Ergebnis einer Entwicklung und Entwicklung selbst darstellt.

Sie erscheint als Grundlage einer Betrachtungsweise, die Anstoß gibt zu weiterführendem Denken. Daneben dient sie dazu, bestehende Verhältnisse zu kritisieren und lässt wenig hinterfragt. Die Frage nach der herrschaftsfreien Gesellschaft muss, wie zu Beginn dieser Arbeit bei Galeano abgeschaut, dazu dienen, sich auf den Weg zu machen und Entwicklung kritisch zu betrachten. Die endgültige Antwort wird die Geschichte der Menschheit und die Entwicklung der Produktionsweise bringen, da sie tatsächlich im „*Nebel der Zukunft*“ (Luxemburg GW IV: 359) liegt. (vgl. Wallat 2009: 282, 283)

3.2. Demokratisierung als Mittel des Klassenkampfes und Motor für die Überwindung von Klassengegensätzen

Rosa Luxemburg nahm die Überlegungen Karl Marx' zu einer Überwindung der Klassengesellschaft auf und entwickelte sie weiter. Sie erkannte wohl, dass die schrittweise Demokratisierung der kapitalistischen Gesellschaft als Beitrag hin zur Auflösung von Herrschaft dienlich sein würde. (vgl. oben Kapitel III. 2. Diktatur des Proletariats) Ihre eigene Definition von Demokratie verwirklicht diese Sichtweise:

Die Verlagerung von Volksentscheidungen aus den Institutionen auf die Straße und von dort wiederum in die Räte wertet sie als Entwicklung von Demokratie in die Richtung einer „*wahren*“ Demokratie (Luxemburg GW IV: 463), wobei die *wahr* gewordene Demokratie auch als die Möglichkeit der Teilhabe all jener an ihr, die sich für sie engagieren, gedeutet werden muss. Die Institutionalisierung von Demokratie in den Räten von 1918 stellt hierbei deswegen keinen Widerspruch dar, da die Herrschaftsinstrumente ja Ausdruck der Herrschaftsverhältnisse auch des Proletariats darstellen. Als solches ist die Stabilität der Diktatur des Proletariats als letzte Klassengesellschaft notwendigerweise von der Errichtung von eigenen Institutionen abhängig. Die Elemente direkter Demokratie und ungehinderte Ausübung von Freiheitsrechten bilden nach Luxemburg aber nicht nur die Grundlage dieser letzten Herrschaft (vgl. Luxemburg GW IV: 358), sondern lassen sich als herrschaftsüberwindende Instrumente betrachten.

Als Praktikerin stellte sich Luxemburg in erster Linie die Frage nach einer praktischen Umsetzung der theoretisch erschlossenen Erkenntnis von einem Ende der Geschichte der Klassengesellschaften. Dass der Weg dorthin eine schrittweise Ausweitung der demokratischen Bestimmung über Produktion, Politik und Organisation bedeuten könnte, lässt sich meines Erachtens durchaus aus Luxemburgs theoretischem Gebäude ableiten. In einem ersten Schritt würde so eine *quantitative*

Ausweitung der demokratischen Mitbestimmung erreicht- nämlich die Vertretung aller bisher nicht zugelassenen Interessen im Parlament durch eine Partei der Massen, die Er kämpfung des allgemeinen Wahlrechts, die Freiheit der Wahlen und die Ausweitung der demokratischen Rechte auf alle Klassen. Alles dies vollzieht sich noch im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft.

Gleichzeitig kann so der Grundstein für eine *qualitative* Ausweitung demokratischer Rechte gelegt werden, da mit der Ausweitung der Beteiligung an politischen Prozessen auch ein Reifungsprozess einhergeht, der die Masse aufklärt und das sozialistische Endziel begreifen lässt. Praktisch könnte dies bedeuten, dass mit der Ausweitung der Beteiligung an demokratischen Prozessen auch das Interesse und der Wille, die Mitbestimmung auch auf andere Bereiche der bürgerlichen Gesellschaft auszuweiten, gefördert werden. Gemeinsam mit einer Demokratisierung von Betrieben und einer kollektiven Verwaltung des gesellschaftlichen Reichtums könnte eine umfassende Demokratisierung der Gesellschaft eine soziale Revolution bewirken, die sich völlig neu gestaltet, indem sie die Klassengegensätze dadurch überwindet, dass ihre Mechanismen durch das Korrektiv einer kritischen Masse aufgefüllt werden. Die Übertragung staatlicher Aufgaben auf die Mitglieder der Gesellschaft, faktisch die Aufhebung des Gegensatzes zwischen Staat und Gesellschaft, spielen hierbei eine ebenso große Rolle wie die Unterwerfung der Wirtschaft unter radikaldemokratische Kontrolle.

3.2. Das demokratische Moment in der Gesellschaft der Freien und Gleichen- aktuelle Fragestellungen und Diskussionen

Die fragmentarisch gebliebenen Aussagen über die kommunistische Gesellschaft bewirkten eine enorme Deutungsvielfalt innerhalb der realen Arbeiterbewegungen des vergangenen Jahrhunderts. In der Folge der bolschewistischen Revolution 1918 wurde vielfach nicht nur auf deren praktische Politik Bezug genommen, sondern auch vielfach Lenins Ansichten zu Revolution und Herbeiführung des Kommunismus übernommen. Dies führte dazu, dass die Annahme eines Kommunismus als alternative und unabwendbare Zukunftsgesellschaft, in der die faktische Freiheit gleichberechtigter Individuen reale Bedingung wird, in den Hintergrund gedrängt wurde. Der Realkommunismus produzierte ein Schreckgespenst und drängte den kommunistischen Gedanken in die Nische gefährlicher Dogmen. Die wissenschaftliche Beschäftigung wurde unter neuen Vorzeichen wieder aufgenommen: Während einerseits versucht wurde, den kommunistischen/sozialistischen Gedanken endgültig zu begraben, wurde er auf der anderen Seite erneuert und umgedeutet. Die Entfernung von Lenin und dem bolschewistischen Zugang bewirkte eine Suche nach Alternativen. Bezogen auf das Moment der herrschaftsfreien Gesellschaft setzte eine Revision und Reflexion ein, die insbesondere unter dem Aspekt einer egalitären, demokratischen Beteiligung an gesellschaftlichen Prozessen eine Alternative zum starren Staatskommunismus bieten wollte. Autor Wolfgang Fritz Haug plädiert etwa für die Suche nach einer radikaldemokratischen Konzeption von Gesellschaft, die reale Gleichheit zu bewirken vermöge und das „*avantgardistische*“ (zitiert nach Haude/ Wagner 2004: 154) Element, das der Staatssozialismus geschaffen hatte, eliminiere. (vgl. ebenda)

Die Beschäftigung mit realkommunistischen Problemen und dem Ende des Ostblocks blieb nicht die einzige Quelle der Erneuerung. Auch die von den theoretischen Urväter und -Müttern eingeführten Kategorien wurden überdacht und neu interpretiert. Beispielsweise erfuhr die von Marx und Engels mangelhaft vorgenommene Bearbeitung außer- institutioneller Machtmechanismen in der Forschung der vergangenen Jahre eine Korrektur durch weitgreifende Definitionen von Macht und Herrschaft. So entstanden Machtdefinitionen, die neben den ökonomischen und institutionellen Machtasymmetrien, die sozusagen *von außen* auf den Menschen einwirken, die *innere* Dimension von Macht und Herrschaft mitbedenken. (vgl Brensell 2009: 152) Auch eine analytische Trennung von Herrschafts- und Machtbegriff fand Eingang in den Prozess

der Weiterentwicklung des Gedankens einer herrschaftsfreien Gesellschaft. (vgl. Hofmann 1969: 29, 30) Auf diese Weise werden seither Gesellschaften in den Gedankengang miteinbezogen, die zwar *Machtasymmetrien* aufweisen, jedoch das unterdrückende Moment von *Herrschaft* nicht kennen, wie es bei einigen indigenen Gesellschaften der Fall ist.

Dem gegenüber stehen Theorien einiger kritischer Stimmen, die Machtasymmetrien gänzlich zu eliminieren versuchen, indem sie Entscheidungsstrukturen erreichen wollen, die ein möglichst hohes Konsensniveau bei größtmöglicher Flexibilität der Teilnehmenden fördern sollen. Wolfgang Fritz Haug hält eine Verknüpfung ideologiekritischer Ansätze mit der Erarbeitung von Konzepten der Herrschaftslosigkeit für möglich, im Rahmen welcher symmetrische Machtbalancen zur Schaffung einer Einbeziehung sämtlicher Individuen erdacht werden sollen und deren Strukturen dergestalt flexibel sind, dass eingegangene Assoziationen von Teilnehmer_innen jederzeit verlassen oder aufgelöst werden können. Ausgehend von den Vorstellungen der idealen Sprech- und Entscheidungssituation (Habermas), können eine mögliche reale Umsetzung und die dafür notwendigen Bedingungen reflektiert werden. (Wagner zitiert nach Haude/ Wagner 2004: 156)

Neben der theoretischen Leistung von Wissenschaftler_innen und Theoretiker_innen spielen indigene soziale Bewegungen aktuell eine wichtige Rolle in der Diskussion um alternative Gesellschaftsmodelle. Vertreter_innen egalitär verfasster indigener Gemeinschaften fordern die westliche Welt auf, sich an ihren Strukturen Beispiele zu nehmen und Bündnisse zu bilden zum Zwecke der Schaffung einer „*internationalen Demokratisierungsbewegung*“ (Haude/Wagner 2004: 156). Besonders lateinamerikanische indigene Bewegungen, deren Sichtweisen sich teilweise mit marxistischen Ansätzen verbunden haben, üben nicht nur wichtigen Einfluss auf die wissenschaftliche Debatte aus, sondern stellen darüber hinaus wertvolle Bündnispartner für global orientierte Bewegungen dar. (vgl. Brand 1997; Brand/ Cecena 2000)

Man sieht, die von Karl Marx angestoßene Debatte um die Möglichkeit der Erzeugung herrschaftsfrei organisierter Gesellschaft stellt ein wichtiges Forschungsgebiet im Bereich der Forschung zu alternativen Gesellschafts- und Wirtschaftssystemen dar. Insbesondere unter dem von Rosa Luxemburg aufgegriffenen Blickwinkel der Veränderung von Gesellschaft durch Demokratisierung werden Versuche unternommen, eine solche Gesellschaft nicht nur als utopisches Ziel zu formulieren, sondern reale Bedingungen für die Entwicklung in eine solche Richtung zu

erarbeiten. Komplementäre Bausteine dazu stellen der von Antonio Gramsci angestoßene Gedanke zur Bedeutung der Zivilgesellschaft dar, sowie der Gedanke von Demokratie in Bewegung, wie er auch auf Rosa Luxemburg zurückgeführt werden kann. (vgl. aktuell etwa zur Bewegung *Occupy*: Url Rehmann/ Wolf 2011: 2)

IV. Ergebnisse der Arbeit und Bedeutung für Demokratisierungsbewegungen

Einige der Überlegungen, die hier am Ende der Arbeit noch einmal eine Zusammenfassung erfahren sollen, wurden schon vorweggenommen. Das hier gezogene Fazit soll auch einen Ausblick geben, wie Rosa Luxemburgs Gedanken für heutige Demokratisierungsbewegungen bewusst oder unbewusst genutzt werden.

Rosa Luxemburgs Art der Betrachtung von Demokratie, nämlich als Motor, als bewegendes und gleichzeitig bewegtes Element, sowie als realer Ausdruck des Willens einer kritischen und selbstbewussten Masse, verändert den Blickwinkel auf *Demokratie*. Nicht demokratische Verfahren stehen im Vordergrund dieser Auffassung, sondern vielmehr gelangt das Bild von Demokratie zurück zu seinem Ursprung, dem Element der Partizipation an gesellschaftlichem Geschehen. Vor dem Hintergrund einer ökonomischen Entwicklung hin zu einer vergesellschafteten Art und Weise der Produktion sieht Luxemburg die Chance und die Notwendigkeit einer ebenso vergesellschafteten Form politischer Ordnung. In Luxemburgs Augen stellt diese den Inbegriff *realer Demokratie* dar.

Hinter dieser Auffassung steht der Gedanke, *Gesellschaft* in den Vordergrund zu führen, die als unnatürlich wahrgenommene Trennung politischer, ökonomischer und rechtlicher Sphäre zusammenzuführen und schließlich die Spaltung in *regierenden* Staat und *regierte* Gesellschaft aufzuheben. Die *für* den Menschen vorgenommenen Entscheidungen über die eigenen Belange und die dadurch geschaffene Unterwerfung unter künstlich erzeugte Zwänge aufzulösen, stellt einen weiteren zentralen Anspruch dieser Sichtweise dar.

Die Auffassung erlangt in Zeiten der globalen Krise langsam Eingang in den öffentlichen Diskurs, und zwar in Form der Forderung nach mehr Mitbestimmung in gesellschaftlichen Belangen. Rosa Luxemburgs Ansatz, Demokratie real auszuüben, gelangt im Zusammenhang mit einem spürbar an seine Grenzen gelangten Parlamentarismus aktuell wieder in den Fokus zivilgesellschaftlicher Bewegung. Alternative Formen der möglichst gleichberechtigten Konsensbildung aller Beteiligten werden in den momentan immer wieder aufkeimenden Bewegungen gelebt und versucht, anderen

Gesellschaftsschichten vorzuleben. Dahinter steht der Wunsch, eine globale Bewegung zu bilden, die für Demokratie und gerechte Verteilung von Reichtum einsteht, sowie der Anspruch, für die eigene Gesellschaft zu sprechen und ein gesamtgesellschaftliches Anliegen deutlich zu machen.

Luxemburg erkannte, dass es nicht ausreicht, einige wenige und laute Kämpfer auf die Straße zu entsenden, um Forderungen zu postulieren und durch Gewalt zu erkämpfen. Ebenfalls könne keine mit „Umerzogenen“ besetzte Organisationsstruktur überkommenen Gesellschaftsmodellen entgegengesetzt werden. Sie verstand, dass sozialistische Forderungen nur dann Lebensfähigkeit besitzen, wenn diese von einer **Masse** getragen würden. In diesem Sinne verdeutlichte sie letztlich die Bewegungstauglichkeit von Demokratie. Sie setzte sich für die Protestformen von Massenstreik und Demonstrationen ein, deren Wichtigkeit sie darin erkannte, dass Forderungen sichtbar gemacht würden und damit gleichzeitig aufklärende Wirkung besäßen. Die Massenbewegung dient damit gleichzeitig der Vorbereitung und Erzeugung von gesellschaftlicher Veränderung. Luxemburg wendet sich mit ihrer Konzeption der aufgeklärten Masse gegen eine „Baumeister“- Vorstellung (Bierl 1991) mancher staatskommunistischer Projekte. Sie betont die Notwendigkeit der Basis und deren Aufklärung und betont gleichzeitig die Gefahr einer Indoktrinierung. Erst deren selbstbewusste Handlung besitzt Potenzial zur Veränderung von Gesellschaft. Auch liefert Luxemburg eine bedeutende Basis für Gedanken zur emanzipatorischen Tendenz von Demokratisierung wichtiger gesellschaftlicher Bereiche, indem sie die Vorstellung einer Demokratisierung von Institutionen und Betrieben auf wertvolle Art und Weise mit der Existenz sozialer Bewegungen verknüpft. Dies auch indem sie sich von der starren Einteilung der Klassentheorie ablöst und dafür eintritt, die als emanzipatorisch auftretende Masse ob ihrer Forderungen zu bewerten und nicht aufgrund ihrer Klassenzugehörigkeit.

Gleichzeitig darf die materialistische Forschung zu Staat und Demokratie in den vergangenen hundert Jahren nicht ausgeklammert werden. Rosa Luxemburgs Denken sollte zum Zwecke der Rezeption mit dem Status quo der materialistischen Theorie verbunden werden. Es existieren Versuche der Konstruktion einer Linie Gramsci- Luxemburg, die ein komplexeres Verständnis des Verhältnisses von Staat zu Zivilgesellschaft mit den Anschauungen von Luxemburg verbindet.

Ein zentraler Pferdefuß der Theorie, die eine Anwendung auf praktische Bereiche erschwert, ist die Schwierigkeit der Messbarkeit von *Masse*. Bewegungen, die sich selbst als Massenbewegung wahrnehmen und für sich beanspruchen, eine Mehrheit der Bevölkerung zu vertreten, lassen sich

viele finden. Ab welchem Zeitpunkt eine Bewegung tatsächlich zur Masse wird, ist jedoch schwierig festzulegen. Unter dem Aspekt einer differenzierten Klassenanalyse und der Annahme zahlreicher unterschiedlicher, horizontaler wie vertikaler Konfliktlinien zwischen Staat und Zivilgesellschaft wird die Zuschreibung *Massenbewegung* zu einer der zahlreichen, um Veränderung bemühten Gruppen zusätzlich erschwert.

Dennoch steht Rosa Luxemburg für einen Sozialismus oder Kommunismus, der auf dem Zusammenschluss freier Individuen basiert und insofern ein „demokratischer“ ist, als seine Entwicklung von einer Bewegung getragen sein soll, deren Entscheidungen auf demokratischen Rechten basieren und deren Ziel die Ausweitung dieser Rechte ist, sei es die Übertragung auf bisher von der Partizipation ausgeschlossene Randgruppen oder die Erschließung neuer Entscheidungsbereiche. Durch Luxemburgs Auffassung von Herrschaft als Ausdruck von Herrschaftsverhältnissen gestaltet sich das bürgerlich-liberale System nach Luxemburg als Vorteil für den proletarischen Kampf. Demokratie soll nicht nur die Basis der letzten Herrschaftsform bilden, welche sich durch ihre spezifische Produktionsweise und die Einbeziehung der gesamten Gesellschaft in ihre Organisation auflöst, sondern stellt auch gleichzeitig eine Grundlage für die Gesellschaftsgeschichte nach dem Ende der Klassengesellschaften dar.

Die Kombination gramscianischer Ansätze mit jenen Luxemburgs scheint vielversprechend, da verkürzte Schlüsse Luxemburgs durch die differenzierte Sichtweise Gramscis ausgeglichen werden können. In jedem Fall bleibt Rosa Luxemburg eine äußerst aktuelle Theoretikerin und die Beschäftigung mit ihrer Gedankenwelt, wie sie in ihren Schriften zutage tritt, äußerst anregend.

V. Literaturverzeichnis

A. Primärquellen Luxemburg Gesammelte Werke Bände I- IV (von V)

Luxemburg, Rosa: Gesammelte Werke Band I, 1. Berlin 1974.

Luxemburg, Rosa: Gesammelte Werke Band I, 2. Berlin 1974.

Luxemburg, Rosa: Gesammelte Werke Band II. Berlin 1972.

Luxemburg, Rosa: Gesammelte Werke Band III. Berlin 1973.

Luxemburg, Rosa: Gesammelte Werke Band IV. Berlin 1979.

B. Sekundärquellen Einzelwerke, Sammelbände, Journals, Broschüren

Anweiler, Oskar: Die Rätebewegung in Russland 1905- 1921, in: W. Philipp/ P. Scheibert (Hg.): Studien zur Geschichte Osteuropas. Band V. Leiden 1958.

Barker, Colin: Klassenkampf I, In: Historisch Kritisches Wörterbuch des Marxismus. Band 7/I. Hamburg 2008: Spalten 836- 849.

Bernstein, Eduard: Die Voraussetzung des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, in: Ernesto Grassi (Hg.)/ Walter Hess: Rowohlts Klassiker der Literatur und Wissenschaft. Philosophie der Neuzeit. Politik und Gesellschaft. Band 14. Reinbek bei Hamburg 1969.

Bierl, Peter: Rosa Luxemburg- Die Rote Demokratie, in: Podium Progressiv Teil V. 1991.

Bierl, Peter: Alle Macht den Räten. Rosa Luxemburg: Rätedemokratie und Sozialismus. Köln 1993.

Bluhm, Harald: Freiheit in Marx' Theorien, in: Ingo Pies/ Martin Leschke: Karl Marx kommunistischer Individualismus. Tübingen 2005: S. 57- 80.

Brand, Ulrich: Chiapas und die internationale Hoffnung. Köln 1997.

Brand, Ulrich/ Ana E. Cecena (Hg.): Reflexionen einer Rebellion- Chiapas und ein anderes Politikverständnis. Münster 2000.

Brand, Ulrich/ Christoph Scherrer: Contested Global Governance: Konkurrierende Formen und Inhalte globaler Regulierung, in: Kurswechsel, Zeitschrift für gesellschaftliche- wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen. 2003. Heft 1: S. 90-103.

Braunthal, Julius: Geschichte der Internationale. Band I. Berlin- Bonn 1978.

Brensell Ariane: Vergessene Dimensionen von Hegemonie. Geschlechterverhältnisse und Subjektstandpunkte. Dissertation. Wien 2009.

Buchstein, Hubertus/ Dirk Jörke: Das Unbehagen an der Demokratietheorie: In: Leviathan 31. Heft 4. 2003: S. 470- 495.

Dähn, Horst: Rätedemokratische Modelle. Studien zur Rätediskussion in Deutschland 1918- 1919, in: Wolfgang Abendroth (Hg.): Marburger Abhandlungen zur politischen Wissenschaft. Band 30. Meisenheim am Glan 1975.

Deppe, Frank: Zur Aktualität der politischen Theorie von Luxemburg und Gramsci, In: Die Linie Luxemburg- Gramsci. Zur Aktualität und Historizität marxistischen Denkens. Argument Sonderband AS 159. Hamburg 1989: S. 14- 33.

Demirovic, Alex: Aspekte der theoretischen und politischen Praxis politischer Theorie, In: Kramer, Helmut (Hg.): Politische Theorie und Ideengeschichte im Gespräch. Wien 1995: S. 204- 211.

Demirovic, Alex: Rätedemokratie oder das Ende der Politik, In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Heft 155/ 2. 2009: S. 2- 29.

Demirovic, Alex: Wirtschaftsdemokratie- Die Perspektiven einer neuen Demokratie jenseits von Ökonomie und Politik, In: Dieter Klein/ Peter Wahl (Hg.): Demokratie und Krise- Krise der Demokratie. Berlin 2010: S. 42- 64.

Eifler, Christine: Soldatinnen in Russland, in: Jens- Rainer Ahrens/ Maja Apelt/ Christiane Benders (Hg.): Frauen im Militär. Empirische Befunde und Perspektiven zur Integration von Frauen in die Streitkräfte. Wiesbaden 2005: S. 213- 229.

Felbick, Dieter: Schlagwörter der Nachkriegszeit 1945- 1949. Berlin 2003.

Follesdal, Dagfinn: Hermeneutik und die hypothetisch- deduktive Methode, In: Hermeneutik. Basistexte zur Einführung in die wissenschaftstheoretischen Grundlagen von Verstehen und Interpretation. Heidelberg 2003: S. 157- 176.

Freyberg, Jutta von et al.: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie: von 1863 bis zur Gegenwart. Köln 1989.

Fröhlich, Paul: Rosa Luxemburg. Gedanke und Tat. Frankfurt am Main 1967.

Goldschmidt, Werner: Herrschaft I, in: Historisch kritisches Wörterbuch des Marxismus. Band 6/ I. Hamburg 2004: Spalten 82- 127.

Grunenberg, Antonia (Hg.): Die Massenstreikdebatte. Beiträge von Parvus, Rosa Luxemburg, Karl Kautsky und Anton Pahnekoek. In: Reihe Arbeiterbewegung Theorie und Geschichte. Frankfurt 1970.

Haude, Rüdiger/ Thomas Wagner: herrschaftsfreie Gesellschaft, in: Historisch kritisches Wörterbuch des Marxismus. Band 6/I. Hamburg 2004: Spalten 135- 161.

Heuer, Uwe- Jens: Rosa Luxemburgs Demokratieverständnis und unsere Epoche- oder: Ist Rosa Luxemburg noch aktuell?, In Klaus Kinner/ Helmut Seidel (Hg.): Rosa Luxemburg historische und aktuelle Dimensionen ihres theoretischen Werkes, Berlin 2002: S. 152- 170.

Heuer, Uwe- Jens: Demokratie/ Diktatur des Proletariats, in: Historisch kritisches Wörterbuch des Marxismus. Band 2. Hamburg 1999: Spalten 534- 551.

Hildermaier, Manfred: Die Russische Revolution 1905- 1917. Frankfurt am Main 1989.

Hirsch, Joachim: Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems. Hamburg 2005.

Hofmann, Werner: Grundelemente der Wirtschaftsgesellschaft. Ein Leitfaden für Lehrende. Reinbek 1969.

Hösler, Joachim: Vom Traum zum Bewusstsein einer Sache gelangen- Analyse und Kritik von Macht und Herrschaft durch Karl Marx und Friedrich Engels, in: Peter Imbusch (Hg.): Macht und Herrschaft. Sozialwissenschaftliche Konzeptionen und Theorien. Opladen 1998: S. 45- 60.

Jahn, Egbert: Demokratievorstellungen in der Geschichte des Sozialismus und Kommunismus, In: André Kaiser/ Thomas Zittel: Demokratietheorie und Demokratieentwicklung. Eine Festschrift für Peter Graf Kielmanseck. Wiesbaden 2004: S. 101- 140.

Kalbe, Ernstgert: Rosa Luxemburg zur nationalen Problematik im Kontext von Krieg und Revolution, in: Klaus Kinner/ Helmut Seidel (Hg.): Rosa Luxemburg. Historische und aktuelle Dimensionen ihres theoretischen Werkes. Berlin 2002.

Klein, Dieter: Vorbemerkung, in: Dieter Klein/ Peter Wahl (Hg.): Demokratie und Krise- Krise der Demokratie. Berlin 2010: S. 8- 12.

Klein, Dieter/ Peter Wahl (Hg.): Demokratie und Krise- Krise der Demokratie. Berlin 2010.

Könke, Günter: Organisierter Kapitalismus, Sozialdemokratie und Staat. Eine Studie zur Ideologie der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik (1924- 1932). Stuttgart 1987.

Koselleck, Reinhart: Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten. Frankfurt am Main 2003.

Kreisky, Eva: Geschlecht als politische und politikwissenschaftliche Kategorie, In: Sieglinde Rosenberger/ Birgit Sauer (Hg.): Politikwissenschaft und Geschlecht. Wien 2004: S. 23- 43.

Kuhn, Axel: Die deutsche Arbeiterbewegung. Stuttgart 2004.

Lederer, Robert: demokratischer Sozialismus, in: Historisch kritisches Wörterbuch des Marxismus. Band 2. Hamburg 1999: Spalten 555-569.

Luban, Ottokar: Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept. Sachsen 2008.

Mandel, Ernest: klassenlose Gesellschaft I, in: Historisch kritisches Wörterbuch des Marxismus. Band 7/ I. Hamburg 2010: Spalten 893- 896.

Marx, Karl/ Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie, in: Karl Marx und Friedrich Engels Werke. Band 3. Berlin/ DDR 1969: S. 5- 530.

Marx, Karl: Das Elend der Philosophie, in: Karl Marx und Friedrich Engels Werke. Band 4. Berlin/ DDR 1972: S. 63 – 182

Marx, Karl /Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, in: Karl Marx und Friedrich Engels Werke. Band 4. Berlin/DDR 1972: S. 459- 493.

Marx, Karl: Zur Kritik der politischen Ökonomie, in: Karl Marx und Friedrich Engels Werke. Band 13. Berlin/ DDR 1972: S. 3- 160.

Engels, Friedrich: Preußische Militärfrage, in: Karl Marx und Friedrich Engels Werke. Band 16. Berlin/ DDR 1975: S. 37- 78.

Marx, Karl: Instruktionen für die Delegierten des provisorischen Zentralrats zu den einzelnen Fragen, in: Karl Marx und Friedrich Engels Werke. Band 16. Berlin/ DDR 1975: S. 190- 199

Marx, Karl/ Friedrich Engels: Der Bürgerkrieg in Frankreich, in: Karl Marx und Friedrich Engels Werke. Band 17. Berlin/ DDR 1972: S. 313-365.

Marx, Karl/ Friedrich Engels: Ein Komplott gegen die Internationale Arbeiterassoziation, in: Karl Marx und Friedrich Engels Werke. Band 18. Berlin/ DDR 1973: S. 327-471.

Friedrich Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, in: Karl Marx und Friedrich Engels Werke. Band 19. Berlin/DDR 1973: S. 210-228.

Engels, Friedrich: Einleitung zu Karl Marx Der Bürgerkrieg in Frankreich. Ausgabe von 1891, in: Karl Marx und Friedrich Engels Werke. Band 22. Berlin/ DDR 1972: S. 188-199.

Marx, Karl: Das Kapital. Band III., in: Karl Marx und Friedrich Engels Werke. Band 25 Berlin/ DDR 1983: S. 790 – 821.

Karl Marx: Ökonomisch- philosophische Manuskripte III, in: Karl Marx und Friedrich Engels Werke. Band 40 (Ergänzungsband 1. Teil). Berlin/ DDR 1968: S. 465-588.

Meyer, Thomas: Was ist Demokratie? Eine diskursive Einführung. Wiesbaden 2009.

Müller, Richard: Die Novemberrevolution, in: Kritische Bibliothek der Arbeiterbewegung.(West)Berlin 1976.

Müller, Friedrich: Entfremdung. Folgeprobleme der anthropologischen Begründung der Staatstheorie bei Rousseau, Hegel, Marx. Berlin 1985.

Neumann, Franz: Demokratischer und autoritärer Staat. Frankfurt 1967.

Rescher, Nikolas: Hermeneutische Objektivität, In: Alexander Brühler (Hg.): Hermeneutik. Basistexte zur Einführung in die wissenschaftstheoretischen Grundlagen von Verstehen und Interpretation. Heidelberg 2003: S. 177- 191.

Rohjan, Jürgen: Parlamentarismus- Kritik und demokratisches Ideal. Wies Rosa Luxemburg einen „dritten Weg“?, in: Theodor Bergmann/ Jürgen Rohjan/ Fritz Weber (Hg.): Die Freiheit der Andersdenkenden. Rosa Luxemburg und das Problem der Demokratie. Hamburg 1995: S. 11- 27.

Sartori, Giovanni: Demokratietheorie. Darmstadt 1997.

Schaller, Christian: Demokratietheorien: Klassifikationskriterien, Fragestellungen und Leitsätze im Überblick, In: Forschungsberichte Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr. Demokratietheorie und Demokratieverständnis. Wien, 1999: S. 7- 13.

Seidel, Helmut: Bemerkungen zu Rosa Luxemburgs Marx- Rezeption, in: Klaus Kinner/ Helmut Seidel (Hg.): Rosa Luxemburg. Historische und aktuelle Dimensionen ihres theoretischen Werkes. Berlin 2002: S. 37- 65.

Tosel André: Kommunismus, in: Historisch Kritisches Wörterbuch des Marxismus. Band 7/ II. Hamburg 2010: Spalten 1298-1332.

Wagner, Hartmut: Demokratie, In: Historisch Kritisches Wörterbuch des Marxismus. Band 2. Hamburg 1999: Spalten 527-533.

Wahl, Peter: Einleitung. Demokratie- ein unvollendetes Projekt in der Krise, In: Klein, Dieter/ Peter Wahl (Hg.): Demokratie und Krise- Krise der Demokratie. Berlin 2010: S. 12- 41.

Wallat, Hendrik: Weder Staat noch Kollektiv Sozialismuskritik im Werk von Karl Marx, In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. Heft 155/ 2. 2009: S. 269-286.

Weber, Hermann: Rosa Luxemburg zwischen Ost und West: Instrumentalisierung im Kalten Krieg bis 1990, In: Rosa Luxemburg und die Arbeiterbewegung: Neuere Ansätze in Rezeption und Forschung. Mitteilungsblatt des Instituts für Soziale Bewegungen. Band 29. Bochum 2003: S. 7- 18.

Weber, Hermann (Hg.): Die Gründung der KPD- Protokoll und Materialien des Gründungsparteitages der kommunistischen Partei Deutschlands 1918/ 1919. Berlin 1993.

Zeiler, Moritz: Staatsfragen. Die materialistische Staatstheorie zwischen der Renaissance klassischer Theorien und aktuellen Herausforderungen, In: Rosa-Luxemburg-Stiftung Bremen (Hg.): Staatsfragen. Einführungen in die materialistische Staatskritik. Bremen 2009: S. 3-9.

C. Online verfügbare Beiträge in PDF- Format

Url Brand 2009

Brand, Ulrich: Multiple Krise. Dynamik und Zusammenhang der Krisendimensionen, Anforderungen an politische Institutionen und Chancen progressiver Politik. 2009. Online Source:
http://www.boell.de/downloads/internationalepolitik/multiple_krisen_u_brand_1.pdf, 06. September 2011.

Url Drabkin 2009

http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/dokumentationen/090116_RL-Konferenz/beitraege/Jakow_Drabkin.pdf, 5. November 2011.

Url Hillebrand/ Troost 2007

Hillebrand , Heinz/ Axel Troost: Demokratischer Sozialismus- Metamorphose eines Begriffs, in: Standpunkte. Nr. 17. Berlin 2007. Online Source:
http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_0717.pdf,
7. September 2011.

Url Krysmanski 2004

Krysmanski, Hans- Jürgen: Herrschende Klasse Revisited, in: Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung. Heft 57. 2004. Online Source: <http://archiv.zme-net.de/archiv/xxinfo/h057.html>, 12. Januar 2012.

Url Rehmann/ Wolf 2011

http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/RZ_OCCUPY_Dez2011.pdf, 22. Dezember 2011.

Url Skalnìk 1980

Skalnìk, Peter: Authentic Marx and anthropology: the dialectic of Lawrence Krader, in: Bijdragen tot de Taal-, Land- en Volkenkunde 136. Nr. 1. Leiden 1980: 136-147. Online Source: <http://www.kitlv-journals.nl/index.php/btlv/article/viewFile/2101/2862>, 18. Dezember 2011.

Url Sturm (ohne Erscheinungsdatum)

Sturm, Reinhart: Vom Kaiserreich zur Revolution 1918/ 1919, in: Informationen zur politischen Bildung. Heft 261. (kein Erscheinungsdatum angegeben). Online Source: www.bpb.de/publikationen/Z4V2EB,3,0,Vom_Kaiserreich_zur_Republik_191819.html#art3, 20. November 2011.

D. Internetquellen (geordnet nach der Reihenfolge ihrer Nennung im Text)

Url Rosa Luxemburg Stiftung

<http://www.rosalux.de/>, 12. Juli 2011.

Url Internationale Rosa Luxemburg- Gesellschaft

<http://www.internationale-rosa-luxemburg-gesellschaft.de/>, 12. Juli 2011.

Url SPD

<http://www.spd.de/Partei/Geschichte/>, 12. Juli 2011.

Url Hermeneutischer Zirkel

<http://www.uni-due.de/literaturwissenschaft-aktiv/Vorlesungen/hermeneutik/hzirkel.htm>, 12. August 2011.

Url Hermeneutik

http://www.uni-due.de/einladung/index.php?option=com_content&view=article&id=114%3Akap3-regeln-und-probleme-des-textverstehens&catid=38%3Akapitel3&Itemid=53, 12. August 2011.

Url Kreisky Zitierregeln

http://evakreisky.at/wissenschaftlich_arbeiten/zitierregeln.doc, 12. Januar 2012.

Url historischer Materialismus

<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/3817/historischer-materialismus-v5.html>, 11. Dezember 2011.

Url Produktionsverhältnisse

<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/14137/produktionsverhaeltnisse-v4.html>, 11. Dezember 2011.

Url Produktivkräfte

<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/14789/produktivkraefte-v5.html>, 11. Dezember 2011.

Url Sozialistengesetz

http://www.documentarchiv.de/ksr/soz_ges.html, 10. September 2011.

Url Programm von Erfurt

<http://www.marxists.org/deutsch/geschichte/deutsch/spd/1891/erfurt.htm>, 10. September 2011

Url Reichsverfassung 1871

<http://www.dhm.de/lemo/html/kaiserreich/innenpolitik/verfassung/index.html>, 29. Oktober 2011

Url DHM preußisches Dreiklassenwahlrecht

<http://www.dhm.de/lemo/html/kaiserreich/reich/wahlrecht/index.html>, 2. November 2011.

Url Revolution 1918/ 1919

<http://www.dhm.de/lemo/html/weimar/revolution/index.html>, 20. November 2011.

Url Scheidemann Republik Audio

<http://www.dhm.de/medien/lemo/audios/scheide>, 20. November 2011.

Abstract

Ausgehend von der Frage nach dem Grund der unterschiedlichen Bearbeitung und dem verschiedenartigen Verständnis von Rosa Luxemburgs Werk, versucht diese Arbeit mithilfe von Begriffsbestimmung und von Rückgriffen auf Luxemburgs theoretischen wie historischen Kontext, ihr Verständnis von Demokratie zu erarbeiten. Luxemburgs Schriften werden dabei als Gesamtwerk aufgefasst, welches ungeachtet seiner verschiedenen Stilmittel, bis zum Ende einer konstanten Argumentationslinie folgt. Diese Argumentation ist in ein marxistisches Weltverständnis gebettet, von dem aus Luxemburg die Betrachtung und Bewertung zeitgenössischer Entwicklungen vornimmt. Das unvermeidbare Ende der kapitalistischen Produktionsweise, die Frage nach der Ausgestaltung der Diktatur des Proletariats und schließlich der neuen sozialistischen Gesellschaftsordnung werden als die drei Ebenen gefasst, im Rahmen deren theoretischer Bearbeitung Rosa Luxemburg ihre Gedanken zu Demokratie und Demokratisierung als Motor der politischen Entwicklung der Gesellschaft formuliert hat. Die Gedanken werden behutsam extrahiert und in ihrem Zusammenhang dargestellt.

LEBENS LAUF

Irene Pilshofer

geboren am 30. 03. 1986 in Graz.

Bildungslaufbahn

1994- 1998 Besuch der **Volksschule Nonntal** in Salzburg

1996- 1998 Besuch des **Bundesgymnasium Zaunergasse** in Salzburg

1998- 2000 **Auslandsaufenthalt** und Besuch des **Colégio Humboldt** in Sao Paulo, Brasilien

2000- 2004 Besuch des Akademischen Gymnasiums in Salzburg

24. Juni 2004 Matura mit gutem Erfolg bestanden

ab Herbst 2006 Studium der Politikwissenschaft, Universität Wien.

Arbeitslaufbahn (Auszug)

Januar 2010- Juni 2010 Ehrenamtskoordination und Büroleitung bei SONNE-International, Verein zur Entwicklungszusammenarbeit

Januar 2011- Juli 2011 Studienassistentz am Institut für Staatswissenschaft, Wien.